

„Ehrlich sein und zeigen, was wir machen“

Verteidigungsminister François Bausch will noch vor den Wahlen eine große Debatte über den Sinn des Militärischen anstoßen

Zozioliberal

Mit seiner Politshow „De Premier no bei dir“ will Xavier Bettel den Gemeindewahlkampf beeinflussen. Beim Auftakt in Limpertsberg überließ er Corinne Cahen die Bühne

« Superfief »

Alex Bodry sort une « Diddelenger Biografie » sur son grand-père, le député-maire Jean Fohrmann. En 2018, Cornél Meder publiait, lui, un roman à clef évoquant le LSAP de Differdange. Les deux livres permettent d'appréhender la montée et la chute du socialisme municipal

„Aimer ce qui est beau et se réjouir de ce qui est juste“

In Contern wurde am Mittwoch der Grundstein für ein neues Gebäude der École Charlemagne gelegt. Porträt einer Privatschule, die an der hiesigen Bildungsfreiheit kratzt

« Hashtag Mëllechkou »

Un débat politico-économique de campagne sur la compétitivité et un match dans le match entre Luc Frieden (CSV) et Franz Fayot (LSAP)

Avec ou sans les dents

La campagne électorale pour les élections communales bat son plein à coup d'affiches et de slogans. L'analyse historique révèle que les partis peinent à se renouveler

Photo : Hadrien Friob



„Ehrlich sein und zeigen, was wir machen“

Interview: Peter Feist



Der Luxemburger Militärtransporter A400M bei einem Schaufliegen

Verteidigungsminister François Bausch will noch vor den Wahlen eine große Debatte über den Sinn des Militärischen anstoßen. Den Grünen empfiehlt er, bei einer erneuten Regierungsbeteiligung das Verteidigungsressort wieder zu übernehmen

d'Land: Herr Bausch, für einen Politiker der Grünen scheinen Sie sich im Amt des Verteidigungsministers ganz wohl zu fühlen. Stimmt der Eindruck?

François Bausch: Ja, das ist richtig. Ich habe die Verteidigung immer als wichtigen Teil der Außenpolitik angesehen, als Verteidigung von Werten. Gleich nachdem ich den Posten übernommen hatte, habe ich mit Unterstützung eines externen Beraters eine Ethik-Diskussion darüber führen lassen, was unter dem Gewaltmonopol des Staates zu verstehen ist und was Verteidigung mit der Waffe heißt. Daraus entstand eine Charta für die Armee. Sie wurde in die Ausbildung eingebaut, damit die Soldaten wissen, wofür sie ausgebildet werden. Es geht nicht darum, offensiv Kriege zu führen. Sondern um die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wenn es darauf ankommt. Deshalb kann man das Ressort Verteidigung auch nicht losgelöst von anderen Politikbereichen betrachten.

Ein eigenes Ministerium haben Sie nicht. Sie sind der für die Verteidigungspolitik und für die Armee zuständige Minister, aber die Direction de la Défense ist Teil des Außenministeriums. Ist Außenminister Jean Asselborn Ihr politischer Vorgesetzter?

Nein, genauso wenig wie er der politische Vorgesetzte von Kooperationsminister Franz Fayot ist, dessen Direction de la Coopération ebenfalls zum Außenministerium gehört. Gut ist diese Zuordnung nicht. Ich finde, es sollte ein eigenständiges Verteidigungsministerium geben. Ein eigenständiges Kooperationsministerium auch.

Was wäre der Unterschied? Wenn, wie Sie sagen, Verteidigung ein wichtiger Teil der Außenpolitik ist?

Sie sollte mit der Diplomatie und der Kooperation zusammen betrachtet werden, und die drei Bereiche sollten permanent zusammenarbeiten und koordiniert werden. Aber schon wenn ich bedenke, wie groß das Verteidigungsbudget geworden ist und dass es weiter wachsen wird, drängt es sich für mich auf, die Verteidigung in einem eigenständigen Ministerium zu organisieren. Früher nahm das Außenministerium tatsächlich Einfluss. Lange Zeit – heute ist das nicht mehr so – hat es in Budgetfragen für die Direction de la Défense mitverhandelt und im Préconseil, dem Gremium der Spitzenbeamten, das Regierungsratsbeschlüsse vorbereitet, vertrat der Generalsekretär des Außenministeriums auch die Verteidigung. Das habe ich geändert, damit war ich nicht einverstanden. Im

Préconseil vertritt nun Nina Garcia, die Generalkoordinatorin der Verteidigungsdirektion, meine Position. Ich habe die Direction de la Défense ausgebaut. Vor fünf Jahren war sie personell viel weniger stark besetzt als heute. Sie wurde strategisch neu ausgerichtet und funktioniert eigentlich schon wie ein Ministerium für sich.

Vergangene Woche haben Sie eine Aktualisierung der Lignes directrices de la Défense luxembourgeoise vorgestellt. In einer Passage geht es um das „3D-Prinzip“ der Luxemburger Außenpolitik: „diplomatie, défense, coopération au développement“. Dort steht, weil die Bedrohungen komplexer geworden seien, müssten „alle staatlichen Instrumente integriert“ werden: Diplomatie, Wirtschaft, Kommunikation, Finanzen, der Nachrichtendienst, Justiz, Umwelt und innere Sicherheit. Was bedeutet das? Vorbereitung auf den Ernstfall? Eine Art Kriegswirtschaft?

Nein, damit ist gemeint, dass die Grenzen zwischen Angriffen krimineller Natur und Attacken mit militärischem Hintergrund fließend sein können. Ein Cyber-Angriff auf die Stromversorgung zum Beispiel könnte ein krimineller Akt sein oder ein militärischer. Auf jeden Fall würden im Land Unruhen provoziert. Deshalb muss

„Es sollte ein eigenständiges Verteidigungsministerium geben. Schon wenn ich bedenke, wie groß das Verteidigungsbudget geworden ist“

es eine ganz enge Zusammenarbeit der Verteidigung mit allen Bereichen geben, die für die innere Sicherheit zuständig sind. Das heißt aber nicht, dass wir die Verteidigung nun über alles stellen. Man muss da schon ein Gleichgewicht suchen.

Für den Zivilschutz ist in Friedenszeiten das CGDIS zuständig. Im Katastrophenfall würde die Armee helfen. Nehmen wir an, es würde Krieg herrschen und die Armee wäre dort gebunden. Wer würde dann für den Zivilschutz sorgen, wenn die Armee schon nicht genug Personal hat?

Das ist tatsächlich die größte Herausforderung: Leute zu finden. Dafür ist aber ein neues Armeegesetz auf dem Instanzenweg und ich bin optimistisch, dass es noch vor den Sommerferien im Parlament zur Abstimmung kommt. Die Armee wird dadurch attraktiver. In der Vergangenheit wurde sie dargestellt, als habe sie vor allem eine soziale Rolle...

... dass sie wegen ihrer „sozialen Rolle“ nicht mit anderen Armeen verglichen werden könne, stand 2018 im Wahlprogramm Ihrer Partei.

Genau, das ist aber falsch! Davon bin ich überzeugt. Wir brauchen eine gut ausgebildete Armee. Der soziale Aspekt soll weiterhin eine Rolle spielen, aber sie muss modern sein und gut ausgebildete Leute haben, die komplexe Probleme verstehen. Die Armee so zu organisieren, war die letzten Jahre mein Ziel. Mit dem neuen Gesetz schaffen wir nicht nur die Karrieren B1 und A2. Wir erleichtern auch Karrierewechsel und gehen sogar so weit, dass zum Beispiel Unteroffiziere, die in der B1-Laufbahn sind, in eine Offizierskarriere hinübergehen können und die Armee die entsprechenden Weiterbildungen bezahlt. Wir wollen mehr Professionalisierung und mehr Qualifikation.

Im öffentlichen Dienst gibt es diese Karrieren schon. Wenn ein Luxemburger, sage ich mal, die Wahl hat, in den öffentlichen Dienst zu gehen oder in die Armee, wo es gefährlich werden kann, ist die Entscheidung vermutlich schnell getroffen.

Es gibt aber einen Vorzug: Bei der Armee ist es extrem abwechslungsreich. Und zweitens: Man kann aus ihr zu einem späteren Zeitpunkt immer noch in eine andere Verwaltung wechseln. Zusammengefasst kann das attraktiv sein. Natürlich muss das nach außen entsprechend kommuniziert werden. Die Videospots, mit denen bis vor kurzem für die Armee geworben wurde, haben ja eher Soldaten gezeigt, die durch den Schlamm kriechen...



François Bausch am Montag in seinem Büro im Héichhaus

Im Krieg ist das wahrscheinlich so.

Stimmt, aber es ist das klassisch Militärische. Dagegen gibt es heute zum Beispiel auch Möglichkeiten, sich im Cyber-Bereich zu spezialisieren. Armee kann auch mit Weltraum zu tun haben oder mit Luftfahrt. Man kann Pilot werden. Es ist extrem vielfältig.

Den neuen Verteidigungs-Leitlinien zufolge bleiben Cyber, Space und die Composante aérienne zusätzliche Bereiche der Armee. In der Hauptsache soll sie weiterhin Boden-Aufklärung machen. Ab 2030 soll ein Aufklärungs-Bataillon einsatzbereit sein, das gemeinsam mit Belgien gestellt wird. Laut einer Nato-Vorgabe ist das eine Aufklärung vom Typ „Medium“: Kampfaufklärung, bei der der Gegner angegriffen wird. Das ist gefährlich, da kann man sterben, da kriecht man nicht nur durch den Schlamm.

Das ist richtig. Soldat ist kein Beruf wie jeder andere. Das Risiko ist viel höher, das kann man nicht ausklammern. Der Polizistenberuf ist übrigens auch ein besonderer. Es gibt aber Extraprämien und Bezahlungen. Geht ein Soldat in einen Einsatz, wird er nicht schlecht bezahlt im Verhältnis zu seinen Qualifikationen und im Vergleich zum normalen Arbeitsmarkt.

Das Aufklärungs-Bataillon ist das große Vorhaben der Armee. Sie benötigt dafür 100 bis 120 zusätzliche Soldaten und Berufsmilitärs, über die Rekrutierungsprobleme hinaus, die sie ohnehin schon hat.

Natürlich müssen wir daran arbeiten, die Armee-Karrieren auch anderweitig attraktiver zu machen. Da wird es viel darum gehen, für Soldaten, die freiwillig in der Armee sind und nicht Berufssoldat werden wollen, Perspektiven zu schaffen, um nach dem Militärdienst eine Karriere im öffentlichen Dienst einzuschlagen. Dazu werden zum Beispiel Wachdienste aufgebaut. Das ist schon ein Ganzes. Mir ist klar, dass das Gesetz mit den neuen Laufbahnen allein uns noch nicht auf die gewonnene Seite bringt. Man muss an dem Ganzen arbeiten.

In den Leitlinien steht, die Personalfrage sei eine so große Herausforderung geworden, weil in der Gesellschaft Werte an Bedeutung gewonnen hätten, die nicht zum militärischen Ethos passen. Was sollte daraus für das Ganze folgen, wie Sie es nennen? Weg vom Individualismus? Aber wohin?

Nein, man muss den Stellenwert des Militärischen und der Armee wieder als das ansehen, was er ist: ein wertvoller Stellenwert in der Gesellschaft.

Das sagt in der politischen Klasse aber niemand.

Noch nicht, wenn ich mir aber die Diskussionen anschau, die der Ukraine-Krieg ausgelöst hat, dann kann ich mir vorstellen, dass sich das ändert.

Tatsächlich? Als vor vier Monaten die Abgeordnetenkommission über den A400M diskutierte, wollte niemand ihn ein Militärflugzeug nennen. Sogar der Sprecher der traditionell eigentlich sehr atlantischen DP-Fraktion sah ihn lieber Kühlschränke nach Afrika transportieren und wies darauf hin, dass Luxemburg einen Einsatz seines Fliegers auch ablehnen könne, „militärische Einsätze“ zum Beispiel.

Das ist aber nicht meine Position! Ich habe in dieser Kammerdebatte darauf hingewiesen, was der A400M ist und dass man nicht naiv sein darf. Natürlich kann er auch zu humanitären Zwecken eingesetzt werden, aber primär dafür wurde er nicht angeschafft. Etwas anderes zu behaupten, wäre nicht ehrlich.

Offenbar aber ist eine große Debatte über den Sinn der Armee und den Stellenwert des Militärischen in der Gesellschaft politisch nicht erwünscht.

„Wir müssen Extremsituationen trainieren. Das geht nicht, wenn man dafür den Achtstundentag zugrundelegt. Sonst schickt man die Soldaten direkt in den Tod, sollte es zum Konfliktfall kommen“

Es kann nicht darum gehen, die Gesellschaft zu militarisieren. Man muss sagen können, dass Militär und Verteidigung wichtig sind. Ehrlich und transparent darlegen, worauf unsere Verteidigungspolitik abzielt und was die Armee macht. In diesem Sinn wurden auch die neuen Leitlinien verfasst: Wir wollen zeigen, was wir machen, und die Dinge nicht anders verkaufen, als sie sind. Wenn ein Satellit ins All geschossen wird, LUXEOSys zum Beispiel, dann sage ich nicht, das geschähe vor allem für humanitäre Zwecke.

Die ersten Wahlkampfaussagen der grünen Spitzenkandidatin Sam Tanson klingen nach einer ziemlich liberalen Klimaschutzpolitik. Die werde „einfach“, alle würden „mitgenommen“, die Bürger/innen, die Betriebe. Nichts werde verboten, nichts vorgeschrieben, es werde Anreize geben, denen sich einfach niemand werde entziehen können. Wenn man das hinüberdenkt auf den noch ungeklärten Stellenwert des Militärischen in der Gesellschaft: Könnten Déi Gréng dafür plädieren, ihn zu stärken, wenn sogar beim Kampf gegen die Erderwärmung niemand etwas muss?

Sam Tanson sagt sehr wohl, dass der Klimawandel eine Riesenherausforderung ist und wir noch 27 Jahre Zeit haben, um die Kurve zu kriegen und klimaneutral zu werden. Die Frage ist, wie man psychologisch so vorgeht, dass die Bürger mitmachen. Es wäre nichts erreicht, wenn man zum Beispiel sagen würde, dass keiner mehr Kurzstrecken fliegen darf, es aber keine praktische Alternative für diese Strecken gibt. Ich meine nicht, dass der klimapolitische Ansatz von Déi Gréng einen ehrlichen Umgang mit Verteidigung und Militär ausschließt. Es geht letztlich um Ehrlichkeit und darum, einzustehen für das, was man macht.

Werden Sie die Diskussion um das Militärische vor den Wahlen noch anstoßen?

Ja. Ich hatte bisher noch nie ein Problem damit und habe von Anfang an gesagt, ich bin nicht Kriegsminister, ich bin Verteidigungsminister. Ich arbeite in einem wichtigen Bereich, nämlich in der Verteidigung von Werten. Wie gesagt, es geht nicht um die Militarisierung der Gesellschaft. Sondern man muss die Armee vielleicht anders sehen als früher. Sie nicht ausschließlich mit Gewehren und Schießen in Verbindung bringen. Deshalb ist die Diskussion um die Werte so wichtig. Damit klar wird: Wir leben in einer Welt, wo wir Demokratien und Diktaturen haben; in einer Welt, in der die einen die Demokratie so sehen, die anderen so. Wenn wir uns auf gewisse Werte einigen, die wir auch verteidigen wollen, dann müssen wir in der Welt, in der wir sind, uns auch die Mittel geben, um diese Werte verteidigen zu können. Wenn es sein muss, auch in Selbstverteidigung mit der Waffe.

In den Verteidigungs-Leitlinien ist auch die Rede davon, dass die Armee eine spezifische Gesetzgebung benötige – zu Themen wie Arbeitszeit, Disziplin, Einsätzen und Militärjustiz. Warum ist das nötig?

Weil die Armee spezifisch ist. Ein Soldat ist anderen Situationen ausgesetzt als ein Angehöriger des CGDIS. Nehmen wir die Arbeitsbedingungen: Nicht umsonst wurde aus der EU-Arbeitsrichtlinie das Militär ausgeklammert. Wie sollte das auch anders gehen? Man kann Soldaten nicht nach einem Achtstundentag funktionieren lassen. Von der Armeegegewerkschaft bekomme ich manchmal gesagt, in einem Konfliktfall stelle diese Frage sich natürlich nicht, aber beim Training müsse das so sein. Da sage ich: nein. Ich verstehe die Armeeführung, wenn sie mir erklärt, wir müssen Extremsituationen trainieren. Das geht nicht, wenn man dafür den Achtstundentag zugrunde legt, aber im Einsatz daraus ein 24-Stunden-Tag wird. Darauf muss der Soldat ja eingestellt sein. Es geht nicht darum, die Soldaten zu schikanieren, sondern sie richtig auszubilden, sonst schickt man sie direkt in den Tod, sollte es zu einem Konfliktfall kommen. Ein spezifischer Beruf braucht auch spezifische Regeln.

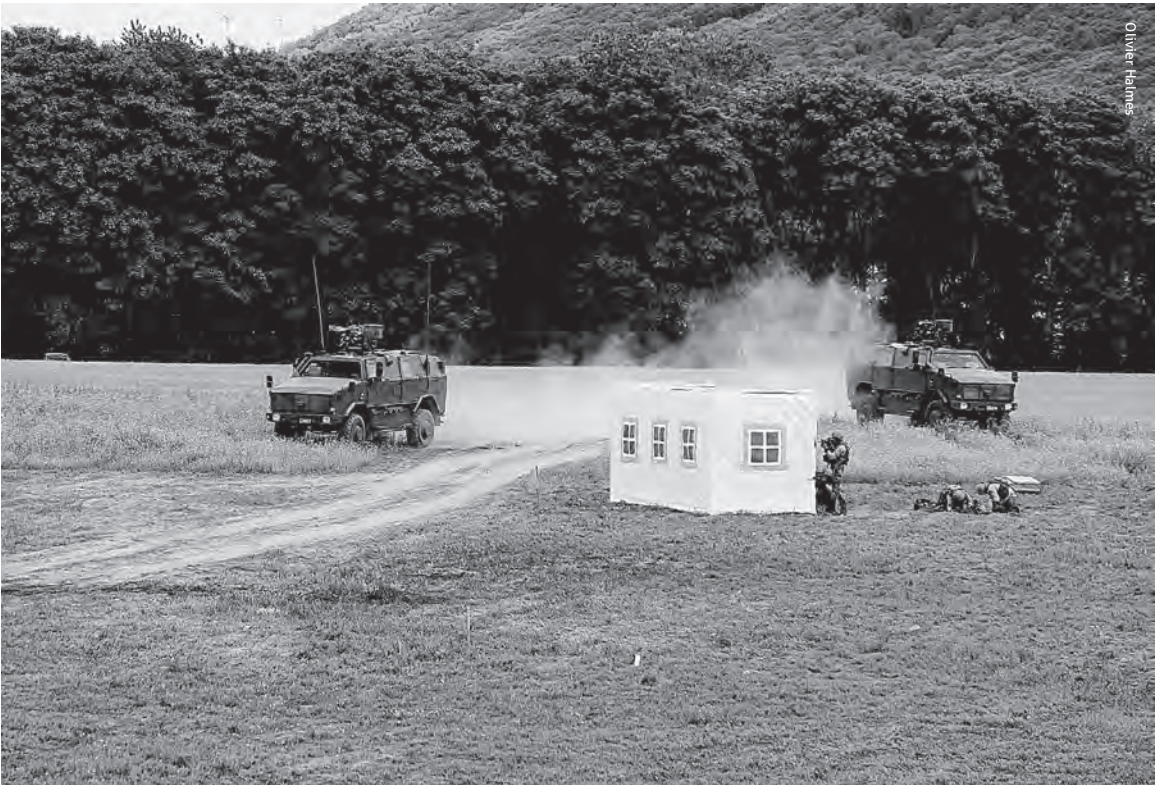
Aber noch unterliegt die Armee weitgehend dem Beamtenrecht. Sie da rauszunehmen, und wenn auch nur zum Teil, wäre politisch sensibel.

Ich möchte betonen: Es geht weder darum, die Soldaten auszu-beuten, noch darum, ihnen ihre Rechte zu nehmen. Überhaupt nicht. Der Soldat muss geschützt sein. Es kann nicht sein, dass er immer im Einsatz sein soll und gar keine geregelte Arbeitszeit hat. Man muss die Rechte aber anders definieren und sie am Einsatzrahmen ausrichten.

Konflikte zwischen der Armeeführung und Gewerkschaften nehmen manchmal erstaunliche Züge an. Wie vor vier Jahren die Kampagne gegen den damaligen Chef des Generalstabs. Wäre in Luxemburg ein Akteur nützlich wie in Deutschland der Wehrbeauftragte des Bundestages? Ein dem Parlament unterstelltes Organ, das sich über alle das Militär betreffende Fragen und Probleme informieren kann, auch als Anlaufstelle für Beschwerden dient und dem Parlament jedes Jahr Bericht erstattet?



Olivier Holmes



Olivier Holmes

Vorfürhungen der Armee beim Tag der offenen Tür auf dem Herrenberg im Juli 2022

Das könnte ich mir ganz gut vorstellen. Vor kurzem wurde noch eine andere Idee an mich herangetragen: ein Gremium aus der Zivilgesellschaft zu bilden, das sich regelmäßig mit der Direction de la Défense austauschen würde. So ähnlich wie der Nachhaltigkeitsrat im Austausch mit dem Umweltministerium steht. Diese Idee gefällt mir gut. Das wäre ein weiterer Beitrag für Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Militärischen. Mir war das immer wichtig. Ich wette, wenn man nachzählen würde, wie viele Sitzungen es im Parlament gab, die ich selber beantragt habe und wo vorgestellt und diskutiert wurde, was wir machen, dann wären es weitaus mehr als in den Legislaturperioden davor. Ich bin überzeugt, dass über Verteidigung noch nie so viel diskutiert wurde, wie in meiner Amtszeit.

Es gibt Gerüchte, falls Déi Gréng auch in die nächste Regierung kommen, würden sie das Verteidigungsressort wieder übernehmen wollen. Ist das so?

Ich empfehle das meiner Partei wärmstens.

Wer könnte den Posten übernehmen, da Sie ja nicht noch einmal Minister werden wollen?

Ich sehe genug Leute, die das machen könnten. Ich sehe zum Beispiel eine Frau, die das sehr gut könnte, Stéphanie Empain. Sie interessiert sich schon sehr lange für Außen- und Verteidigungspolitik, hat das studiert und sogar eine Zeitlang im Generalstab gearbeitet.

Kommen wir noch einmal auf das Personalproblem der Armee zurück. Nicht nur weiß sie im Moment nicht, wo sie das zusätzliche Personal für das Aufklärungs-Bataillon hernehmen soll. Für den Fall eines Krieges müsste sie auch über Reservisten verfügen. Braucht Luxemburg eine Reserve-Armee?

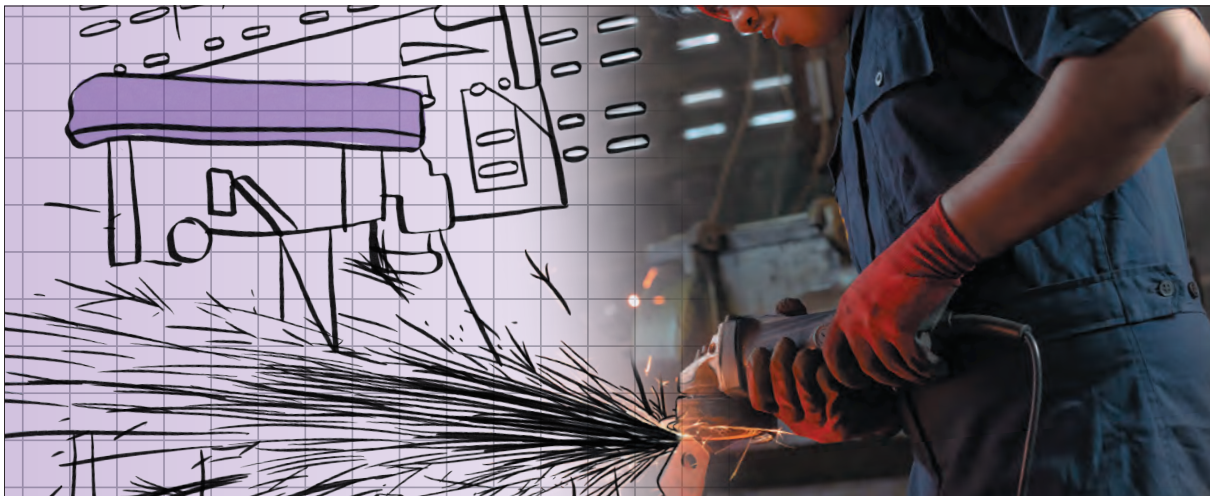
Ich meine nicht. Ich bin Verfechter einer europäischen Zusammenarbeit. Deshalb wird in den neuen Leitlinien zum Beispiel das „Pooling and Sharing“, die gemeinsame Beschaffung und Nutzung, so betont. Die Idee einer Armee mit Reservisten wäre plausibel, wenn Luxemburg sich allein verteidigen müsste. Dass die Schweiz Reservisten hat, verstehe ich. Wir leben aber in einer Welt, in der ein Land allein sich nicht mehr verteidigen kann, und Luxemburg ist eingebunden in die EU-Verteidigung und in die Nato.

Das heißt, Sie würden sich darauf verlassen, dass andere die Reihen der Luxemburger Armee auffüllen, falls sie in einem Krieg dezimiert wird?

Nein, das nicht. Der Personalbestand der Armee selber wird wachsen müssen. Aber ich glaube nicht, dass man, wenn man anstelle von 1 000 vielleicht 1 500 Soldaten hätte, darüber hinaus noch weitere Reservisten braucht. Würde die Frage sich so stellen, dann müsste Europa sich mit ihr auseinandersetzen und sagen, ob eine europäische Reserve nötig ist. Uns alleine würde es nicht viel weiterbringen, wenn wir noch 2 000 oder 3 000 Reservisten hätten. Das hätte nur Sinn in einem EU-Kontext.

Ihr Vorgänger Etienne Schneider hatte diese Idee anscheinend und sie unter anderem der Armeegegewerkschaft unterbreitet, die das gar nicht so schlecht fand: Die Armee könnte sich dadurch auch stärker in der Gesellschaft verankern lassen.

Man kann über alles diskutieren, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehe ich das nicht als Priorität an. Für prioritär halte ich, eine richtige EU-Verteidigung aufzubauen. Das gäbe uns als Land mehr Sicherheit, als wenn wir über eine Reserve hier nachdenken. Das ist jedenfalls meine Meinung. ●



Plus de 23.500 entreprises font aujourd'hui confiance à la BIL. Et vous ?



La BIL est aux côtés des entrepreneurs depuis 1856 et propose des solutions adaptées à chaque étape du cycle de l'entreprise. Découvrez-les sur www.bil.com/entreprises ou contactez directement votre Responsable de relation BIL.



LEITARTIKEL

Alles kann, nichts muss

Peter Feist

In der Abgeordneten­kammer fand am Dienstag eine sonderbare Debatte statt. Landesplanungsminister Claude Turmes (Grüne) hatte eine Regierungserklärung zum neuen Leitprogramm für die Landesplanung vorgetragen. Mit Ausnahme der ADR – „den onkontrollierte Wuesstem“ – fanden alle das Programm ziemlich gut. Es soll dafür sorgen, dass der Flächenverbrauch sinkt; Wachstum vor allem dort stattfindet, wo das sinnvoll ist, und drittens soll die Landesplanung auch grenzüberschreitend ansetzen.

Sonderbar wurde die Debatte, als aus der CSV-Fraktion der Ettelbrücker *député-maire* Jean-Paul Schaaf und Ko-Fraktionschef Gilles Roth, der zugleich Bürgermeister von Mamer ist, für ihre Gemeinden mehr Geld verlangten. Man konnte das für ein politisches Spiel halten, auch weil in drei Wochen Gemein­dewahlen sind. Vielleicht war es das auch, aber nicht nur. Die Forderungen von Schaaf und Roth zielen auf eines der politischen Kernprobleme, die sich der Landesplanung stellen, wenn sie Erfolg haben soll: Mit welcher Begründung soll bestimmten Gemeinden ein Wachstum erlaubt, anderen versagt werden? Mit welchen Begründungen sollen Gemeinden, die wachsen dürfen, mehr Geld aus dem Gemeindefinanzausgleich erhalten? Und: Auf welche Zuwendungen hätten Gemeinden ein Anrecht, die nicht weiterwachsen, aber lebenswert bleiben sollen, und wie begründet man das?

Weil das Parlament voller *députés-maires* und *députés-échevins* zumindest der vier großen Parteien ist und nach dem 11. Juni vielleicht auch noch weiterer Parteien, könnte man meinen, dass sich zu diesen Fragen ein Konsens finden und die Gemeindefinanzierung neu ausrichten lassen wird. Zurzeit hängen die Zuwendungen aus dem gemeinsamen Fonds de dotation globale des communes zu 82 Prozent von der Bevölkerung einer Gemeinde ab. Dass das ein Anreiz zum Wachsen ist, versteht sich.

Um den Finanzausgleich an die Landesplanung anzupassen, würde es aber aber nicht reichen, Gelder nach Bevölkerung nur den Gemeinden zu geben, die wachsen sollen. Und, wie es in Turmes' Leitprogramm angedacht ist, noch einen Ausgleichfonds zu schaffen, der Landgemeinden zum Beispiel Mittel zum Unterhalt ihrer Infrastruktur bereitstellen würde. Das Problem ist noch komplizierter, auch politischer. Es stellen sich auch Fragen wie: Müsste in Landgemeinden schon ausgewiesenes Bauland zu Grünland umgewidmet werden, damit die Bevölkerung nicht wächst? Oder: Was sollen Gemeinden ihren Bürger/innen bieten; sowohl Gemeinden, die wachsen dürfen, als auch die anderen?

Die Kammerdebatte am Dienstag lieferte Hinweise darauf, was das politisch heißen könnte. Der DP-Abgeordnete Max Hahn etwa erklärte für seine Fraktion, wo Bauland ausgewiesen ist, soll auch gebaut werden. Gilles Roth und Jean-Paul Schaaf von der CSV insitierten, ihre Gemeinden erfüllen die Kriterien, um als besondere Entwicklungszentren angesehen zu werden und mehr Geld aus dem Finanzausgleich zu beziehen. Möglicherweise haben sie Recht, denn schon laut dem Leitprogramm von 2003 sollen solche Zentren Dienstleistungen von regionaler Bedeutung anbieten, worunter zum Beispiel Sekundarschulen oder Kulturhäuser fallen.

Doch: Die Missionen der Gemeinden gehen auf Gesetze zurück, die viel älter sind als das Leitprogramm von 2003. Ob man daran etwas fundamental ändern soll, ist seit Jahrzehnten ungeklärt. Große Gemeinden stehen dabei gegen kleine, die Interessen der einen Partei gegen die einer anderen. Und: Seit 2013 sind die Landesplanungs-Leitprogramm rechtlich nicht mehr verbindlich. Sondern nur noch „Strategiedokumente“, damit die Regierung sich nicht vor Gericht blamiert, wenn der Anwalt eines Grundstücksbesitzers sagt, was in einem „Programm“ steht, das bloß der Regierungsrat gutheißt, könne nicht schwerer wiegen als die in der Verfassung garantierte Freiheit, mit Privatbesitz tun zu dürfen, was man will. Soll aus der Landesplanung etwas werden, muss ein breiter Konsens über sehr komplexe Fragen her. Müssten Gesetze geändert werden und vielleicht die Verfassung. Sonst gilt weiter: Alles kann, nichts muss.

GESUNDHEIT

Kondome für alle

LSAP-Gesundheitsministerin Paulette Lenert verteilte am Dienstagnachmittag in der Oberstadt kostenlose Verhütungsmittel (Foto: Sven Becker), bevor sie am Abend nach Differdingen fuhr, wo die LSAP ihre Kampagne für die Gemein­dewahlen einläutete. Verhütungsmittel sind wichtig, um sich vor Geschlechtskrankheiten zu schützen, doch den gesundheitspolitischen Wahlkampf dominieren derzeit andere Themen. CSV, DP und der Ärzteverband AMMD kritisieren Paulette Lenert wegen ihrer „planwirtschaftlichen“ und „sozialistisch-dirigistischen“ Gesundheitspolitik und fordern eine „Liberalisierung“ des Gesundheitswesens. Auch der Staatsrat hat sich in seinem Gutachten zum Gesetzentwurf über den *virage ambulatoire* kritisch geäußert, als er beanstandete, den Gebrauch von bestimmten Apparaten auf Spitäler und ihre Antennen zu begrenzen, schränke freiberufliche Ärzte in der Ausübung ihres Berufs ein. Die Alternative dazu wäre, den außerklinischen Bereich insgesamt zu regulieren, wofür es jedoch einer grundlegenden Reform bedarf. Wie Paulette Lenert dieses Dilemma lösen will, hat sie noch nicht erklärt. Stattdessen ließ sie ihre Parteipräsidentin Francine Closener am Montag im *RTL Télé „méi lokal Doktesch-Praxisse*n an och eng Gemengen-Infirmierie“ fordern. Am Mittwochabend (nach Redaktionsschluss) traf die AMMD sich mit dem Vorstand der Agence E-Santé, um über neue Funktionen zu diskutieren, die künftig den Nutzern der Gesondheetsapp zur Verfügung stehen sollen, für deren Entwicklung die AMMD sich hoch verschuldet hat. Der Ärzteverband hofft, dass mehr Menschen die Anwendung nutzen, wenn sich mit ihr nicht nur Arztrechnungen rückerstatten (und später vielleicht bezahlen), sondern auch etwa Krankenscheine und Verordnungen verschicken lassen. Paulette Lenert hatte der AMMD schon vor drei Wochen zugesagt, dass sie „zu jeder Schandtat bereit“ sei, um sie vor Überschuldung zu bewahren. Trotzdem hatte die liberale Ärztschaft damit gedroht, sich aus der Nomenklaturkommission zurückzuziehen. Manchmal ist es vielleicht tatsächlich besser, einfach nur gratis Kondome zu verteilen. II

A R B E I T

Unlautere Konkurrenz

Nachdem der Lieferdienst Wedely nach Ermittlungen der ITM sich bereits vor zwei Jahren in zwei Instanzen vor Verboten ist. Der Schöfferrat am Bürgermeisterin Lydie Polfer (DP) und Schöffe Serge Wilmes (CSV) will dieses Verbot „dans l'intérêt de la sécurité et de la salubrité publiques“ auf alle Formen von Bettelei ausdehnen. Der Gemeinderat hatte die Erweiterung am 27. März angenommen, die Oppositionsparteien LSAP, Déi Gréng und Déi Lénk stimmten dagegen. Taina Bofferding begründete ihre Entscheidung laut *RTL* damit, dass der Gemeinderat nur ein Verbot per Polizeireglement erlassen dürfe, falls eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestehe. Auf die einfache Bettelei treffe das jedoch nicht zu, es handle sich eher um ein subjektives Unsicherheitsgefühl. Während

Restaurants zusammenarbeitet, die Lieferant/innen in einem geregelten Arbeitsverhältnis beschäftigen. Wedely wirft der Kläger vor, trotz zwei Verurteilungen wegen Schwarzarbeit weiter mit Scheinselbstständigen zu arbeiten. Der Onlinelieferant nutzt eine rechtliche Grauzone, die einerseits durch eine EU-Direktive, andererseits durch ein nationales Gesetz beseitigt werden soll. Sowohl die Richtlinie von EU-Kommissar Nicolas Schmit, als auch der Gesetzentwurf von Arbeitsminister Georges Engel (beide LSAP) lassen aber noch auf sich warten. II

P E R S O N A L I E

Taina Bofferding,

Innenministerin der LSAP, hat drei Wochen vor den Gemein­dewahlen der Law-and-Order-Politik von DP und CSV einstweilen einen Riegel vorgeschoben. Sie erklärte am Dienstag auf einer Pressekonferenz, sie werde die umstrittene Erweiterung von Artikel 42 des Gemeindereglements der Stadt Luxemburg nicht genehmigen. Bislang sieht der Paragraf vor, dass gemäß dem Strafgesetzbuch organisiertes Betteln zwischen 7 und 22 Uhr im Stadtzentrum, auf den großen Kreuzungen im Bahnhofsviertel und in öffentlichen Parks verboten ist. Der Schöfferrat am Bürgermeisterin Lydie Polfer (DP) und Schöffe Serge Wilmes (CSV) will dieses Verbot „dans l'intérêt de la sécurité et de la salubrité publiques“ auf alle Formen von Bettelei ausdehnen. Der Gemeinderat hatte die Erweiterung am 27. März angenommen, die Oppositionsparteien LSAP, Déi Gréng und Déi Lénk stimmten dagegen. Taina Bofferding begründete ihre Entscheidung laut *RTL* damit, dass der Gemeinderat nur ein Verbot per Polizeireglement erlassen dürfe, falls eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestehe. Auf die einfache Bettelei treffe das jedoch nicht zu, es handle sich eher um ein subjektives Unsicherheitsgefühl. Während



die drei Oppositionsparteien Bofferdings Entscheidung begrüßten, kündigten Lydie Polfer und Serge Wilmes am Nachmittag an, sie vor dem Verwaltungsgericht anzufechten. Selbst innerhalb der DP scheint Polfers Bettelverbot derweil nicht unumstritten zu sein. Premierminister Xavier Bettel hat sich bislang nicht dazu geäußert, Familienministerin Corinne Cahen, die am 11. Juni in der Hauptstadt kandidieren wird, ebenfalls nicht. Auf der Wahlkampfveranstaltung „De Premier no bei dir“, die diese Woche in Limpertsberg vor DP-Mitgliedern stattfand (S.7), haben beide es tunlichst vermieden, das Bettelverbot anzusprechen. Als ein Mann aus dem Publikum eine Frage zur Kriminalität stellte, überließen sie nicht der ebenfalls anwesenden Lydie Polfer das Wort, sondern dem für Sicherheit eigentlich nicht zuständigen Verkehrs- und Umweltschöffen Patrick Goldschmidt, der sehr gemäßigte Töne anschlug. Bis das Verwaltungsgericht ein Urteil fällt, könnte sich das Problem durch das Wahleresultat längst gelöst haben. II

G E M E I N D E N

Nur noch zu dritt

Die seit Jahrzehnten geplante Fusion der fünf Nordstad-Gemeinden Diekirch, Ettelbrück, Schieren, Erpeldingen/Sauer und Bettendorf scheint für die CSV und die DP in Diekirch offenbar keine Priorität mehr zu sein. Das bestätigten die Oppositionsräte Charel Weiler (CSV) und José Lopes Gonçalves (DP) am Dienstag im *Radio 100,7*. Stattdessen bevorzugten sie einen Zusammenschluss von nur noch drei Gemeinden: Ettelbrück, Diekirch sowie Erpeldingen/Sauer, das die Verbindung zwischen den beiden Städten herstellen würde. In den beiden kleineren Randgemeinden Schieren und Bettendorf seien laut Weiler die Bedenken größer. Insbesondere innerhalb der DP scheint es aber gegensätzliche Positionen zu geben. Der Schierer DP-Bürgermeister

Eric Thill bekräftigte gegenüber *100,7*, sich weiterhin für eine große Nordstad-Fusion einsetzen zu wollen. Der Bettendorfer Schöffe José Vaz do Rio wollte sich nicht eindeutig dazu äußern. Die Bettendorfer Bürgermeisterin Pascale Hansen (DP) hatte vergangenes Jahr als Sprecherin des Fusionskomitees demissioniert. Doch auch in der CSV gibt es offenbar Streit. Der Erpeldinger CSV-Bürgermeister Claude Gleis knüpfte seine Fusionsbereitschaft am Dienstag an die Bedingung, dass der Ettelbrücker CSV-Bürgermeister Jean-Paul Schaaf die Genehmigung zum Bau einer Windparkanlage zurückzieht. Für ihre Fusionsbereitschaft hatten die Nordstad-Gemeinden vor zwei Jahren vom Staat 5 000 Euro pro Kopf verlangt – 125 Millionen Euro insgesamt. Innenministerin Taina Bofferding hatte daraufhin 60 Millionen Euro geboten und der grüne Landesplanungsminister Claude Turmes hatte zugesagt, die fünf Gemeinden als Centre de développement et d'attraction d'importance nationale im nationalen Landesplanungsdokument (PDAT) auszuweisen, was mit weiteren staatlichen Fördermitteln verbunden wäre. Vieles deutet demnach darauf hin, dass die rezenten Absagen der Diekircher Oppositionsparteien CSV und DP ein wahltaktisches Manöver sind. II

U M W E L T

Parkraummanagement im Norden

Damit es dieses Jahr mit dem Badespaß am Stausee besser klappt als vergangenen Sommer – man erinnere sich etwa an den Bürgermeister von Esch/Sauer, Marco Schank (CSV), der seine Ortschaft an einem besonders heißen Tag aufgrund des Andrangs kurzerhand schloss – wurden laut Pressemitteilung in den letzten Monaten „intensive Anstrengungen“ unternommen. In den letzten Jahren hatte die stetig steigende Anzahl an Besucher/innen vermehrt zu

sozialen Konflikte und mehr Vermüllung geführt. Allen voran ist Landesplanungsminister Claude Turmes (Grüne) daran gelegen, die Natur um den See zu schützen und Rücksicht auf die Einwohner/innen der Region zu nehmen – und die Situation präventiv zu deeskalieren. Die Oewersauer-Stauseékommissioun hat für die Dörfer Insenborn und Lultzhausen ein Schrankensystem mit Parkinformationssystem und Kartenzahlung eingerichtet; die Stausee-Navette soll am Wochenende und an Feiertagen öfter fahren. Von 1 000 kostenlosen Parkplätzen gelangt man mit dem „Strandbus“ zum See; 700 kostenpflichtige Parkplätze, die drei Euro pro Stunde kosten, liegen direkt an den Stränden. Passend zum Wahlkampf soll es am See mehr Polizeipräsenz geben, vor allem an den heißen Tagen. Außerdem wurde der öffentliche Transport in die Region verbessert und ab Juli eröffnet ein Take-Out in Lultzhausen. Falls es trotz allem zu Schwierigkeiten kommt, gelangen das neue Feuerwehrboot oder die Ausrüstung zur Waldbrandbekämpfung zum Einsatz. sp

D ' L A N D

Rectificatif

Dans la précédente édition, la ministre des Finances, Yuriko Backes (DP), est citée dans le cadre d'une interview avec la phrase : « Ce que nous savons, c'est que la dette augmentera jusqu'en 2024, mais après, la trajectoire sera la bonne ». Il s'agit d'une erreur de retranscription de la part du *Land*. En fait, la ministre a dit : « Ce que nous savons, c'est que le déficit augmentera jusqu'en 2024, mais après, la trajectoire sera la bonne ».

Richtigstellung

30 Prozent der von den Sozialämtern bearbeiteten Sozialhilfe-Dossiers betreffen Hilfen zur Miete. Nicht 80 Prozent, wie im *Land* vom 12.5.2023 auf Seite 4 zu lesen war.

„Aimer ce qui est beau et se réjouir de ce qui est juste“

Sarah Pepin



Claire Lignières-Counathe, Christian Moufle, Aude Libert, Marion Zovilé-Braquet und Serge Wilmes

In Contern wurde am Mittwoch der Grundstein für ein neues Gebäude der École Charlemagne gelegt. Porträt einer Privatschule, die an der hiesigen Bildungsfreiheit kratzt

Bildungsminister Claude Meisch (DP) ist der Grundsteinlegung für das neue Gebäude der französischen Privatschule École Charlemagne in Contern ferngeblieben, obwohl seine Präsenz zunächst angekündigt war. Zugegebenermaßen musste er zu einer Sitzung für das Luxembourg Science Center, heißt es aus dem Bildungsministerium. Stattdessen war der Abteilungsleiter des Privatschuldienstes Fernando Ribeiro stellvertretend für das Ministerium dort, ebenso wie die französische Botschafterin Claire Lignières-Counathe, die Bürgermeisterin der Gemeinde Contern, Marion Zovilé-Braquet (CSV), und der Erste Schöffe von Luxemburg-Stadt Serge Wilmes (CSV).

Seit 2010 gibt es die kleine Schule, die von Eltern gegründet wurde und deren Namen unvermeidlich an die Christianisierung von Teilen Europas durch Karl den Großen erinnert. Einer der Gründungsväter der Schule ist Henri de Crouy-Chanel, der auch das Lycée Vauban 1996 mitgegründet hat und aus der Finanzbranche stammt, wie viele der 60 Familien, die ihre Kinder hier unterrichten lassen (ein nicht unbeträchtlicher Teil davon hat drei oder mehr Kinder in der Schule). Sponsoren fanden sich damals in Banken und Versicherungsfirmen, die 70 000 Euro als Startkapital zur Verfügung stellten. Vorbild ist der französische Cours Sainte-Anne, es werden Blusen getragen und es wird Wert auf „klassische“ und „traditionelle“ Methoden des Unterrichts gelegt: „L'école forme l'intelligence par le travail d'analyse, de synthèse et de mémoire, base sur laquelle se fonde la personnalité de l'enfant en lui donnant le sens du travail bien fait, le goût de l'effort et la confiance en lui-même“, heißt es auf der eigenen Webseite, an anderer Stelle ist von einer „pédagogie exigeante“ und einem „esprit familial“ die Rede. In den Materialangaben werden weder flexible Lineale noch gewisse Marken von Bleistiften geduldet, Rechnen wird mit dem Abakus gelehrt, er muss stabil und der Zirkel funktionsfähig sein. Das Personal und alle Kinder siezen sich; kommt ein Erwachsener in die Klasse, stehen die Kinder auf. (Im Kontrast dazu wollen einige Regionaldirektoren in den luxemburgischen Schulen das bei ihren Besuchen explizit nicht mehr.)

Während die öffentliche Schule sich um eine moderne Bildung nah am Zeitgeist bemüht, scheint die Zeit hier ein wenig stehengeblieben. Was erstmal nicht per se bedenklich ist: Was sich bewährt hat, kann durchaus weiterbestehen. Allerdings zeigen die Fotos und das Video, die auf der Homepage der Schule zu sehen sind, Mädchen in rosa und Jungen in blauer Bluse; eine Art auf Unterschiede aufmerksam zu machen, die sich heute in weiten Teilen der Gesellschaft nur noch schwer vermitteln lässt.

An einem Freitagnachmittag ist in der École Charlemagne Pausenzeit, Kinder bedecken sich gegenseitig mit Blättern im Schulhof in Walferdingen. Aude Libert leitet die Schule seit September 2018. Seit zwei Jahren hätten alle Schüler/innen eine graue Bluse an, erklärt sie. Die Mädchen hätten vor einigen Jahren gerne eine rosa Bluse gehabt, doch die Qualität des Materials hatte nicht gestimmt. Die Entscheidung, die gleiche Farbe für alle einzuführen, sei aus praktischen Gründen getroffen worden, um die Blusen einfacher an Geschwister abgeben zu können. Chancengleichheit liege ihr sehr am Herzen, und Mädchen und Jungs würden gleich behandelt. „Wie ein

Chirurg seine Handschuhe anzieht, schlüpft ein Kind in seine Bluse, bevor die Arbeit beginnt.“

Die *maitresses*, die an der Schule angestellt werden, müssen nach dem festgelegten pädagogischen Projekt unterrichten, um Kohärenz in der Schullaufbahn ab drei Jahren (Petite section maternelle) bis zum elften Lebensjahr (CM2, Cours moyen 2^e année) zu garantieren. Es sind analytische Methoden, die sich bewährt haben, was Rechnen und Alphabetisierung angeht, die angewendet werden, erörtert Aude Libert. „Dabei geht es überhaupt nicht um Nostalgie – es ist eine bewusste Entscheidung. Die Wissenschaft zeigt, dass diese Art von Unterricht funktioniert.“ Sie unterstreicht, dass die Schule sich nicht als Gegenentwurf zur öffentlichen Schule versteht, dass es nicht um moralische Überlegenheit oder Ideologie gehe. Auch die Etikette sei Handwerkszeug, um Respekt zu vermitteln, kein „Prinzip an sich“, die Schule überdies konfessionslos. Religionsunterricht gibt es an der École Charlemagne nicht, sondern ab acht Jahren etwa zehn Minuten Moralkurs in der Woche, bei dem gute Vorsätze aufgesagt werden, später beispielsweise Zitate von Philosophen wie Aristoteles.

Nach Anfängen in Limpertsberg und nur 18 Schüler/innen, zog die Schule 2015 in die EduPôle nach Walferdingen, wo heute 115 Kinder unterrichtet werden. Einen geeigneten Standort zu finden, war von Anfang an eine Herausforderung. Schon im Sommer 2017 sollte die École Charlemagne vom Ifen-Standort wegziehen, eventuell nach Neudorf. Der Plan scheiterte, der Schöffenrat von Luxemburg-Stadt genehmigte keine Rückkehr in die Hauptstadt. Bildungsminister Claude Meisch verlängerte den Mietvertrag in Walferdingen weiter, auch Serge Wilmes (CSV) half der Schule, erstmal dort bleiben zu können. Die Société générale, BGL-BNP Paribas, PWC, die Banque de Luxembourg und der spanische Botschafter setzten sich für das Fortbestehen der Schule bei Premierminister Xavier Bettel (DP) ein. Ab September 2024 hat die Heimatlosigkeit ein Ende: Die École Charlemagne hat das Grundstück für ihr neues Gebäude in der etwas tristen Gewerbszone in Contern gekauft, die Investition soll Berechnungen der Schule nach knapp zwölf Millionen Euro kosten. Das Bildungsministerium, das im Regelfall 80 Prozent der Kosten übernimmt, hat bis jetzt 1 442 500 Euro für den Bau bezahlt, geschätzt wird die Gesamtbeteiligung des Staates auf 7 202 000 Euro.

Eine gewisse Verzweiflung ging der Suche nach einem geeigneten Grundstück voraus. Die Bürgermeisterin Conterns Marion Zovilé-Braquet sei „aus allen Wolken gefallen“, als der Vorsitzende des Verwaltungsrats der École Charlemagne Christian Moufle anrief, sie würden sich gerne in der Gewerbszone ansiedeln. Kein besonders schöner, sicherer oder kinderfreundlicher Ort, zwischen einer Tankstelle und einem Supermarkt samt großem Parkplatz. Die Bürgermeisterin habe ihnen die Risiken des Ortes erklärt, auch, dass die Gemeinde das höhere Verkehrsaufkommen schlecht wegstecken könne. Es wurde ihr versichert, ein Shuttleservice bringe einen Teil der Kinder jedoch weiter vom Glacis nach Contern. „Unsere Höchstanzahl liegt auch in unserem neuen Gebäude bei 150 Kindern, damit die familiäre Atmosphäre bestehen bleibt – hier kennt das Lehrpersonal alle Kinder beim Namen“, sagt Aude Libert. Sie unterstreicht die Wichtigkeit eines geschützten, sicheren Rahmens, in dem die Schüler/innen sich optimal entfalten können.

Die Rede ist von „pédagogie exigeante“ und „esprit familial“

Im Gegensatz zu anderen Privatschulen wie beispielsweise der International School oder der Waldorfschule fallen die monatlichen Schulkosten mit 340 Euro plus Essenskosten vergleichsweise günstig aus. Das Milieu ist ein anderes als das der akademischen Expats. Die Shorts, die viele der Jungs tragen, und die an die katholische Pfadfinderorganisation Scouts de l'Europe erinnern, obliegen einer Entscheidung der Eltern. „Es gibt schon einen katholischen Kern an Familien“, sagt Aude Libert. Ein konservatives, französischsprachiges und zum Teil adliges Milieu, das in Luxemburg gut vertreten ist (*d'Land*, 15.04.2022). Doch es gebe auch atheistische und muslimische Familien, die ihre Kinder in der École Charlemagne beschulen lassen, versichert Jeanne Ducorroy, Sekretärin des Verwaltungsrats.

Hinter vorgehaltener Hand hört man mehr Polarisierung. Tatsächlich sollen einige der Eltern ihre Kinder nicht in die öffentliche Schule schicken, weil sie „mit den Werten, die dort vermittelt werden, nicht einverstanden sind“. Und andere, die ihre Kinder aus der École Charlemagne nahmen, als sie verstanden haben, „was sie wirklich antreibt“.

Eine pädagogische Nische, die ihre Daseinsberechtigung dennoch im luxemburgischen Schulsystem hat, sagt Lex Folscheid, Erster Regierungsberater im Bildungsministerium. Solange man sich an demokratische Prinzipien und Werte halte, könne Pädagogie in einem Spektrum existieren, mit Innovation und Fortschritt auf der einen und traditionelleren Methoden auf der anderen Seite. Während Schulen wie Sainte Sophie oder Fieldgen historisch zwar katholisch sind, sich aber kaum noch vom öffentlichen Schulsystem unterscheiden, will die École Charlemagne ihrer DNA treu bleiben.

Der geplante Gesetzestext zur Schulpflicht beinhaltet auch eine Reform des Privatschulgesetzes. Sie soll die Missionen und Werte von Bildung klarer definieren und auf diese Weise jeglichen Extremismen, reeller oder potenzieller Natur, den Garaus machen – gewissermaßen eine Grundlage liefern, extremistische Projekte für Bildungseinrichtungen abzulehnen. So heißt es in Kapitel zwei, Artikel acht des Gesetzentwurfes: „Tout enseignement contribue à transmettre à la personne qui en bénéficie, outre les connaissances et les compétences, (...) le respect d'une société démocratique fondée sur les droits fondamentaux et les libertés publiques (...) et ce dans un esprit de compréhension, de paix, de respect, d'égalité entre les genres et d'amitié entre tous les peuples et groupes ethniques, nationaux, philosophiques et religieux.“ Und weiter, im Artikel neun: „Les membres du personnel enseignant ne peuvent manifester, par quelque moyen que ce soit, leur appartenance à une doctrine religieuse ou politique dans l'exercice de leurs fonctions“ – ein expliziter Laizismus, den es so noch nicht gab. Der Staatsrat lehnte viele Vorschläge in den beiden ersten Kapiteln des Entwurfs im Dezember 2022 mit dem Argument ab, solche Ausführungen gehörten nicht in ein Gesetz zur Schulpflicht und brächten keine „plus-value normative“. ●

ZUFALLSGESPRÄCH MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Teures Gemüse

Am 20. September vergangenen Jahres sah die Tripartite von einer weiteren Manipulation der Indexanpassungen ab. Um den Anstieg der Lohnkosten zu bremsen, beschloss sie eine Bezuschussung von Erdgas, Strom und Heizöl sowie eine Senkung der Mehrwertsteuer.

Die TVA-Senkung fand wenig Beachtung. Dabei führt sie laut *Fiche financière* des Gesetzentwurfs zu einem Steuerausfall von 317 Millionen Euro. Dies entspricht dem Jahreshaushalt des Gesundheitsministeriums. Wer erhält die 317 Millionen?

Am 1. Januar wurden drei von vier TVA-Sätzen um einen Prozentpunkt gesenkt. Kaufhäuser warben damit, dass sie die TVA-Senkung an ihre Kunden weitergeben wollten. Das war nicht selbstverständlich. Tripartite, Regierung und Parlament hatten keine Kontroll- und Strafbestimmungen in das Gesetz vom 26. Oktober 2022 geschrieben. Die Gewerbefreiheit war ihnen 317 Millionen wert.

Im Januar sank das Preisniveau gegenüber Dezember um 0,4 Prozent. Das Stateg erklärte die Deflation in seiner monatlichen Mitteilung: „Comme chaque année, ce recul s'explique par les réductions de prix offertes à l'occasion des soldes d'hiver.“ Nach dem Winterschlussverkauf stiegen die Verbraucherpreise wieder. Im Februar um stattliche 1,67 Prozent gegenüber Januar. Die TVA-Senkung schien die Index-Entwicklung kaum gebremst zu haben.

Zu den Nutznießern der TVA-Senkung gehören die Depotbanken von Investitionsfonds, die Anlage- und Steuerfluchtberater. Sie bestreiten laut Wirtschafts- und Sozialrat ein Drittel der staatlichen TVA-Einnahmen. Der Prozentpunkt TVA ist ihnen ein Geschenk. Er ändert nichts an der Inflationsrate: Vermögensverwaltung steht nicht im Index-Warenkorb. Andere Nutznießer sind Kunden, die sich größere Anschaffungen leisten. Und Geschäftsleute, die die TVA-Senkung nicht an ihre Kunden weitergeben.

In den letzten zwölf Monaten wurde Fleisch um 9,14 Prozent teurer; Fisch um 9,53 Prozent; Obst um 10,55 Prozent; Kaffee und Kakao um 13,34 Prozent; Brot und Getreideflocken um 14,44 Prozent; Gemüse um 14,49 Prozent; Milch, Käse und Eier um 17,75 Prozent. Das ist weit mehr als alle anderen Warengruppen im Index-Warenkorb – Erdgas, Strom und Heizöl inbegriffen. Ursachen waren

europaweit gestiegene Preise für Rohstoffe, Dünger, Energie, Verpackungsmaterial, Transport und Arbeitskräfte sowie drastisch erhöhte Gewinnspannen der Lebensmittelindustrie.

Die TVA-Senkung führt zu einem Steuerausfall von 317 Millionen Euro. Das entspricht dem Gesamthaushalt des Gesundheitsministeriums. Wer erhält sie?

Innerhalb eines Jahres wurden die Lebensmittel um 12,47 Prozent teurer. In der gleichen Zeit stieg die Gesamtinflation nur um 3,69 Prozent: Die Haushalte müssen mehr Geld für Lebensmittel ausgeben.

Nach Berechnungen des Stateg verwenden die 20 Prozent ärmsten Haushalte 11,7 Prozent ihrer Gesamtausgaben für Lebensmittel. Die 20 Prozent Haushalte mit den höchsten Einkommen geben nur 6,8 Prozent für Lebensmittel aus (*Regards*, Juni 2016). Die Audi- bis Maserati-Fahrer müssen nicht von der Hand in den Mund leben. Ihre Einkommenslage ist elastisch: Sie konsumieren, sparen, investieren.

Folglich trifft die Verteuerung der Lebensmittel vor allem die Arbeiterinnen, kleinen Angestellten, Arbeitslosen und Rentnerinnen. Sie müssen bei anderen Ausgaben sparen. Oft auch im Aldi und Lidl bei Lebensmitteln.

Lebensmittel unterliegen dem super-ermäßigten Mehrwertsteuersatz von drei Prozent. Es hätte nahegelegen, diesen um einen Prozentpunkt zu senken. Das hätte jenen geholfen, die von der Hand in den Mund leben müssen. Es hätte auch die Inflationsrate bremsen können. Denn Lebensmittel sind mit fast zehn Prozent im Index-Warenkorb gewichtet.

Doch der dreiprozentige TVA-Satz auf Lebensmitteln ist der einzige, der am 1. Januar nicht gesenkt wurde. Finanzministerin Yuriko Backes beschwor das Parlament: „Fir de Käschtpunkt hu mer jo awer och trotzdem missen e bëssen, e bësse kucken“ (20.10.22). Wenn sie „kucke muss“, spart die Regierung auf Kosten der Ärmern und Schwachen. ● Romain Hilgert



In den letzten zwölf Monaten wurde Obst um

10,55 Prozent teurer, Gemüse um 14,49 Prozent



Alex Bodry sort une « Diddelenger Biografie » sur son grand-père, le député-maire Jean Fohrmann. En 2018, Cornel Meder publiait, lui, un roman à clef évoquant le LSAP de Differdange. À la veille des communales, ces deux livres permettent d’appréhender la montée et la chute du socialisme municipal

Les deux cousins Alex Bodry et André Bigelbach viennent de publier un livre sur Jean Fohrmann, leur grand-père maternel. L'ouvrage de 142 pages raconte la vie de l'ancien député-maire (ou maire-député) de Dudelange. Il retrace l'aube du socialisme municipal, au moment même où celui-ci paraît crépusculaire. Car les bastions rouges du Sud sont quasiment tous tombés : Pétange en 1999, Differdange en 2002, Bettembourg en 2011, Esch-sur-Alzette et Schifflange en 2017, Kayl en 2022. Seulement à Dudelange, qualifié de « superfief » par le Statec en 1994, la majorité absolue tient toujours, quoiqu'à un fil. « Als eenzeg Gemeng am Land huet Diddeleng zënter hier [1945] ëmmer sozialistesche Majoritéiten am Gemengerot kennt », se félicitent Bigelbach et Bodry. La section locale y compterait toujours quelque 500 membres, estime Alex Bodry face au *Land*, ce qui correspondrait à environ « dix pour cent du total national ».

Le livre reproduit sur une cinquantaine de pages les « Lebenserinnerungen von JF », des mémoires rédigés par Jean Fohrmann peu avant sa mort en 1973. Le bonze du parti y revient sur ses années de formation et ses batailles passées. Le document n'est pas inédit. En 2013, l'historien Henri Wehenkel en faisait déjà le résumé et la critique dans le premier des cinq volumes de *Le Siècle du Tageblatt*. Il y présente Fohrmann comme « Pratikier des Alltagbetriebs » et « bodenständiger Politiker ». « Ein vorbildlicher Parteisoldat » qui aurait patiemment gravi les échelons de carrière : secrétaire syndical, gérant de coopérative, jeune député, notable local, directeur du *Tageblatt*, chef de fraction. En 1994, Ben Fayot le présente comme « le représentant type de la nouvelle élite politique et syndicale issue du monde ouvrier après la Première Guerre mondiale ».

La force historique du LSAP a longtemps été son ancrage communal. En 2005, le parti occupait un tiers des mandats dans les *Proportionsmengen*. Cette part n'était plus que d'un quart aux dernières élections. Le CSV a remplacé le LSAP comme parti dominant. Aux communales de juin, les socialistes ne présenteront que 39 listes, moins que le CSV (45) et le DP (47). Le LSAP n'a réussi à monter des listes dans aucune des dix communes nouvellement passées au scrutin proportionnel. Le parti disparaît même des bulletins de vote à Junglinster et à Mersch, où le parti figurait encore en 2017.

Pour les socialistes, les mairies ont été un lieu d'acculturation politique. Ils s'y familiarisaient avec les technicités budgétaires et administratives, très éloignées de tout idéalisme révolutionnaire. (L'ancien maire socialiste d'Esch, Hubert Clément, publie ainsi en 1955 un *Manuel du conseiller communal*.) Le pouvoir communal permet également d'établir des réseaux clientélistes, de faire des faveurs et de placer les fidèles. Alex Bodry se rappelle face au *Land* que la politique de recrutement à Dudelange se décidait jusque dans les années 1990 au sein de la « grande fraction » rassemblant les conseillers communaux, les membres du comité de section et des commissions. Dans les fiefs rouges, de nouvelles dynasties politiques se créent. Le cas de Jean Fohrmann en livre une illustration : sa fille, Marthe Bigelbach-Fohrmann, est élue à la Chambre en 1974, son petit-fils, Alex Bodry, devient député en 1984. « Hei fir verantwortlech war zu engem gudden Deel déi grouss Popularitéit vum Jängi Fohrmann », écrit Bodry. Les épouses de deux anciens bourgmestres siègent aujourd'hui au conseil communal : Martine Bodry-Kohn et Josiane Di Bartolomeo-Ries. L'implantation locale est un facteur primordial. Elle apparaît dès la deuxième phrase des mémoires de Jean Fohrmann : « Die Familie Fohrmann [musste] eine der ältesten, vielleicht sogar die älteste Familie in Düldegen sein. »

Dudelange avait été la ville d'Émile Mayrisch, au paternalisme plus ou moins autoritaire. Le lecteur contemporain est frappé par les violences qui accompagnaient la prise de la mairie en 1928. La campagne électorale donne lieu à des « heftige Prügeleien bei der es auf

beiden Seiten Verletzte gab », la droite ayant envoyé des « Schlägertruppen » devant la Maison du peuple, écrit Fohrmann. En rentrant chez lui, le leader syndicaliste Nic Biever se fait même attaquer par quatre hommes munis de gourdins. Fohrmann s'est politisé au lendemain de la Grande Guerre, à une époque survoltée, « dévorant » les ouvrages de Karl Marx et Karl Kautsky comme si c'était du Karl May. La défaite cuisante de la grève de 1921 agit comme un choc. Le mouvement ouvrier est techniquement KO, ses militants blacklistés.

S'inspirant de la Belgique, le Parti ouvrier opère un repli stratégique. Il part à la conquête des conseils communaux, espérant construire un contre-pouvoir local. Cette ambition s'inscrit jusque dans le tissu urbain. Ses traces restent visibles jusqu'à nos jours : Casinos syndicaux, jardins collectifs, mairies édifiées à la gloire des héros du travail. Le pays compte une soixantaine de coopératives d'achat dans les années 1920. Naît ainsi une contre-culture à la société bourgeoise. Bien qu'issu d'une famille qu'il décrit comme « streng katholisch, aber nicht bigott », Fohrmann refuse de se marier à l'église ou d'y faire baptiser ses filles jumelles. Il préfère organiser une grande cérémonie civile dans la Maison du peuple pour accueillir les nouvelles-nées dans le *Freidenkerbund*.

En 1925, il est envoyé par son mentor Nic Biever à Uccle suivre des cours à l'École ouvrière supérieure belge : « Der Lehrplan war sehr abwechslungsreich und umfasste u.a. Fächer wie Wirtschaftslehre, Geschichte, Geschichte der Arbeiterbewegung, Literatur, allgemeines Recht und Sozialrecht und Psychologie ». À son retour, il ne retrouve plus de travail à l'Arbed, et est embauché par le syndicat. « Aus einem Provisorium sollte ein Definitivum werden ». Il a tout juste 22 ans. Lorsqu'il entre à la Chambre, il en a trente.

Un siècle plus tard, la garde montante du LSAP est davantage liée aux ministères socialistes qu'aux syndicats. L'ancien Vice-Premier ministre socialiste Dan Kersch aura ainsi eu la prescience d'embaucher pas moins de trois futurs Spitzkandidaten : ceux d'Esch (Steve Faltz) et de Differdange (Thierry Wagner) aux Sports, celui de Bettembourg (Marco Estante) au Travail. (Ce dernier a depuis rejoint l'Autorité de la Concurrence.) La tête de liste en Ville, Maxime Milgen, vient d'intégrer le cabinet ministériel de Taina Bofferding à l'Intérieur ; son colistier Sascha Dahm est responsable de la communication au ministère de l'Égalité. Manuel Tonnar a été promu à la direction de Lux-Development par Franz Fayot. Il figure sur la liste des *Stater Sozialisten*, aux côtés de Luc Decker, nommé « chef de cabinet adjoint » du ministre de l'Économie. Quant à Laura Valli, « attachée personnelle » de la ministre de la Santé, elle se présente à Esch.

Les pages les plus palpitantes de *Lebenserinnerungen* sont probablement celles dédiées aux années trente. Fohrmann y relate des faits d'armes plus ou moins rocambolesques. En 1937, il est chargé de mener campagne contre le « Maulkuerfgesetz » dans l'Ösling. L'accueil n'est pas toujours cordial : « Einmal gingen einige Männer mit Stühlen auf uns los, ein andermal versuchte man unser Auto, auf dessen Dach Lautsprecher montiert waren, umzukippen ». Les années sont marquées par la lutte antifasciste. Avec ses camarades, il insère ainsi des tracts antinazis dans des bouteilles, les ferme d'une capsule rouge, puis les jette par centaines dans la Moselle, espérant qu'elles seront repêchées de l'autre côté. Fohrmann relate également comment les services français lui ont transmis des caisses d'explosifs, destinés à faire sauter les ponts et nœuds de communication en cas d'invasion. (Hâtivement caché dans la cave de la Maison du peuple, ce stock sera plus tard découvert par la Gestapo.)

Malgré son exposition, Jean Fohrmann sera un des seuls responsables syndicaux à avoir vécu l'Occupation au Luxembourg. Il reviendrait au pays pour sauver « nos coopératives et nos maisons syndicales », écrit-il à Antoine Krier avant de passer la ligne de dé-

« [...] eine langelange Zeit jener kommunalen Dominanz, die unsere Mannschaft immer mit einer verblüffenden Selbstverständlichkeit und Selbstsicherheit wahrgenommen hatte »

Cornel Meder, *Steinberg – Erinnerungen*, 2018

marcation en juillet 1940. Bodry et Bigelbach pensent que le retour à Dudelange serait surtout motivé par des raisons familiales : « Auf Bitten seiner Frau, die ihren schwerkranken Vater zurücklassen musste, entschied er – trotz des Risikos von den Besatzern verhaftet zu werden – heimzukehren ». Interrogés à plusieurs reprises par la Gestapo, Fohrmann et sa famille sont « umgesiedelt » en septembre 1942. En juillet 1944, le syndicaliste est interné dans le camp de concentration Groß-Rosen. Lorsqu'il retourne à Dudelange en mai 1945, il a perdu trente kilos. (Le livre reproduit des extraits d'un *Tatsachenbericht* sur l'univers concentrationnaire que Fohrmann a rédigé la même année.)

En octobre 1945, les socialistes obtiennent la majorité absolue à Dudelange. Le « KZler » Fohrmann se place premier et devient maire de sa ville natale. Il occupera le poste vingt ans durant, jusqu'en 1965. Ses deux petits-enfants se rappellent « e joviale Politiker » qu'on pouvait rencontrer presque tous les jours dans les « Stammwirtschaften » et qui, plus jeune, écrivait et montait des comédies. Dans les années 1950, Fohrmann cumule les fonctions de maire de Dudelange, chef de la fraction socialiste au Parlement et directeur du *Tageblatt*, « eng permanent Stresssituation », estiment Bodry et Bigelbach. En 1965, Fohrmann est nommé à la CECA, « d'Krënung vu senger Karriär ». Or, malgré ses « absolut Topresulater » lors des scrutins d'après-guerre, Fohrmann n'entrera pas au gouvernement. C'est son « mentor », Nic Biever, qui devient ministre du Travail en 1951, « obwuel de Jängi Fohrmann mat iwwer 29 000 Stëmmen Eischgewielten am Süden war », notent ses deux petits-enfants, sans élucider vraiment les mécanismes de cette concurrence entre camarades. Les mémoires de Fohrmann renseignent finalement peu sur les dissensions internes au sein du parti.

Pour un aperçu désabusé de la vie politique au sein d'un bastion rouge, on peut lire *Steinberg – Erinnerungen* de Cornel Meder. Ce roman à clef mi-satirique, mi-autobiographique est paru en 2018, quelques mois avant la mort de son auteur, qui avait été conseiller communal puis échevin socialiste à Differdange entre 1981 et 2002. À partir de la commune fictionnelle « Mittelkorn », il retrace en quelques pages le déclin et la chute d'une « kommunale Dominanz », exercée « mit einer verblüffenden Selbstverständlichkeit und Selbstsicherheit ». Les « Gemeindeväter » se seraient vus comme des « waschechte Arbeitnehmervertreter, [...] solide Realisten mit einem ‚faible‘ für gesunde Popularität ». Sous la plume de Meder, on reconnaît aisément les traits de Nicolas Eickmann, maire de Differdange entre 1979 et 1993 : « Für mich waren seine Statur, sein autodidaktischer Werdegang, seine Präsenz, seine Nüchternheit, sein Durchsetzungsvermögen... großartige Trümpfe, die so lange stachen und bestachen, wie er selbst an seine Leistungsfähigkeit glaubte ».

Les premières fissures dans l'hégémonie socialiste apparaissent suite à des querelles internes. Elles sont le résultat de rancunes per-

sonnelles et de structures sclérosées. « Lëchevin Filipetti » (c'est-à-dire Arthur Goffinet) obtient le meilleur score aux communales de 1987 et réclame le siège de maire, que le LSAP lui refuse. Frustré, il rejoint l'ADR, puis le CSV. Aux communales de 1993, il réunit de nouveau le plus de voix personnelles. Le LSAP perd sa majorité absolue, mais réussit à se maintenir au pouvoir : « Die Truppe, die einen Psycho-Sieg davongetragen hatte, [übte] sich gewissermaßen wie ein antiker Chor in der eigenen Verblendung, das heißt, die ihre ‚Herrschaft‘ fortsetzte, ohne zu spüren, dass sie in ihre letzte friedliche Amtsperiode eingestiegen waren ». La chute est connue : l'horloger Marcel Meisch et son fils Claude réussissent leur « putsch » libéral en 2001. Treize ans après, le feuilleton entre dans une nouvelle saison. La dynastie Meisch est évincée par l'*homo novus* Roberto Traversini qui finira, lui, par trébucher sur ses affaires immobilières.

Les référents idéologiques ont sauté, les résultats électoraux font du yoyo. Le score du DP de Claude Meisch explose à 42 pour cent en 2005, les Verts de Roberto Traversini atteignent 36 pour cent en 2017. Analyser ces résultats des communales à travers les prismes politologiques, c'est un peu comme essayer de clouer du pudding sur une mer. Le vote est largement déterminé par les adhésions changeantes à des figures « charismatiques », plutôt qu'à des partis politiques. En se dotant d'une base locale, les maires s'assurent une marge d'autonomie vis-à-vis de leur parti. Face au *Land*, l'historien et ancien député socialiste, Ben Fayot, y voit une tendance de fond. Il s'étonne de la « naïveté » de la presse vis-à-vis d'un système électoral qui affaiblirait fortement l'influence des partis politiques. Les partis seraient en réalité souvent « négligeables », « des façades » : « Desto manner parteihöreg, desto méi Stëmmen ». Alex Bodry voit au contraire dans le panachage un gage de renouvellement. Que le LSAP ait réussi à maintenir sa majorité absolue à Dudelange serait dû au « bon réservoir de talents » : « Quand les gens étaient fatigués de leur maire, ils trouvaient des alternatives sur la liste du LSAP ». (Aux élections de 81, le maire sortant Nicolas Birtz se fait ainsi éclipsé par Louis Rech, qui finit à son tour évincé par Mars Di Bartolomeo en 93.) Or, s'il était nommé au prochain gouvernement, le député-maire Dan Biancalana laissera un vide à Dudelange, où la question d'une éventuelle succession reste non-résolue.

En 1994, le Statec note que « la principale discrimination se fait entre les communes 'ouvrières' votant POSL et les 84 autres communes ». Un constat à première vue étonnant, car en déphasage avec les mutations socio-économiques provoquées par la désindustrialisation. L'institut de statistiques rappelle que « le comportement d'aujourd'hui est davantage 'déterminé' par des situations d'hier que par celles d'aujourd'hui » : « Est-ce que d'autres électeurs qui ne sont ni agriculteurs, ni sidérurgistes ont voté comme ceux-là parce que leur père était paysan ou ouvrier à l'Arbed, ou simplement parce que l'insertion dans un milieu social dominant les a influencés ? » Cette discordance des temps n'aura finalement que retardé l'érosion du socialisme municipal d'une décennie ou deux, mais sans l'arrêter. C'est au début du XXI^e siècle que les bastions rouges ont été conquis par le CSV (aidés par les Verts). Une défaite qui a également eu des causes internes. « Dans plusieurs villes, le LSAP semble simplement avoir oublié de faire monter une jeune garde », note le *Land* en 2011. En 2023, une reconquête par la nouvelle garde semble improbable. Le LSAP d'Esch ne cache pas qu'il acceptera une « grande coalition » avec le CSV, quitte à être relégué au rang de *junior partner*. À Bettembourg, la section socialiste a rebaptisé son traditionnel meeting pré-électoral en « Lëtzeburger Owend ». Elle surjoue la fibre nationaliste, et propose du « traditionnelle Lëtzeburger Kascht », sous forme de « Lëtzebuergesch Assiette » et de « Judd mat Gaardebounen a gebotschte Gromperen ». ●



Xavier Bettel am Montagabend bei seinem Auftritt im Vereinshaus in Düdelingen

Zozioliberal

Luc Laboulle

Mit seiner Politshow „De Premier no bei dir“ will Xavier Bettel den Gemeindewahlkampf beeinflussen. Beim Auftakt in Limpertsberg überließ er seiner Freundin Corinne Cahen die Bühne

Limpertsberg Die Regenwolken haben sich verzogen, die allmählich einsetzende Abenddämmerung taucht das bürgerliche Hauptstadtviertel Limpertsberg an diesem frühen Freitagabend in ein weiches Licht. Während die Läden schließen, genießen die Menschen in den Weinbars und Cafés ihren Feierabend. In Limpertsberg liegt der Quadratmeterpreis für eine Wohnung bei 14 000 Euro, hier wohnen vor allem ältere Menschen und junge Familien mit Kindern, der Anteil an Luxemburger/innen und Nicht-Luxemburger/innen, die in den Wählerlisten eingetragen sind, ist verhältnismäßig hoch. Angestellte privater Sicherheitsfirmen und Streetworker sind in den Straßen nicht zu sehen, Armut, Kriminalität und Unsicherheitsgefühl nur selten ein Thema. Vor dem Kulturzentrum Tramsschapp unterhalten sich drei Polizist/innen, als eine schwarze Limousine vorfährt. Aus steigt Premierminister Xavier Bettel in Begleitung seines Bodyguards. Er grüßt freundlich und schnell die Stufen zum Kulturzentrum hoch. „Wéi geet et? Alles an der Rei?“ Er schüttelt Hände und umarmt eine ältere Dame. Viele Männer sind genauso gekleidet wie er: Ein dunkles Sakko, darunter ein weißes oder hellblaues Hemd, den oberen Knopf geöffnet. Manche variieren die Uniform der DP mit einer Krawatte oder einem Halstuch, andere haben das Hemd durch ein T-Shirt oder das Sakko durch eine Weste oder einen Wollpullover ersetzt. Unter Leuten fühlt sich Xavier Bettel wohl. „De Premier no bei dir“, heißt die Veranstaltung, mit der er vor den Gemeindewahlen für sich wirbt. Am Montagabend war er in Düdelingen, bevor er am Dienstag zum Gipfel des Europarates nach Reykjavik flog. Nächste Woche fährt er nach Grevenmacher und Lipperscheid. Kandidat bei den Gemeindewahlen ist er nicht, doch als liberale Lichtgestalt will er den kommunalen Wahlkampf beeinflussen, der in diesem Superwahljahr wie selten zuvor von den Nationalwahlen im Oktober überschattet wird.

Xavier Bettel ist überpünktlich. Als er eintrifft, ist der Saal noch nicht einmal zur Hälfte gefüllt. Nach und nach trudeln Kandidat/innen ein, die für die DP in den Gemeinderat der Stadt Luxemburg einziehen wollen. Gemeinsam posieren sie mit ihrem Premierminister und Finanzministerin Yuriko Backes für Fotos, die die Partei am nächsten Tag zu Werbezwecken auf Facebook und Instagram veröffentlicht wird. Als die Fotosession beendet ist, füllt

sich der Saal. Rund 100 Leute wollen den Premier an diesem Freitagabend sehen. Die allermeisten von ihnen sind DP-Mitglieder. Nach einem kurzen Einspieler bittet der junge Moderator die Lokalmatadorin Lydie Polfer auf die Bühne. „Mir si sou frou mat dir“, huldigt sie ihrem Vorgänger (und einst auch indirektem Nachfolger) im Bürgermeisteramt und würdigt die Verdienste Bettels während der Corona-Pandemie und der Energiekrise: „Jo, du kanns stolz op dech sinn, mir sinn op alle Fall ganz houfreg op dech“, sagt Polfer.

Bête politique Keine Partei tritt am 11. Juni mit mehr Listen an als die DP. Der hohe Zulauf hängt sicherlich damit zusammen, dass die Partei seit zehn Jahren in der Regierung ist und den Premierminister stellt. Macht zieht Menschen an, die danach streben. Ihren Erfolg hat die DP aber vor allem Xavier Bettel zu verdanken. Noch nie zuvor stellte sie zwei Legislaturperioden hintereinander den Regierungschef. Auch nach zehn Jahren bekundet Bettel, „nach immer voll motivéiert a voller Energie“ zu sein. Bettel ist eine *bête politique*, die in Luxemburg ihresgleichen sucht. Das stellte er am Freitagabend im Tramsschapp erneut unter Beweis.

Sein Auftritt beginnt mit tosendem Applaus. Sein Diskurs ist seit Monaten derselbe: „Et war net einfach, awer ech beschwéiere mech net.“ Er preist die Vorzüge und Freiheiten des vereinigten Europas und redet von Multikrisen, die er lösen musste: Eurokrise, Flüchtlingskrise, Brexit, Covid-19-Pandemie, Ukraine-Krieg, Energiekrise. Luxemburg habe besser abgeschnitten als andere europäische Staaten: die Coronamaßnahmen seien weniger streng gewesen, den Bürger/innen und Betrieben habe die Regierung großzügig geholfen. Dank des Sozialdialogs und drei *Tripartiten* sei die Inflation heute die niedrigste in der Eurozone.

Der Arbeitszeitverkürzung erteilt *de Premier* mit klassisch wirtschaftsliberalen Argumenten eine klare Absage. Weniger arbeiten, um mehr zu verdienen, klinge erst einmal gut; 99 Prozent der Menschen würden sich das wünschen, behauptet Bettel. Doch wenn er ihnen erzähle, dass eine Arbeitszeitreduzierung von zehn Prozent die Produktionskosten und das Verkehrsaufkommen um zehn Prozent erhöhe, zehn Prozent mehr Wohnungen gebaut werden, Be-

Corinne Cahen kann Xavier Bettels Unterstützung im Wahlkampf gut gebrauchen. Mit ihrer Entscheidung, bei den Gemeindewahlen zu kandidieren, hat sie alles auf eine Karte gesetzt

triebe aus Rentabilitätsgründen schließen müssten und Arbeitsplätze verloren gingen, würden sie ihre Meinung ändern. Statt einer allgemeinen Arbeitszeitreduzierung sei die DP für Flexibilisierung, die in den Betrieben verhandelt werden müsse.

Er verteidigt die von DP-Bildungsminister Claude Meisch initiierten öffentlichen internationalen Schulen, die die Chancengleichheit erhöhten, und kritisiert CSV-Spitzenkandidat Luc Frieden, weil der die Steuern senken, den Wohnungsbau massiv subventionieren und gleichzeitig die Staatsschuld unter 30 Prozent halten will: „Et kann een en Euro net véier Mol ausginn.“

Der Forderung von LSAP, OGBL und Linken, Kapitaleinkünfte höher zu besteuern, um im Gegenzug die Bürger/innen steuerlich zu entlasten, lehnt Bettel ab: Die Betriebe kämen nicht wegen des Wetters nach Luxemburg, sondern wegen der Stabilität und Sicherheit und selbstverständlich aus Rentabilitätsgründen – sprich wegen der Steuervorteile.

Zum Abschluss hält der Premierminister noch eine Geschichtsstunde: Weil Luxemburg im 19. Jahrhundert so arm war, sei ein Drittel der Bevölkerung nach Amerika ausgewandert. „De Räichtum ass réischt komm, wéi mer op gaange sinn. Als éischt iwwer d’Wellen. RTL, d’Onden. Dann och mam, mam, mam ... Stol. Mat der Arbed.“ Im Stakkato fährt er fort: „Dann och mat de Banken, mat de Fongen, mat de gringe Fongen, mat de Satelliten.“ Luxemburgs Erfolgsgeheimnis habe immer darin bestanden, den anderen einen Schritt voraus zu sein.

Flügelkämpfe Mit den Gemeindewahlen hat das alles wenig zu tun. Auch von den Fragen, die das Publikum stellen darf, fällt nur die über gestiegene Kriminalität in der Hauptstadt teilweise unter kommunalpolitische Kompetenz. Die anderen drehen sich um Work-Life-Balance, die Deckelung des Index, die Bedingungen zur Einstellung von Menschen mit einer Behinderung sowie die öffentliche Betreuung von Kindern und älteren Menschen. Sie wirken wie zugeschnitten auf Familienministerin Corinne Cahen, die wegen eines anderen Termins später kommt und nicht mit auf das Gruppenfoto kann. Im zweiten Teil seiner Show überlässt Xavier Bettel seiner Jugendfreundin die Bühne. Seit sie vor einem Jahr angekündigt hat, Bürgermeisterin der Stadt Luxemburg werden zu wollen, muss Corinne Cahen sich mit Lydie Polfer und deren Gefolgschaft in der *Stater DP* auseinandersetzen, die ihr Territorium verteidigen wollen. Im Dezember haben sie verhindert, dass Cahen Spitzenkandidatin wird (*d’Land*, 16.12.2022). Wie Bettel hat Cahen ein sozialeres und ökologischeres Profil als die alteingesessene „Iron Lydie“, die gemeinsam mit der CSV einen Law-and-Order-Wahlkampf führt. Bettel selbst hat sich zu dem geplanten Bettelverbot, dem Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen und den Forderungen nach einer kommunalen Polizei bislang nicht geäußert. Als er am Freitag auf die mutmaßlich hohe Kriminalität angesprochen wird, führt er einzig die *comparution immédiate* als mögliche Maßnahme an. Danach gibt er dem Verkehrsschöff und Ko-Spitzenkandidaten Patrick Goldschmidt das Wort. Fast alle anderen Fragen beantwortet Corinne Cahen. Lydie Polfer, die direkt vor ihm in der ersten Reihe sitzt, bezieht Bettel nicht mit ein. „De Premier no bei dir“ wirkt wie eine perfekt inszenierte Show, die es Xavier Bettel und Corinne Cahen erlaubt, die DP als „zozioliberal“ Partei darzustellen. Schon zu Beginn der Veranstaltung hatte Bettel an der Ausrichtung der DP keinen Zweifel gelassen: „Mir si ganz sozial, et ass an onser DNA.“

„Ech héieren ëmmer méi, de Staat, de Staat, de Staat, de Staat muss. Neen, ech sinn net den, dee seet, de Staat kënn fir alles op. De Staat hëllef, de Staat gräift an, de Staat encouragéiert (...) mee de Staat ass keng Kasko-Assurance“, meint der Premierminister zur Work-Life-Balance. Dann bittet er die „Spezialistin“ Corinne Cahen auf die Bühne, die überrascht tut („dat war lo net geplangt“): „Mir müssen an de Betriber kucken“, sagt sie, in 99 Prozent der Unternehmen seien die Mitarbeiter sich einig und versuchten, sich gegenseitig zu

helfen. „Wann et dem Betrib gutt geet, geet et de Leit gutt, an ëmgedrënt.“

Einem Arbeitsuchenden mit eingeschränkter Mobilität, der sich vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen fühlt, rät Cahen, bei Vorstellungsgesprächen seine potenziellen Arbeitgeber darüber zu informieren, dass der Staat „alles bezillt fir eng Adaptation du poste de travail“ und Stellen für Menschen mit einer Behinderung staatlich subventioniert werden. Viele Betriebe wüssten das nicht.

Neel mat Käpp Ein junger Expat hat mit Obdachlosen geredet, die ihm erzählten, ohne Wohnung fänden sie keine Arbeit und ohne Arbeit keine Wohnung. Wie die DP ihnen einen Ausweg aus diesem Teufelskreis bieten kann, will der Mann wissen. „Wir müssen mehr und dichter und vor allem kleiner bauen“, sagt Corinne Cahen. Den Obdachlosen gibt sie praktische Tipps: Sie sollten sich beim Sozialamt einschreiben, um eine *adresse de référence* zu bekommen. Dann könnten sie auch Arbeit finden. Xavier Bettel schlägt vor, „ganz vill Appartementer ze bauen, déi mer fir zéng Joer mat subventioniertem Loyer verlounen u Jonker tëscht 20 an 30 Joer“. Um ganz viel zu bauen, müsse der Staat aber die Baufirmen unterstützen und auch mit den Banken reden, damit Immobiliendarlehen trotz hoher Kreditzinsen wieder vergeben würden: „D’DP probéiert am Logement Neel mat Käpp ze maachen.“

Hochdramatisch ist der Beitrag einer Lehrerin, die „seit 30 Jahren“ unterrichtet. Sie berichtet von Kindern in den Maisons relais, „déi Dag fir Dag leiden“, weil ihre Eltern sich nicht um sie kümmern, und von Schulen, die unter der Organisation der gratis Kinderbetreuung leiden. Sie berichtet auch vom Leiden der Menschen in Alten- und Pflegeheimen. „Et sinn der, déi ginn d’Leit einfach do of wéi an en Déierenasyl.“ Sie selbst Sorge sich nicht nur um ihre eigene Mutter, sondern auch um andere Kranke und Gebrechliche in dem Pflegeheim. Menschen, die sich aufopferungsvoll um ihre Familie kümmern, sollten einen Verdienstorden bekommen, fordert die Frau. Das Publikum ist tief berührt von dem kathartischen Beitrag.

Xavier Bettel nutzt die Gelegenheit, um über seine Besuche bei seiner eigenen Mutter im Altersheim zu berichten. Er finde es normal, dass man sich um seine Familie kümmere, eine Medaille brauche er dafür nicht. „Et ass wichteg, dass mer déi Momenter vu Solidaritéit, den Echange tëscht de Bierger och héichhalen“, meint der Premierminister und leitet daraus einen nationalen Solidaritätsbegriff ab: „Den Egoismus ass eng natierlech mënschlech Komponent“, doch „wann et em d’Wurscht geet, halen d’Lëtzebuerger zesummen“. Corinne Cahen wirbt ihrerseits für ihren Gesetzentwurf zur Reform des Pflegewesens, der an der Copas scheitere, die Qualitätskriterien für Betreuungseinrichtungen ablehne. Gleichzeitig erinnert sie daran, dass es noch trauriger sei, wenn Senior/innen alleine zuhause leben und auf Pflegedienste angewiesen sind. In Altenheimen könne den Menschen wenigstens ein Lebensprojekt für ihre letzten Jahre angeboten werden. Um den Personalmangel zu beheben, müsse wieder positiver über den Beruf des Altenpflegers geredet werden. Anstatt sich über Schicht- und Nachtarbeit zu beklagen, solle das Personal sich bewusst werden, dass es „dee schéinste Beruff“ habe, weil „een anere Leit kann hëllefen“. Um mit den Worten zu schließen: „Mir müssen eise Kaner rëm Wærter bäibréngen, an eiser Gesellschaft, déi ëmmer méi divers gëtt.“

Am Ende Corinne Cahen kann Xavier Bettels Unterstützung im Wahlkampf gut gebrauchen. Mit ihrer Entscheidung, bei den Gemeindewahlen zu kandidieren, hat sie politisch alles auf eine Karte gesetzt. Verpasst sie den Einzug in den Schöffenrat, wäre es für sie eine Blamage. Wird sie nicht einmal in den Gemeinderat gewählt (was allerdings sehr unwahrscheinlich ist), wäre ihre politische Karriere vorbei. In jedem Fall muss die DP spätestens nach den Gemeindewahlen eine neue Familienministerin finden. Von den drei Frauen in der Kammerfraktion käme nur Carole Hartmann in Frage, doch sie tritt im Ostbezirk an, wo die DP traditionell stark ist, und sie spielt eine wichtige Rolle in der Echternacher Lokalpolitik. Schwach ist die DP seit dem Rücktritt von Pierre Gramegna im Südbezirk. Gramegna wurde durch Yuriko Backes ersetzt, die im Zentrum kandidiert; dem Süden steht demnach noch ein Mandat zu. Deshalb könnte Max Hahn ein Anwärter auf Cahens Ministeramt sein, doch der will in Dippach wieder Schöffe werden. 2018 war die nächstgewählte Frau auf der Südliste Barbara Agostino, die vor einem Jahr von der Hauptstadt in die Gemeinde Pétingen umgezogen ist. Dort ist die Ehefrau der grünen EU-Abgeordneten Tilly Metz und frühere Kindertagesstättenbetreiberin zwar Spitzenkandidatin bei den Kommunalwahlen, doch sie hat auch nationalpolitische Ambitionen (*d’Land*, 21.04.2023). Sollte Hartmann oder Hahn Minister werden, könnte Agostino in die Kammer nachrücken, falls Corinne Cahen sich auch aus dem Parlament zurückzieht. Sollten die beiden Abgeordneten verzichten, wäre Agostino wohl die heißeste Anwärterin auf das Amt der Familienministerin. ●



2017 : Le logo inchangé jusqu'à aujourd'hui



2017 : Du vert et du jaune



2017 : Peu d'unité dans les messages



2017 : Le noir et blanc encore présents

Avec ou sans les dents

France Clarinval

La campagne électorale pour les élections communales bat son plein à coup d'affiches et de slogans. L'analyse historique révèle que les partis peinent à se renouveler

Samedi dernier, la campagne d'affichage pour les élections communales du 11 juin a officiellement été lancée. Dès minuit, les poteaux se sont affublés d'affichettes colorées, les abords des routes principales sont jonchés de grands panneaux de bois et les emplacements officiels, près de bureaux de votes commencent à se remplir. On avait déjà relevé un grand nombre de prospectus divers dans nos boîtes aux lettres, et reçu d'autres des mains des candidats et candidates sur les marchés. Beaucoup ont aussi affiné une communication sur les médias sociaux, changeant leur photo de profil pour l'image officielle, retransmettant tel événement du parti, tel slogan, tel article de presse. Dans un monde de plus en plus stimulé par les réseaux sociaux et le numérique, la communication politique change de forme.

« La communication en ligne ou celle sur un support papier supposent des temporalités différentes », explique Raoul Thill, expert en communication qui a réalisé plusieurs campagnes électorales dans le passé. L'affiche ou le dépliant nécessitent une production plus longue et plus lourde qu'une publication numérique qui peut être plus immédiate et plus réactive. Le degré d'attention à l'un et à l'autre n'est pas le même non plus, même si, sous l'influence de la consommation en ligne et du zapping permanent, « la baisse de la capacité d'attention et de concentration demande des messages courts et faciles à retenir, y compris sur des documents imprimés ». Le spécialiste constate qu'au Luxembourg, comme ailleurs, la communication politique est passée de textes à des slogans, de slogans à des buzz words puis à des hashtags. Cela se vérifie par exemple dans la capitale où #frêschWand (déi Gréng), #engbesserStad (LSAP), #nobeidir (DP) ou #deibeschtstad (CSV) fleurissent sur les pages Instagram et Facebook des partis. « La stratégie des partis s'apparente de plus en plus à des stratégies de marques ou de produits », avance le spécialiste.

Au delà des différents supports et médias, les publications véhiculent des symboles politiques, notamment à travers les couleurs, les typographies, et autres éléments graphiques utilisés. Une analyse sémiologique met en exergue des choix porteurs de sens et qui participent à la campagne, renforçant chez les électeurs leur sentiment de proximité ou d'écart avec un tel ou tel candidat. C'est ce que révèle une observation des affiches et dépliants des campagnes des élections communales de 2005, 2011, 2017, et d'aujourd'hui, et ce, pour les partis CSV, DP, LSAP et Déi Gréng. L'analyse a porté sur les documents disponibles à la Bibliothèque nationale du Luxembourg où le nombre des publications archivées dépend de la volonté des partis de les y déposer.

Alors qu'en 2005, les photos des candidats du CSV sont presque partout en noir et blanc, les autres partis sont passés à la couleur. Pour l'ensemble des formations politiques, de grandes disparités entre les différentes sections apparaissent : certaines mettent en avant uniquement la tête de liste, d'autres font poser l'ensemble du groupe devant un lieu emblématique de la commune, d'autres encore choisissent une illustration générale (un mousqueton assurant la sécurité du *séchere Wee* du CSV ou une feuille en gros plan garantissant la croissance verte, *Gréng stäerkt*). Cependant, la structure des affiches diffère peu d'aujourd'hui : un fond lié à la couleur du parti, les photos des candidats en vignette avec leur nom, et un slogan. L'âge et la profession des candidats ne sont pas toujours indiqués dans les précédentes campagnes alors qu'aujourd'hui, c'est devenu la règle. En une petite vingtaine d'années, les publications électorales ont peu finalement changé. Outre le vieillissement des candidats présents depuis longtemps,

il semble parfois difficile de dater ces documents, à part peut-être par les coupes de cheveux et le style vestimentaire.

« En matière de slogan, il est assez difficile d'innover. Le luxembourgeois n'offre pas beaucoup de possibilité de jouer sur les mots et, pour les communales où les étrangers ont le droit de vote, il faut envisager une traduction ou une compréhension facile », détaille Raoul Thill. Aussi, les thématiques et le vocabulaire choisis s'avèrent assez répétitifs : Proximité, ensemble, futur, *ons Stad* (parfois *deng Stad*). Avec *Méi no, Méi blo !* en 2005, on voit que le DP joue la même carte de la proximité que cette année où le slogan est *No bei dir*. Entre les deux, on passe d'un côté planificateur avec *Zesumme gestalten* à une image plus humaine du *Mat Häerz a Séil*. Le logo représentant un dauphin stylisé, encore à l'œuvre en 2005, a été abandonné au profit des lettres DP tracées rondement en blanc sur fond bleu (foncé), avec un point vert entre les deux. Ce logo n'a pas changé jusqu'à aujourd'hui.

Déi Gréng ont aussi fait évoluer leur logo, passant d'un tournesol encadré de noir à une cartouche vert clair aux coins arrondis, le nom du parti en blanc avec le é jaune. Les slogans sont plutôt tournés vers l'avenir : *Gréng stäerkt* (2005), *Besser liewen* (2011), *Gréng wierkt* (2017), *Mir schafen Zukunft* (2023). « Le style d'image adopté il y a une dizaine d'années, avec des couleurs douces, des fonds un peu flous, est resté le même aujourd'hui », décrit Raoul Thill qui décèle « une esthétique très en vogue chez les Verts allemands vers 2003-2004 ». Le logo du LSAP est, quant à lui, passé d'un rond rouge, avec les lettres blanches légèrement excentrées vers la gauche, à un carré, avec les lettres centrées. « Je ne sais pas si cela dénote d'une volonté politique plus au centre », ironise Raoul Thill. En 2005, la phrase *Doheem. A ménger Gemeng* se lit dans toutes les communes. Mais en 2011, on trouve peu d'unité dans les slogans socialistes : *Gutt Perspective fir Walfer* côtoie *Une ville pour tous* (Luxembourg) ou *Fir mech a méng Gemeng* (Dudelange).

Le communicant est formel : « Le CSV affiche le plus de nouveauté en termes d'image, avec un changement radical de logo et de couleurs présenté l'année dernière ». En 2005, le logo orange a déjà pris la place de celui en gris et noir. Une tendance dans plusieurs partis chrétiens sociaux en Europe qui délaissent la couleur noire trop connotée cléricale. En 2011, le vert s'ajoute à la couleur orange. Un Zorro stylisé fait campagne. Six ans plus tard, l'orange est toujours de mise, mais dans un carré arrondi. En juin dernier, le

« On trouve encore la même esthétique que dans les pubs pour de la margarine des années 1990 »

Raoul Thill



En 2017, les têtes de listes largement mises en avant



En 2023, les choses n'ont pas beaucoup changé

nouveau logo conçu par l'agence de publicité hambourgeoise Guru est dévoilé en grandes pompes. Les lettres sont écrites en turquise, jaune et blanc. « Die Mischfarben sind zweideutig wie das Weltbild einer 'konservativen Partei der Mitte'. Sie fühlt sich in der Mitte verloren zwischen einer liberalen Regierungskoalition und einer nationalkonservativen ADR-Konkurrenz », analyse Romain Hilgert (*d'Land* 24.06.2022). Désormais, les fonds sont bleus, plus clairs que celui du DP, pas aussi turquise que la ligne qui souligne le rouge du LSAP.

Au sein de ce nouveau cadre fixé au niveau national – des couleurs, une typo et les photos de tous les candidats – les sections locales du CSV ont pu chacune déterminer leur slogan et leur stratégie d'affichage. « J'ai mené une réflexion pendant deux ans, avec le parti, avec des amis, avec mes collaborateurs pour choisir une phrase qui résume ma vision de la ville », détaille Serge Wilmes, Premier échevin et tête de liste à Luxembourg-ville. Il considère que la ville doit être ce que « nous en faisons » et indique dès lors *Ons Stad. Déi beschte Platz fir ze liewen !* (À Esch, Georges Mischo, bourgmestre CSV sortant annonce *Een Esch fir Eis all*). Le slogan a été décliné sur des affiches et des dépliants, mais aussi des petits films d'animation diffusés sur les réseaux sociaux. Le tout en trois langues (luxembourgeois, français et anglais), mais jamais ensemble. La section CSV-Stad a ajouté un peu de fonds propres pour prendre plus de photos.

Serge Wilmes est présenté sur les *Wesselmänner* (les grands panneaux de bord de routes) avec des arrières plans correspondants aux thèmes de campagne : la gare, le tram, les commerces, les écoles... C'est aussi lui qui a décidé quelle thématique allait être accrochée à quel endroit et dans quelle langue.

Dans la plupart des organisations, une grande partie de la campagne s'est décidée au niveau national, avec un même photographe pour tout le monde, les mêmes codes couleurs, les mêmes typos. Après avoir confié la réalisation de sa charte graphique à l'agence luxembourgeoise Accent aigu, le LSAP s'est tourné vers l'agence Platzlzei en Autriche pour l'adapter aux différents formats et situations. « Ils ont mis au point un système très facile à utiliser pour que chacun ou chaque section, puisse introduire sa photo et ses infos dans un cadre défini », détaille Maxime Miltgen, co-tête de liste dans la capitale. Couleurs de fond, recommandations pour le style vestimentaire (pas d'imprimés, pas de rouge), type de lumière : tout est précisé dans un vade-mecum, « mais les sections gardent une autonomie ». Finalement, l'agence Comed est chargée de la réalisation des dépliants, du programme et des affiches, en luxembourgeois et en français. Sur les poteaux, dans les différents quartiers, le choix s'est porté sur un recto-verso : les deux têtes de liste d'un côté, les candidats vivant dans le quartier de l'autre. Pour illustrer les thématiques de campagne, la candidate très impliquée dans la communication

puise dans des stocks de photos publics. « Je m'assure ainsi qu'il n'y ait pas de personnes reconnaissables ».

« Le risque avec ce type de photos est de retrouver les mêmes images pour plusieurs organisations différentes et de les vider de leur sens », prévient Raoul Thill. Il dénonce une esthétique qui « rappelle les publicités pour de la margarine dans les années 1990, avec toujours des images de familles idéalisées ». Le DP a également opté pour des photos stock : Deux femmes d'âge et d'origine différents rigolent ensemble, une petite fille mange un petit pain avec gourmandise, une jeune femme sourit sous son casque de vélo, un homme âgé à casquette sourit aussi. À chaque image correspond une phrase, en luxembourgeois, présentant la situation liée à une thématique de campagne, de manière assez peu explicite. « Fir Grompe-rekichelcher mat mengen neien Noperen », dit ainsi la première. Le texte est écrit en majuscules, comme peint à la main, un choix de typo pour toute la campagne. Le parti a fait appel à une agence de Berlin, « mais plus de travail a été réalisé en interne car nous avons maintenant une équipe solide et compétente en communication », argumente Carole Hartmann, secrétaire générale du DP et candidate à Echternach. « Les bandeaux de couleurs avec le texte en blanc, en majuscules et en italiques sont partout. Ça facilite les choses pour imprimer un texte au dessus d'une photo, mais c'est une solution assez paresseuse et peu créative », regrette Raoul Thill.

À Luxembourg-Ville, les 27 candidats du DP montrent leurs dents, 18 au CSV, seulement quinze chez déi Gréng, et à peine dix au LSAP

Une grande partie du travail est également réalisée en interne chez les Verts. Les illustrations du programme pour Luxembourg-ville ont cependant été confiées à un professionnel. « Il nous importait dès le début et sur tous nos supports de communiquer en

quatre langues », détaille François Benoy, tête de liste dans la capitale. Déi Gréng n'a pas voulu trancher entre une focalisation sur les personnes et une communication sur les sujets, aussi le « candidat bourgmestre » est largement mis en avant sur les affiches et les dépliants, dans des environnements symboliques et immédiatement reconnaissables (dans le tram, devant la mairie et dans une rue piétonne). Les écologistes ont produit plusieurs dépliants distribués en toute boîtes, mais refusent les affiches en plastique accrochées sur les poteaux. « Nous préférons des panneaux en bois réutilisables ».

La possibilité de panacher ses votes entre plusieurs personnes et plusieurs partis invite les têtes de listes à se mettre en avant et se pousser du col. Serge Wilmes apparaît ainsi seul et presque à taille réelle sur le dépliant, comme Lydie Polfer (DP) en 2017. François Benoy ne partage la photo avec Claudie Reyland, sa colitière qu'en deuxième page du programme et se montre seul sur les plus grandes affiches. Plus généralement la question de l'attitude sur les photos se pose : Il faut sourire, certes, mais avec un large sourire qui dévoile les dents ou pas ? À Luxembourg-ville, les 27 candidats du DP montrent leurs dents, 18 au CSV, seulement quinze chez déi Gréng, et à peine dix au LSAP. « Beaucoup de candidats veulent avoir l'air cool et sympa en souriant largement. Mais est-ce cela qu'on attend d'un élu ? », interroge finalement Raoul Thill. ●



Florilège d'affiches de 2005 telles que conservées à la Bibliothèque nationale du Luxembourg



ISRAEL

„Weiter wie bisher“ sollte keine Option sein

Judith Poppe, Tel Aviv

Der Waffenstillstand zwischen Israel und Palästina scheint vorerst zu halten, doch die kommenden Gedenktage könnten Auslöser für eine neue Eskalation sein



Noch herrscht Ruhe im südlichen Gazastreifen, wie diese Woche auf einem Markt in Rafah

Die Eskalationsrunden zwischen militanten Organisationen im Gazastreifen und Israel – sie haben kaum noch Nachrichtenwert. Dass sie stattfinden, scheint fast selbstverständlich, als gäbe es keine Alternative zu den Raketen und Bomben. Die Bilanz der letzten fünfjährigen Eskalation: 1 200 Raketen aus dem Gazastreifen auf israelisches Gebiet. Zwei Menschen wurden dadurch getötet, eine Israelin und ein palästinensischer Arbeiter aus Gaza. Israel bombardiert Ziele des Islamischen Dschihad im Gazastreifen und tötet 18 Mitglieder und Kommandeure des Islamischen Dschihad, außerdem mindestens zehn Zivilist/innen, unter ihnen Kinder. Auf beiden Seiten wird es als Erfolg verkauft. Doch die Zivilbevölkerung leidet darunter, auf beiden Seiten – und die nächste Eskalation dürfte nur eine Frage der Zeit sein.

Auf israelischer Seite heißt es, es gebe keinen Partner für Frieden. Die Wirksamkeit einer „Militäroperation“ messen israelische Sicherheitskräfte in der Regel daran, in welchem zeitlichen Abstand der nächste Raketenbeschuss folgt. Je länger der Zeitraum ohne Eskalation ist, desto effektiver war die Operation. „Die israelische Führung geht davon aus, sie

In Yonatan Mendels Augen gibt es nur eine Möglichkeit, um aus der Gewaltspirale herauszukommen: Israel muss verhandeln – mit der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland genauso wie mit dem politischen Flügel der Hamas

könnte jedes Mal exakt das Gleiche tun und trotzdem andere Ergebnisse erzielen“, sagt Yonatan Mendel, Experte für den israelisch-palästinensischen Konflikt an der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva. Er ist überzeugt, dass es keine militärische Lösung für ein Problem geben kann, das politischer Natur ist.

Die Hälfte der zwei Millionen Palästinenser/innen, erklärt er, sei in einem belagerten Gazastreifen geboren. Die wenigsten von ihnen konnten den extrem dicht besiedelten Küstenstreifen jemals verlassen. In seinen Augen gibt es nur eine Möglichkeit, um aus der Gewaltspirale herauszukommen: Israel muss verhandeln – mit der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland genauso wie mit dem politischen Flügel der Hamas, die sich zwar in dieser Runde zwar aus den Kämpfen herausgehalten hat, aber den Gazastreifen regiert.

In den Ohren vieler Israelis und internationaler Akteure mag dies befremdlich klingen – schließlich wird die Hamas in den meisten internationalen westlichen Ländern als Terrororganisation definiert. Mendel negiert nicht den Extre-

mus der Organisation, doch er erinnert daran, dass die PLO, die palästinensische Befreiungsorganisation, vor den Oslo-Friedensabkommen von Israel auch als terroristische Vereinigung betrachtet wurde, mit der man nicht verhandeln könne – bis sie im Laufe der Verhandlungen aus israelischer Perspektive als Verhandlungspartner legitim wurden.

Ein Konzept, das in den Verhandlungen mit der religiös-militanten Hamas helfen könnte, sei laut Mendel die „Hudna“ – ein rund 1 500 Jahre alter, islamischer Begriff, der durch einige Bedeutungsveränderungen gegangen ist. Im Kern bedeutet Hudna nach Mendel: Ein längerfristiger Waffenstillstand auf religiöser Basis, der zu einem Friedensschluss geführt werden könnte.

Der Friedensschluss mit Ägypten im Jahr 1979 beispielsweise basierte auf einer zuvor geschlossenen „Hudna“ oder einer vergleichbaren religiösen Genehmigung: Auf ägyptischer Seite wurde befürchtet, dass der damalige ägyptische Staatspräsident Anwar as-Sadat nicht in der Lage sein könnte, einen Friedensvertrag abzuschließen, ohne von der eigenen Bevölkerung angefeindet zu werden. Das religiöse Establishment trat auf den Plan und schlug eine muslimisch-religiöse Genehmigung für Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten vor – auf der Hudna begründet. Im März 1979 schüttelten Menachem Begin und Anwar as-Sadat in Washington die Hände.

Derzeit sieht es nicht nach derartigen Manövern aus. Doch dass sich die Hamas an der letzten Runde von Kampfhandlungen nicht beteiligt hat, könnte ein Hinweis auf den pragmatischen Anteil der Hamas sein. Anders als der Islamische Dschihad hat die Hamas als Regierungsmacht im Gazastreifen einiges zu verlieren. Derzeit haben 16 000 Palästinenser/innen im Gazastreifen die Erlaubnis, in Israel zu arbeiten – Eskalationen mit der Hamas führen für gewöhnlich dazu, diese einzuschränken. Für den wirtschaftlich schwer angeschlagenen und belagerten Küstenstreifen ein kaum zu überschätzender Faktor. Allerdings könnte dies auch auf eine Taktik der Hamas zurückzuführen sein, die darin besteht, Gaza relativ ruhig zu halten und stattdessen den Druck vom Westjordanland aus auf Israel zu erhöhen, etwa indem sie dort zu Terroranschlägen aufrufen.

Auf israelischer Seite ist von Friedenswille ebenso wenig zu spüren, nicht erst seit der neuen extrem rechten Regierung, sondern seitdem aber auf noch extremere Art und Weise. Und: Viele der regierungskritischen Israelis glauben, dass Netanjahus mit der Eskalation von seinen innenpolitischen Problemen ablenken wollte. Tatsächlich gab es am vergangenen Samstag zum ersten Mal seit 19 Wochen statt der Massenproteste gegen die umstrittene Justizreform nur vereinzelte, kleine Demonstrationen.

Auch Druck aus seiner eigenen Regierungskoalition, vermuten Regierungskritiker/innen, könnte zu Netanjahus Entscheidung beigetragen haben, Kommandeure des Islamischen Dschihad gezielt zu töten und damit die Eskalation auszulösen. Itamar Ben Gvir, rechtsextremer Minister für Nationale Sicherheit, hatte die lasche Reaktion auf vorherige Raketenangriffe kritisiert und die Knessetsitzungen boykottiert. Nach den gezielten Tötungen von Kommandeuren des Islamischen Dschihad, die die Eskalation ausgelöst hatten, beendete er seinen Boykott.

Zwar scheint der Waffenstillstand vorerst zu halten, doch die Situation bleibt angespannt. Auslöser für eine neue Eskalation bieten bereits die kommenden Tage: Am Montag jährt sich die als Nakba bezeichnete Flucht und Vertreibung hunderttausender Palästinenser/innen im Zuge der Gründung Israels zum 75. Mal. Am Donnerstag feiert Israel am „Jerusalem-Tag“ die Eroberung Ostjerusalems im Sechstagekrieg 1967. Traditionell ziehen an diesem Tag Tausende von rechtsnationalistischen Jüdinnen und Juden mit Israelfahnen durch die Jerusalemer Altstadt, oft auch durch das muslimische Viertel und provozieren mitunter durch rassistische Slogans wie „Tod den Arabern“.

Vor dem fünfjährigen Schlagabtausch zwischen Israel und dem Islamischen Dschihad hatte die Hamas eine Warnung ausgesprochen: Die Organisation werde nicht zulassen, dass Israel Jerusalem „judaisiert“. Vor zwei Jahren hatte der Flaggenmarsch den elftägigen Krieg zwischen Israel und der Hamas ausgelöst.

Friedensverhandlungen scheinen derzeit in weiter Ferne. Eine Zweistaatenlösung ist von keiner der beiden Seiten gewünscht. Doch ginge es nach Mendel, müsste Israel die Hand ausstrecken. Er ist davon überzeugt, Israel würde Partner für Friedensverhandlungen auf palästinensischer Seite finden, insbesondere wenn Israel Bereitschaft zeigen würde, sich ernsthaft und konsequent mit den Kernfragen des Konflikts auseinanderzusetzen. Ein „Weiter wie bisher“ sollte keine Option sein. ●



Découvrez chaque vendredi ce qui fait bouger le pays.

Sur papier et en digital.

Gratuitement pendant un mois. Faites le test.

zbelgacem@land.lu
(+352) 48 57 57 · 1



Le devoir de vigilance à la Chambre

L'Initiative pour un devoir de vigilance place les partis politiques, notamment ceux de la coalition, face à leurs « contradictions » en matière de respect des droits de l'Homme. La plateforme rassemblant 17 organisations de la société civile a préparé une proposition de loi visant à imposer aux entreprises la prise en compte des droits humains sur toute leur chaîne de valeur. Seuls Déi Lénk et d'Piraten ont saisi l'opportunité de légiférer au niveau national et ont déposé le texte mardi (dossier 8217, photo : Fairtrade/ASTM). L'ADR, le CSV, le DP, mais aussi le LSAP et Déi Gréng préfèrent attendre la transposition de la directive européenne, en discussion au Conseil européen (la Commission a proposé un texte en février 2022, le Parlement européen a voté sa mouture en avril dernier). Son application au Luxembourg peut être attendue « d'ici la fin de la décennie », se désespèrent les ONG qui soulignent que la France et l'Allemagne ont déjà des lois nationales en vigueur. Le Luxembourg, membre du Conseil des droits de l'Homme, traîne des pieds pour ne pas froisser son secteur financier. Une loi locale fragiliserait l'écosystème des holdings puisqu'elle les responsabiliserait ici quand l'atteinte aux droits de l'Homme interviendrait

dans une zone de non-droit où les matières premières sont collectées.

La proposition de loi déposée mardi prévoit qu'un devoir de vigilance s'impose aux entreprises de plus de 250 salariés et qui ont un chiffre d'affaires supérieur à cinquante millions d'euros (ou un bilan supérieur à 43 millions). Les entreprises visées par la loi devront rédiger un plan de vigilance qui comprend une description de la chaîne de valeur, une cartographie des risques, des procédures d'évaluation régulière de la situation des filiales, des sous-traitants ou des fournisseurs et des actions adaptées d'atténuation des risques ou de prévention des atteintes graves. La proposition de loi inclut le secteur financier y compris les fonds d'investissement et les soparfis. Selon le texte des ONG, toute incidence potentielle sur le climat détecté sur la cartographie devrait être corrigée selon un plan de transition conformément à l'accord de Paris. Enfin, une autorité de contrôle du devoir de vigilance (un « régulateur ») serait installée pour veiller au bon respect des normes. Évidemment, le texte porté par deux partis pesant quatre députés à la Chambre a peu de chance de passer. Dans la « vraie vie », à Bruxelles, le Luxembourg veut exclure les fonds d'investissement du périmètre de la directive. ^{pso}



Land

19.05.2023

11

WIRTSCHAFT

Imbroglivision



Le gouvernement a dévoilé vendredi son intention de soutenir la participation du Luxembourg au prochain Eurovision Song Contest, « le plus important concours musical jamais organisé », selon les termes du communiqué diffusé en fin de semaine dernière, à la veille de la finale de Liverpool (photo : EBU – Corinne Cumming). Le conseil de gouvernement a marqué son accord pour apporter « le soutien financier nécessaire » afin d'aligner un représentant du Luxembourg en 2024 en Suède, vainqueur samedi. Les coûts de participations à verser à l'Union européenne de radio-télévision (UER ou EBU), qui organise le concours, s'élèveraient entre 200 et 300 000 euros, selon la *Radio 100,7*. « À cela s'ajouteraient les coûts de sélection du candidat et la participation à l'événement lui-même », précise le média de service public et membre de l'UER. Mais c'est l'autre adhérent luxembourgeois, membre-fondateur dans les années 1950, qui piloterait la manœuvre : CLT-Ufa. Une convention est

en cours de négociation entre le radiodiffuseur et l'État. « Le principe guidant le modèle de financement est que la participation du Luxembourg à l'Eurovision Song Contest devra être conçue de manière à être le plus économique possible pour le trésor public, ainsi qu'économiquement neutre pour CLT-Ufa, c'est-à-dire ne pas résulter pour CLT-Ufa ni en revenus net extraordinaires ni en coûts nets supplémentaires non couverts », explique le Service des Médias et des communications au *Land*. « Nous restons par ailleurs convaincus que les retombées économiques, culturelles et sociétales de la participation justifient ces coûts », poursuit le porte-parole de Xavier Bettel (DP).

Le Luxembourg a remporté l'Eurovision à cinq reprises, autant que la France. La dernière participation du Grand-Duché au Concours remonte à 1993. Une suspension de la participation dont le député Eugène Berger (DP) s'était ému en octobre 1995 dans une question parlementaire. « Cette décision rencontre l'incompréhension et la désapprobation d'une partie importante de notre population et surtout des jeunes », avait écrit le libéral, s'appuyant sur une pétition du Eurovisionsclub Lëtzebuerg qui avait recueilli 2 000 signatures. « Le gouvernement vient d'être informé par la CLT que celle-ci a décidé de ne pas

renouveler son affiliation à l'UER. Cette décision a pour conséquence que notre pays ne pourra plus être représenté au Concours », avait répondu le ministre de tutelle, Jean-Claude Juncker. Confrontée à un changement dans la procédure de qualification et supposant une érosion de l'intérêt pour la manifestation, CLT avait estimé « que les coûts et risques (...) étaient sans rapport avec les contreparties », avait résumé le chrétien-social, ne lâchant un regret que du bout de sa plume. « Dans la mesure où la participation au Concours est liée à des dépenses importantes que le gouvernement ne saurait prendre en charge, (...) il appartient à la CLT d'apprécier si le coût lié à la participation est justifié », ainsi tranchait le Premier ministre (également signataire de la délégation de service public à CLT-Ufa/RTL). À la Chambre, en 2008 puis 2012, sa ministre de la Culture, Octavie Modert (CSV), résumait la non-participation du Luxembourg par le fait qu'aucun radiodiffuseur luxembourgeois n'était membre de l'UER. Cette semaine, une porte-parole de RTL, en contact avec l'UER, assure au *Land* que CLT-Ufa en a toujours été membre.

Concernant le risque que le Luxembourg gagne et soit contraint d'organiser la réception du concours, le porte-parole du SMC qualifie cette situation « d'hypothétique », mais assure que le gouvernement s'est « préparé à cette possibilité. » ^{pso}

ACD opacité

La radio publique *100,7* et le média en ligne *Reporter* s'opposent au refus de transparence de l'Administration des contributions directes (ACD). L'affaire a été plaidée mercredi devant le tribunal administratif où les organes de presse ont déposé un recours. En août 2021, *100,7* et *Reporter* ont demandé au fisc la communication de plusieurs circulaires et notes de services abrogées par l'ACD dans les mois qui avaient précédés. Le directeur de l'ACD a refusé trois semaines plus tard. La radio publique et le média en ligne ont saisi la Commission d'accès aux documents (CAD) en vertu de la loi Transparence. Cette dernière leur a donné raison. « Les documents sollicités sont communicables au demandeur », a écrit la commission composée d'un magistrat et de représentants du Premier ministre, de la CNPD, du Syvicol et du Service information et presse. L'ACD a fait le mort. Puisque le silence est à considérer comme un rejet, *100,7* et *Reporter* ont déposé un recours pour annuler la décision de facto et faire valoir leur droit à la communication des pièces. L'avocat de la partie requérante, Charles Muller, met en avant une jurisprudence de la Cour administrative au sujet de la loi Transparence. Celle-ci consiste en un cheminement vers « une plus grande ouverture de l'administration vers le public » et en « une fortification

de la confiance que le citoyen administré peut nourrir face à l'administration ».

L'État sort les rames pour justifier la non-communication des documents. Le législateur aurait fixé des limites à la transparence de la vie publique et exclurait les « documents internes ». « Force est de constater que les documents demandés (...) sont destinés à un usage interne. (...) Ils s'adressent tous au personnel de l'ACD. (...) Ces documents sont à usage proprement interne, préparatoires et servant à élaborer une décision finale », prétend le représentant de l'État. Dans un mémoire en réponse de quatre pages, d'une épaisseur révélatrice du nombre d'arguments à disposition. Pour les demandeurs, les circulaires ne peuvent être considérées comme des communications internes puisqu'elles sont publiques tant qu'elles sont valides. Ce terme ne saurait s'appliquer à ces circulaires et notes de services qui sont des documents publiés sur le site web de l'ACD, fait valoir Charles Muller dans sa requête déposée en janvier 2022.

De la mauvaise volonté manifeste ou une volonté manifeste de cacher les modalités d'application des conventions de non-double imposition avec les Pays-Bas et la Belgique (datant des années 1960-1970) auxquelles, par exemple, *Reporter* demande d'accès ? Les circulaires en cours de validité sont publiées sur le site de l'ACD. Sur celles datant de la décennie 1970, elles commencent

effectivement par une mention « au personnel », mais elles sont parfaitement publiques. Autre étrangeté constatée grâce à *webarchive.org*, les circulaires qui précèdent les années 2000 ont été publiées en août 2022. Contactée par le *Land*, la directrice générale, Pascale Toussing explique que l'ACD a procédé à un état des lieux dans le cadre du suivi d'une motion du budget 2021 (signée Sven Clement, d'Piraten) ayant trait aux « circulaires sur le site de l'ACD ». « Une bonne partie des circulaires ont été soit abrogées soit publiées », relate Pascale Toussing dans un email laconique.

Si les juridictions administratives devaient considérer que la loi limite effectivement l'accès à ces documents, les organes de presse pourraient théoriquement (ici l'un des deux est intégralement financé par l'État) se tourner vers Strasbourg pour voir l'État condamné pour violation de l'article 10 de la Convention européenne des droits de l'Homme sur la liberté d'expression. Dans son argumentaire, l'avocat de *100,7* et *Reporter* se borne pour l'heure à demander au juge administratif d'écarter cette limitation. « Le travail des requérants doit permettre de contribuer à la transparence sur la conduite des affaires publiques », fait valoir Charles Muller. ^{pso}

62 595 000 euros,

C'est le coût d'acquisition pour le nouveau siège du Stateg à Belval. « Pas cher du tout

pour un éclairage quantitatif de l'économie et de la société luxembourgeoises », commente son directeur, Serge Allegrezza, sur Facebook. Et d'ajouter : « Amortis sur dix ans cela fait donc dix euros par an et par tête de pipe ! Ridicule. » Le promoteur belge Atenor a baptisé le complexe de cinq étages au nom de « Twist » ; un choix qui ne semble pas très heureux pour le siège d'un institut statistique. (Mais qui s'explique probablement par le fait que le building est situé sur le « boulevard du Jazz ».) Actuellement en chantier, le complexe devrait être livré en mars 2024. Cette date n'est pas anodine, puisqu'Allegrezza a annoncé quitter la direction du Stateg une fois le déménagement du Kirchberg vers Belval complété (*d'Land* du 29.7.2022). Le projet de loi, déposé il y a deux semaines, précise une série d'adaptations demandées par l'État par rapport au projet initial, dont l'installation de panneaux photovoltaïques, produisant quelque « 36 KWh par an » (soit très peu). À la commission des finances et du budget, les députés étaient surtout rassurés d'apprendre que l'option d'achat est fixe, c'est-à-dire que le montant ne sera pas affecté par l'index du bâtiment. ^{bt}

Ticker



Franz Fayot attendu par des journalistes de RTL venues le

confronter à ses frais de déplacements



Les participants à la table ronde à la Chambre de commerce lundi

« Hashtag Mëllechkou »

Pierre Surlut

Un débat politico-économique de campagne sur la compétitivité et un match dans le match entre Luc Frieden (CSV) et Franz Fayot (LSAP)

Sale journée pour Franz Fayot lundi. Le ministre (socialiste) de l'Économie s'est réveillé avec la parution d'un article sur *Reporter.lu* détaillant ses frais de voyages officiels et son appétence pour les bonnes bouteilles. La nuit avait été courte. La veille, le dernier leg de son retour de Californie s'est posé à Bruxelles, son vol ayant été dérouteré à cause de l'incident impliquant un Boeing de Cargolux (un train d'atterrissage bloqué puis envolé) et de la fermeture consécutive de la piste. La journée s'est terminée en costume-cravate dans la chaleur des projecteurs de la Chambre de commerce et sous le feu des attaques de son rival Luc Frieden sur son bilan politique. « Je regrette profondément que le gouvernement sortant n'ait pas réussi à attirer une seule grande entreprise industrielle au cours des dernières années », a asséné le *Spëtzekandidat* CSV lors de la table ronde dressée par l'organisation patronale sur le thème de la compétitivité. Le ministre de l'Économie a rappelé les investissements consentis par les multinationales (déjà installées) Goodyear, Cosmolux ou ArcelorMittal depuis son arrivée au Forum Royal début 2020 : « Je pensais que Luc Frieden savait cela dans sa capacité, assez récente, de président de la Chambre de commerce. » Les coups partent. Luc Frieden faisait son retour dans l'institution patronale dont il a occupé la tête entre avril 2019 et février dernier, et depuis laquelle il a annoncé fin janvier qu'il brigue une investiture gouvernementale. Franz Fayot avait vertement accueilli la nouvelle sur Twitter en critiquant « le mélange des genres » et les positions exprimées par Luc Frieden sur la politique commerciale alors qu'il était lobbyiste-en-chef et éloigné personnellement de la politique. Le nouveau président de la Chambre de commerce, Fernand Ernster, s'est d'ailleurs trouvé gêné aux entournures car son organisation devenait de facto associée au parti chrétien social.

Mais lundi, c'est le candidat CSV qui s'est trouvé en porte-à-faux avec les propositions formulées par la Chambre de commerce. L'organisation propose de limiter le déclenchement du mécanisme d'indexation à une occurrence par an, mais aussi de le plafonner à partir de 1,5 fois le salaire médian (5 310 euros) et d'imposer une dégressivité à partir de quatre fois le salaire médian (14 140 euros). À l'instar de ceux qui ont pris la parole avant lui lundi soir, Luc Frieden a reconnu que l'indexation « contribuait à une certaine paix sociale ». Mais, il s'est prononcé en faveur de discussions avec les partenaires sociaux si, d'aventure, plus d'une tranche par an devait être déclenchée pour « décider des mesures en faveur des entreprises ». Avant cela, le ministre des Classes moyennes, Lex Delles (DP), celui de l'Économie et le député François Benoy (Déi Gréng) avaient témoigné un soutien inconditionnel au mécanisme d'indexation.

Le représentant du parti Déi Lénk, David Wagner, mal placé pour proposer des mesures en faveur de la compétitivité des entreprises en leur fief (« on vit dans un système que je ne veux pas », a expliqué le marxiste), s'est improvisé *spin doctor* : « C'est un suicide politique pour qui s'aventurerait dans cette histoire

de limitation des tranches indiciaires ». « Des candidats à un suicide politique ? », a quand même demandé l'un des modérateurs en se tournant vers Frank Engel (Fokus), touché qu'on pense à lui « quand on cherche un suicidaire ». « Vous n'allez pas me retrouver sur le Pont Rouge ce soir », a-t-il rassuré. Mais le transfuge du CSV (accusé par ses anciens camarades d'avoir magouillé avant d'être acquitté par le tribunal correctionnel) relève qu'il n'est « pas normal qu'une tranche indiciaire vaille une pizza pour l'un et une croisière pour l'autre ». Soulignant l'accroissement des inégalités et le creusement du déficit public (accéléré par les compensations des indexations), Frank Engel et son parti préconisent d'accorder les 2,5 pour cent d'indexation à ceux qui gagnent moins de 110 000 euros par an. « Ce n'est pas rien. Il y a encore des gens qui travaillent à la fonction publique à ce prix-là », plaisante-t-il devant un auditoire largement composé de chefs d'entreprises.

La Chambre de commerce s'inquiète. « La richesse doit être créée avant d'être répartie », a assuré son président Fernand Ernster en introduction. Le directeur Carlo Thelen a embrayé : « *Le whatever it takes* appliqué en Europe, et au Luxembourg à travers les Tripartites, n'est guère soutenable à long terme. » Pour relativiser les derniers vestiges de la prospérité que sont le AAA et l'un des plus hauts PIB par habitant au monde, le fonctionnaire patronal a multiplié les projections de graphiques. La confiance est en berne. Idem pour la rentabilité : les sociétés non-financières luxembourgeoises sont les moins rentables de l'Union européenne, lit-on sur un tableau. On croit connaître la raison. La courbe orange du coût horaire moyen au Luxembourg dépasse la bleue de la Belgique : « Le coût du travail pèse très lourdement sur la compétitivité-coût du Luxembourg (...) et ce désavantage compétitif s'aggrave », relève-t-on dans le livret. Le Powerpoint de Carlo Thelen affiche ensuite une productivité luxembourgeoise stagnante depuis les années 2000 alors que celle de l'UE grimpe de 25 pour cent. Dernier tableau (noir) : les dépenses luxembourgeoises en recherche et développement sont bien moins élevées que celles de tous les pays voisins. « Un pour cent du PIB, loin de la moyenne européenne à 2,3 pour cent », a souligné le directeur de la Chambre de commerce. Puis la devise (officiuse) du Grand-Duché, « la directive, rien que la directive », n'est plus systématiquement respectée, « hashtag Mëllechkou », sourit Carlo Thelen en référence aux menaces pesant prétendument sur le secteur financier luxembourgeois.

Franz Fayot reprend les propos de Frank Engel pour signifier que les riches sont aussi touchés par la hausse des prix : « Le coût d'une Lamborghini augmente aussi à cause de l'inflation ». Mais le ministre s'étonne surtout de la morosité dans la salle et voit au Luxembourg des « atouts importants ». « Peut-être que je me balade un peu trop dans des pays sous-développés », relève celui qui est aussi ministre de la Coopération et qui est épinglé cette semaine par *Reporter* pour avoir bu avec ses collaborateurs pour

« Il manque un tableau, Carlo. »
Luc Frieden reproche à son ancien directeur d'avoir omis le creusement de la dette publique et le rétrécissement de la marge de manœuvre qui en découle

143 euros de « chardonnay et de cabernet sauvignon » sous les palmiers d'un restaurant d'Amman après avoir visité des camps de réfugiés. Le ministre socialiste estime en outre que l'indexation est une « force » en comparaison aux troubles sociaux connus dans les pays voisins où l'on négocie aussi àprement plus de pouvoir d'achat. Les mesures gouvernementales pour juguler les prix énergétiques au Luxembourg l'ont également préservé, a estimé Franz Fayot.

« Il manque un tableau, Carlo », regrette l'ancien président de la Chambre de commerce. Celui des finances publiques. « Le gouvernement a dépensé énormément d'argent », a lancé Luc Frieden. La marge de manœuvre serait dorénavant réduite. Le candidat CSV fustige ainsi le *Nohaltekeetscheck* présenté le mois dernier et propose un « check de compétitivité pour voir dans quelle mesure les décisions prises nuisent aux entreprises », avant de plaider pour une flexibilisation du droit du travail et une facilitation des démarches administratives pour les entreprises (comme Fernand Kartheiser de l'ADR). La fiscalité s'est ensuite presque spontanément frayée une place dans le débat. « On sait tous que les multinationales sont venues au Luxembourg pour des raisons fiscales », a assuré le CFO de Cargolux, Maxim Straus en guise de témoignage. « Or, ces entreprises créent des *clusters* d'activités autour d'elles et génèrent de l'emploi et des richesses, a poursuivi le Luxembourgeois. Et d'interroger le panel sur ce qu'on peut faire maintenant « qu'on n'a plus de rulings et que l'OCDE arrive avec son taux minimum d'imposition ». « Des avocats français montent dit, votre administration fiscale a perdu toute flexibilité après Luxleaks. La seule raison pour laquelle nous restons ici, c'est parce c'est encore pire ailleurs », a commenté Fernand Kartheiser à renfort d'anecdotes. Le combat Fayot-Frieden s'est poursuivi sur ce champ politique. Le ministre de l'Économie privilégie une approche par l'investis-

tissement dans l'infrastructure (comme le *high performance computing*) à la « race to the bottom » menée par l'Irlande en matière de taux nominaux. Le projet de « fiscalité à quinze pour cent (...) est un facteur égalisateur. Tout le monde sera logé à la même enseigne et je pense que c'est une excellente chose », a réagi le socialiste. Un taux d'imposition des sociétés très bas ne revêtirait qu'un intérêt marginal, selon Franz Fayot, pour attirer les capitaux étrangers (les multinationales paient de toute façon un taux effectif dérisoire du fait des exonérations et des niches). « Je suis tout à fait en désaccord. Je suis pour la compétitivité fiscale », s'est insurgé Luc Frieden. « Moins d'impôt signifie plus de consommation chez les personnes physiques et plus d'investissement pour les entreprises, donc moins d'impôt crée plus de croissance », a résumé l'ancien ministre des Finances. La croissance toujours. La goutte de vert injectée dans le raisonnement économique du *Spëtzekandidat* CSV se loge dans la volonté d'abolir la taxe d'abonnement sur les fonds ESG (environnement, sociétal et de gouvernance). « Ne tuons pas la place financière. Au contraire. En terme de durabilité, elle est très positive. Elle fournit trente pour cent du PIB », a poursuivi Luc Frieden en terrain conquis.

Ici, les Verts sont présentés par la maîtresse de cérémonie comme un épouvantail pour les investisseurs. « Dans un passé pas si lointain, des ministres de l'Économie allaient chercher des entreprises que les normes voulues par Déi Gréng repoussaient », a remarqué la responsable des relations publiques de la Chambre de commerce, Bérengère Beffort, citant comme exemples Fage, Knauf ou même Google. « Nous ne nous sommes pas opposés à Google », s'est étonné François Benoy. L'Élu écolo rappelle cependant qu'il « faut trouver des entreprises qui fonctionnent avec un Luxembourg climatiquement neutre » tout en simplifiant les démarches administratives. « Le seul futur envisageable est un futur climatiquement neutre », a-t-il martelé. Frank Engel a pris un peu de recul. « Cela ne fait plus de sens de vouloir être l'unique pôle économique en Grande Région ». « Importer des matières premières, faire venir des frontaliers, exporter les marchandises, pour ne pas payer d'impôt au Luxembourg, le jeu n'en vaut plus la chandelle », a conclu le candidat Fokus, liant les problématiques de l'aménagement du territoire (au-delà des frontières) à une croissance qualitative et inclusive. À propos, dans une sorte de *making off* de l'organisation de l'événement, l'ancienne journaliste Bérengère Beffort, a expliqué avoir demandé aux partis d'envoyer « leurs meilleurs experts » pour cette table ronde, précisant qu'ils attendaient deux d'avoir « une appétence pour l'économie ». « Seuls des hommes ont levé la main. Où sont les femmes ? », a interrogé l'ancienne journaliste. Personne n'a répondu évidemment. Une explication toutefois sur l'absence de Yuriko Backes (DP), qu'on aurait pu espérer dans une confrontation face aux deux « poids lourds » économiques du CSV et du LSAP. La ministre des Finances se trouvait lundi soir avec ses pairs à Bruxelles pour l'Ecofin. ●

DIE KLEINE ZEITZEUGIN

Wird Salzburg kommunistisch?

Michèle Thoma

Ich war einmal in Salzburg. Vor langer langer Zeit, so um 1980. Das meiste habe ich verdrängt, auch die Jahreszeit, es muss eine anonyme gewesen sein. Mit Regen. Anscheinend ein Wahrzeichen, die kennen wohl Luxemburg nicht. Es handele sich, so behaupten sie, um eine exklusive Regengattung, Schnürl- nennen sie sie, der Regen fällt angeblich in Schnüren vom Himmel. Als sei das woanders wesentlich anders. Es klingt wie eine lokale Spezialität, die man leider nicht mal essen kann.

In einem Dachkammerl in einer Pension fand ich Unterschlupf, drei Tage zog ich durch Salzburg, drei lange Tage. Ich hatte noch nie eine solche Dichte an hochnäsigen Menschen erlebt. Auch die Tourist*innen bemühten sich um Ebenbürtigkeit in der Hochnäsigkeit. Die Eingeborenen trugen Lodenmäntel, die Frauen Frisurenskulpturen. Eine fichtengrüne Menschenwurst presste sich durch die paar engen Gassen, in denen die Geschäfte von Salzburgischem überquollen. Ich ging verächtlich herum, durchdrungen von thomasbernhardischem Salzburg-Hass. Ich absolvierte *das* Kaffeehaus, trank brav Kaffee in *dem* Kaffeehaus, las Zeitungen in *dem* Kaffeehaus, schrieb Hämisches in meine Dichterinnenkladder, *hate posts* gab es ja noch nicht und hoffte, dass die Schnürln vor dem Fenster mich endgültig hypnotisieren würden.

Ich erklomm den Mönchsberg, wo Peter Handke seine Klausur hatte. Er kam mir nicht entgegen-gewandelt wie einer alten Freundin. Plötzlich, von unsichtbarer Hand wurde der Schnürlvorhang weggezogen, der Himmel öffnete sich und ich sah bis nach Italien, zumindest bildete ich mir das ein, in die überirdische Ferne, klar und doch in pastellfarbenem Dunst, ein Goethe-on-the-road-Feeling stellte sich ein. Vor dem Geburtshaus von Mozart hatte ich ein Erweckungs-erlebnis. Mozart, das war doch der, bei dessen Musik die Kühe mehr Milch gaben. Wenn schon Klassik, dann bitte schwer, schwülstig, schick-salsgeschwängert. Wagner zumindest. Vor dem Mozart-Geburtshaus stand ich unter einem blau aufblühenden Himmel, die Luft prickelnd wie Sekt, plötzlich war Mozart da. Plötzlich verstand ich Mozart. Die perlende Musik, die Leichtigkeit des Seins, die Heiterkeit, das Allerhöchste. Nur kurz währte das. Drei Tage redete ich mit niemand, nur das Überlebensnotwendigste, am letzten Abend entdeckte ich eine Wirtschaft am

Durchdrungen von thomasbernhardischem Salzburg-Hass



April 2023, Landtagwahlen in Salzburg. Ein Schöckchen geht durch die Fernsehlande

Fluss, wo welche ohne Lodenmantel und Dirndl waren, mit Gestrüpp auf dem Kopf. Bevor ich mir am nächsten Tag endgültig die Mozart-Kugel gab, ergriff ich die Flucht.

April 2023, Landtagwahlen in Salzburg. Ein Schöckchen geht durch die Fernsehlande, was tut sich da im Festspielreich? Die Kommunisten! 11 Prozent! Ein Plus von nahezu 11 Prozent! In der Stadt Salzburg wählt gar jede*r Fünfte den Gottseibeius, jössas! Statt immer nur den alten schwarzen Landesvaterhasen, statt nur die knallhart charmante FPÖ-Marlene! Die Kummerln, wie die Alten sie nannten, die gibt es doch längst

nicht mehr in Österreich. Nur in Wien erstehen sie jedes Jahr zum großen Fest auf, am schönen Ende des Sommers thronen in den Praterwiesen alte graue Männer mit BauchBartBrille vor zerfledderten *Kapital*-Ausgaben, und alle laben sich zwei Tage lang an ethno- diversen Speis und Trank und Tanz.

Wobei, ist nicht in Graz auch schon eine Kommunistin Bürgermeisterin? Und jetzt lächelt ein junger Mann in Salzburg treuherzig in die Kamera. So seriös, verlässlich, kompetent und hochintelligent wie der dreinschaut und redet, dann hat er auch noch breite Schultern, der absolute Schwiegermuttertraum. Seine Partei nennt sich KPÖ plus, wie eine extrapotente Vitamintablette, und nein, er findet Stalin nicht gut. Putin auch nicht. Die Salzburger*innen seien jetzt nicht über Nacht zu Marxist*innen oder gar Stalinist*innen mutiert, beschwichtigen Politolog*innen. Der Historiker und Museumsangestellte hat sich, wie seltsam, wie selten, wie exotisch, mit seinem Team lange schon praxisnah im Mega-Thema Wohnen engagiert, bietet Beratung und spendet, ganz nach Grazer Vorbild, einen großen Teil seines Landtagsgehalts an notleidende Mitbürger*innen. Kuschelkommunist heißt ihn ein Kommentator. Soll total schön sein in Salzburg. Glaub, ich fahr mal hin. ●

ZU GAST

Wunnen däerf net aarm machen!

Die Krise im Wohnungsbereich nimmt immer größere Ausmaße an und trifft immer mehr Mieter, aber auch Besitzer von Eigenheimen und Anwärter auf Eigentumswohnungen.

Ali Ruckert ist Präsident der KPL

Die jüngsten Zinserhöhungen haben dazu geführt, dass Besitzer von Eigentumswohnungen, die ein Wohnungsbaudarlehen mit variablem Zinssatz bei einer Bank haben, tiefer in die Tasche greifen müssen und sich dadurch oft vor finanzielle Schwierigkeiten gestellt sehen.

Bei anderen platzte der Traum vom Eigenheim über Nacht, da die rasch angestiegenen Preise für Baumaterial und Eigentumswohnungen, sowie die höheren Zinssätze bewirken, dass die Bank ihnen ein Darlehen verweigert, mit der Begründung, dass sie nicht in der Lage sein werden, das Darlehen in der gewünschten Höhe zu bedienen.

Das hat auch negative Auswirkungen auf die Bauwirtschaft und dürfte dazu führen, dass noch weniger Wohnungen als bisher gebaut werden, so dass der Mangel an Wohnungen weiter zunehmen dürfte.

Heute schon müssen viele Besitzer von Eigentumswohnungen und besonders viele Mieter Monat für Monat 30 oder 40 Prozent ihres Einkommens ausgeben, um ihr Darlehen zu bedienen oder ihre Miete zu bezahlen. Das ist eine der Hauptursachen dafür, dass immer mehr Menschen finanzielle Probleme haben und viele in die Armut abrutschen.

Der zunehmende Mangel an bezahlbaren Miet- und Eigentumswohnungen ist eines von vielen Beispielen dafür, welch brutales Gesellschaftsmodell der Kapitalismus ist. Im Kapitalismus ist eine Wohnung eine Ware wie jede andere, die nicht in erster Linie dazu dient, ein menschliches Bedürfnis zu erfüllen, sondern den Baulöwen und Spekulanten einen möglichst hohen Profit sichert.

Geradezu lächerlich ist es, wenn im Vorfeld der Gemeinde- und der Chamberwahlen die gleichen Parteien, welche die politischen

und gesetzlichen Grundlagen für die Ausbeutung der Menschen über die hohen Preise für Eigentumswohnungen und die hohen Mieten zu verantworten haben, von „Menschenrechten“ reden. Dass sie alle möglichen Maßnahmen ankündigen, um dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken, zeigt nur, dass bei ihnen jede Scham vor die Hunde gegangen ist, denn sie wissen bereits heute, dass ihre Versprechungen den Wahltermin nicht überdauern werden.

Es ginge natürlich auch anders, denn die Wohnungsnot hat sich nicht aus einer Naturkatastrophe ergeben, sondern ist die Folge von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, die von den politischen Parteien in der Regierung und in den Schöffenräten im Einklang mit den Interessen des Kapitals aus der Bauwirtschaft und den Banken getroffen wurden und deren negative Folgen zu Lasten der Lohnabhängigen gehen.

Die KPL setzt sich – nicht nur in Wahlzeiten – dafür ein, dass die Bauwirtschaft in den Dienst der Menschen gestellt wird und innerhalb von zehn Jahren öffentliche Bauprogramme mit 50 000 Wohnungen verwirklicht werden, wobei dem sozialen Wohnungsbau Priorität eingeräumt werden muss. Zu ihren programmatischen Forderungen zählt weiter, dass die Mieten durch Gesetz gesenkt werden, die Spekulation mit Baugrund und Wohnungen kategorisch verboten wird, und nicht genutztes Bauland über einen gewissen Umfang hinaus sowie lange Zeit leerstehende Wohnungen verstaatlicht werden.

Möglich ist das nur, wenn das Recht auf Ausbeutung erstens eingeschränkt und zweitens abgeschafft wird, und wenn das Recht auf Wohnen als Menschenrecht durchgesetzt wird. Damit Wohnen nicht arm macht. ● Ali Ruckert

CHRONIQUES DE L'URGENCE

La décroissance n'est plus indicible

Jean Lasar

La notion de post-croissance, voire de décroissance, a pris ses quartiers cette semaine au Parlement européen lors d'une conférence de trois jours, « Beyond Growth », organisée par vingt membres de l'assemblée. Présidée par le Vert belge Philippe Lamberts, entouré de quatorze députés des verts, de la gauche et socialistes, mais aussi de cinq députés libéraux et conservateurs et d'un non-inscrit, la conférence se proposait de « discuter et de co-créer

des politiques pour une prospérité soutenable en Europe » pour « s'écarter du focus nocif sur la seule croissance économique ».

Plutôt que de se contenter de dénoncer l'obsession de la croissance du PIB, le propos de la conférence était d'identifier des politiques et indicateurs alternatifs, compatibles avec les limites planétaires, ainsi que les narrations et structures de gouvernance susceptibles de les porter. Parmi les orateurs, la présidente de la Commission Ursula von der Leyen, la coprésidente du Club of Rome Sandrine Dixon, l'anthropologue-économiste spécialiste des inégalités Jason Hickel ou l'activiste de Youth for Climate Adelaide Charlier. L'inventrice de la *doughnut economy* Kate Raworth et l'économiste champion de la décroissance Tim Parrique ont participé à des panels.

Certes, ce beau monde est loin d'avoir parlé d'une seule voix. Ursula von der Leyen s'est gardée de reprendre à son compte les critiques souvent radicales de la croissance mises en avant par les autres intervenants, se contentant d'avancer qu'« un modèle de croissance centré sur les énergies fossiles est simplement obsolète » et vantant par ailleurs les vertus de l'économie sociale de marché.

Il n'en reste pas moins que le fait que les logos des groupes Renew et EPP figuraient derrière

les orateurs comme co-sponsors de la conférence est un signe qui ne trompe pas. Comme l'a fait remarquer Philippe Lamberts, une participation aussi œcuménique aurait encore été unimaginable il y a cinq ans lors de sa première édition. Incontestablement, à mesure que l'acuité des crises du climat et de la biodiversité, et l'insupportable aggravation des injustices qu'elles entraînent, pénètrent les esprits, elles finissent aussi par décaler la fenêtre d'Overton. Du nom du lobbyiste conservateur américain qui l'a conçue pour identifier les politiques publiques acceptables, cette image sert à circonscrire ce qui, dans une société donnée et sur l'ensemble du spectre politique, est considéré comme radical, acceptable, raisonnable ou populaire (« dicible ») à l'exclusion des idées « impensables », qui restent elles strictement confinées aux franges et exclues des discours politiques s'adressant au grand public.

Il est rafraîchissant de constater que remettre en question le dogme de la croissance soit, enfin, devenu acceptable. Ce qui était encore impensable il y a quelques années, quand la progression du PIB était le remède universel à tous les maux de la société, l'alpha et l'oméga de tout raisonnement économique, est bel et bien entré à l'intérieur de la fenêtre d'Overton sur le continent européen. ●

D'GEDICHT VUN DER WOCH



D'ADR mécht sech de schéine Männchen

Jacques Drescher

Lo heeschen se fir Stëmmen
An hunn dat Heesche sat.
Eng kloer Linn, méi Police:
Géint d'Heeschen an Stad.

Si hale fest um Auto
Bal wéi déi Blo – genau!
Si si méi gréng wéi Grénger
A schwarz wéi d'CSV.

Si si géint „Vëlosstroossen“
A wollte keng Tramsschinn.
Eng propper Stad, méi Schëlter,
Well d'Mammesprooch muss sinn.

„Fir d'Stad – Eng nei Dynamik“:
Wéi eidel a bana!
Si sinn trotz deem Geblimmels
Dach ëmmer nach déi AL.

MAUX DITS D'YVAN

Casserolades

Les Anglo-Saxons qui ne sont pas spécialement réputés pour leur génie culinaire, le savent pourtant parfaitement : c'est dans les vieilles casseroles qu'on prépare les meilleurs plats. Les Anglais viennent ainsi de couronner un roi de 73 ans, quand les Américains s'apprentent à choisir comme prochain président entre un jeune octogénaire et un vieux septuagénaire. Nos voisins français, par contre, estiment qu'à 64 ans on est trop vieux pour partir à la retraite, et c'est au bruit des casseroles qu'ils veulent pousser leur jeune président à la retraite. Il est vrai que celui-ci sert une tambouille plutôt indigeste à ceux dont il ne sollicitera plus les voix, ceci expliquant peut-être cela. « Les œufs et les casseroles chez moi c'est pour faire de la cuisine », tance-t-il avec sa condescendance habituelle les manifestants.

Macron oppose le peuple légitime qui vote au peuple illégitime, voire illégal, qui manifeste, oubliant au passage qu'il doit ses deux élections à ce peuple de gauche qu'il méprise tant

Conscient que trop de cuisiniers gâtent la sauce, il a été seul au fourneau pour mijoter sa loi sur les retraites, ignorant par trois fois la démocratie. Agitant sans modération la salière du 49.3, il a trop salé son plat en ignorant le pouvoir législatif. Délaissant le poivrier des corps intermédiaires, il présente une cassolette sans saveur en refusant de discuter avec les syndicats. Remuant frénétiquement le bâton, il a fait tourner la sauce en envoyant ses CRS mâter l'opinion publique. Macron sacrifie ainsi sa légitimité sur l'autel d'une légalité de façade et fait preuve de démophilie, d'une crainte du peuple qui lui fait éviter désormais les foules, préférant envoyer ses ministres au casse-croûte. Avec un cynisme inouï, il oppose le peuple légitime qui vote au peuple illégitime, voire illégal, qui manifeste, oubliant au passage qu'il doit ses deux élections à ce peuple de gauche qu'il méprise tant.

Le débat public sur les retraites affectant évidemment les ébats privés, il n'est pas étonnant qu'en retour un objet aussi privé que la casserole devienne un outil public, une arme de protestation massive. La casserole a toujours fait l'aller-retour entre l'intime et l'extime, comme en témoignent ces fameuses casseroles qui collent aux fesses des politiques qui confondent l'intérêt privé avec l'éthique publique. Aujourd'hui, la batterie de cuisine n'a jamais si bien porté son nom, et elle se trouve désormais dans la rue. En agitant les casseroles, l'opinion veut se positionner du bon côté du manche et fait revivre une tradition qui remonte au moins jusqu'au Moyen-Âge, où le charivari était une cacophonie qui venait perturber la nuit de noces d'un couple mal assorti. Toute ressemblance avec le démariage de Macron et de son peuple est évidemment frappante. La pratique renaît en 1830 sous la Monarchie de Juillet quand les républicains (toute ressemblance avec Les Républicains actuels est évidemment à exclure) organisent des concerts de casseroles pour manifester contre le régime de Louis-Philippe. Pendant la Guerre d'Algérie, les pieds-noirs tapaient sur des casseroles pour manifester leur désaccord avec De Gaulle. Dans le Chili des années 1970, la CIA servait la soupe dans les « casseroles vides » qui marchaient contre le démocrate Allende. On le voit, les casserolades n'ont pas toujours été l'apanage de la gauche.

Quoiqu'il en soit, la politique de Macron est bien loin de celle que prônait dans le temps Edouard Herriot. Pour cet ancien maire de Lyon, qui s'y connaissait forcément en politique comme en gastronomie, la politique devait ressembler à l'andouillette : elle devait sentir la merde, mais pas trop. La cuisine politique de Macron pue le faisandé, et la marinade censée adoucir les morceaux risque de provoquer une forte indigestion en 2027. ● Yvan

« Entre les mains de... »

Thierry Hirsch

La féodalité en droit luxembourgeois des XIX^e, XX^e et XXI^e siècles



Le prince William prête allégeance à son père, Charles III

La cérémonie du couronnement de Charles III, Roi du Royaume-Uni etc., comprenait un élément de pure féodalité. Son fils William, Prince de Galles, lui a prêté serment, *tenant ses mains entre celles du roi* : « I, William, Prince of Wales, pledge my loyalty to you. In faith and truth, I will bear unto You as Your liege man of life and limb. So help me God ». Geste féodal du vassal prêtant serment de loyauté et d'assistance *entre les mains* de son seigneur, qui n'a probablement pas frappé trop les esprits, tellement les éléments médiévaux dans cette cérémonie étaient nombreux.

Quid du Luxembourg ? Ce geste n'apparaît pas lors de l'accession au trône d'un nouveau Grand-Duc. C'est alors d'autant plus surprenant que la formule hautement féodale de « prêter serment *entre les mains* de ... » se trouve dans plusieurs textes plus ou moins récents organisant l'État luxembourgeois.

À commencer par la Constitution encore en vigueur jusqu'en juin 2023. On lit à l'article 57(3) : « La Chambre vérifie les pouvoirs de ses membres et juge les contestations qui s'élèvent à ce sujet. À leur entrée en fonctions, ils prêtent le serment qui suit (...). Ce serment est prêté en séance publique, *entre les mains* du président de la Chambre. » Pris à la lettre, les députés y apparaissent comme vassaux du grand Seigneur Fernand Etgen.

Rassurant de voir que le Constituant a récemment fait son travail en rayant cette formule bizarre car très empoussiérée du nouveau texte constitutionnel qui entrera en vigueur le 1^{er} juillet et qui dispose en son article 67 (4) : « À leur entrée en fonction, les députés prêtent en séance publique le serment qui suit (...) ». L'âge de la féodalité au sens strict semble donc terminé dans la Constitution dès le 1^{er} juillet 2023, sortant les députés des ténèbres médiévales.

Laissons jouer au seigneur et vassal les monarches britanniques, si cela les amuse...

Or, d'autres représentants de l'État ne jouissent pas de cette émancipation, même après le 1^{er} juillet 2023, à commencer par les magistrats des juridictions judiciaires : « Le président de la cour [i.e., la Cour Supérieure de Justice] et le procureur général d'État prêtent ce serment *entre les mains* du Grand-Duc ou de son délégué. Les autres magistrats et fonctionnaires dénommés dans l'article 111 ci-dessus [i.e., tous les autres magistrats de l'ordre judiciaire] prêtent le serment lors de leur réception *entre les mains* du président de la cour ou du président du tribunal » (art. 113 de la loi modifiée du 7 mars 1980 sur l'organisation judiciaire ; « *entre les mains* de » apparaît aussi aux articles 56–2(3) et 140).

Notre formule féodale décrivant le rapport entre vassal et seigneur s'applique aussi aux juges des juridictions administratives et des autres fonctionnaires rattachés aux juridictions administratives (art. 28, 33, 68, 74, 92 de la loi modifiée du 7 novembre 1996 portant organisation des juridictions de l'ordre administratif) ainsi qu'aux membres de la Cour Consti-

tutionnelle (art. 17 de la loi modifiée du 27 juillet 1997 portant organisation de la Cour Constitutionnelle : « La réception des membres de la Cour se fait à l'audience publique de la Cour Constitutionnelle. Les membres de la Cour prêtent serment *entre les mains* du Grand-Duc ou de la personne désignée par Lui »). Le cas de la Cour Constitutionnelle, du Tribunal Administratif et de la Cour Administrative est d'autant plus surprenant que les textes de loi y relatifs datent de 1996 et 1997 : à la fin du XX^e siècle, le législateur luxembourgeois garde son langage médiéval, apparemment sans réflexion aucune sur les mots qu'il utilise.

Même histoire, en 2017, concernant la nouvelle loi sur l'organisation du Conseil d'État. Les membres du Conseil d'État « prêtent *entre les mains* du président [du Conseil d'État] le serment » et en cas « de renouvellement intégral du Conseil d'État, la prestation de serment des membres du Conseil d'État se fait *entre les mains* du Grand-Duc ou de son délégué » (art. 9), et les fonctionnaires du Conseil d'État « prêtent *entre les mains* du président du Conseil d'État le serment » (art. 38).

La Police, elle, se voit aussi imposer ces liens médiévaux dans la loi modifiée du 18 juillet 2018 sur la Police grand-ducale, art. 17 : « (...) Avant d'acquiescer la qualité d'officier de police judiciaire, les membres du cadre civil énumérés à l'alinéa précédent prêtent, *entre les mains* du directeur général ou de son délégué, le serment suivant (...). Octroi de la qualité d'agent de police judiciaire pour les membres du cadre civil visés à l'alinéa 4 est soumise à l'accomplissement de la formation prévue à l'alinéa 2, et la prestation de serment visé ci-dessus *entre les mains* du directeur général de la Police grand-ducale ou de son délégué. »

Même les communes n'y échappent pas : « (...) Le secrétaire ou le receveur en commun prête serment *entre les mains* du fonctionnaire désigné par le ministre de l'Intérieur en vue de présider l'assemblée (...) » (art. 16 de la loi modifiée du 23 février 2001 concernant les syndicats de communes).

Voilà seulement quelques exemples trouvés sans grande difficulté sur legilux.lu. Tout cela est bien surprenant alors que le législateur a montré, dès 1979, qu'il connaît une autre formule, elle, moderne : « Avant d'entrer en fonctions, le fonctionnaire prête, *devant* respectivement le ministre du ressort ou le ministre ayant l'Administration gouvernementale dans ses attributions ou leur délégué » [modification de 2018], le serment qui suit (...) » (art. 3(1) de la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État).

D'aucuns diront que c'est le sens qui l'emporte ici sur la lettre. À cela on pourrait opposer plusieurs arguments, en voici deux. Premièrement, selon un principe bien connu parmi les juristes, « un texte clair ne s'interprète pas ». Or, « prêter serment entre les mains de ... » a un sens très clair et précis : il faut juste connaître son histoire du droit et faire preuve d'honnêteté intellectuelle.

Deuxièmement, lors de la prestation de serment du Président Barack Obama en 2009 (cas qui évoque d'ailleurs des souvenirs d'une prestation de serment au Luxembourg en octobre 2000...), le président de la Cour Suprême des États-Unis lui a pré-récité le texte du serment par cœur, mais y a commis deux légères erreurs, l'une de préposition, l'autre dans l'ordre des mots, en disant « I will execute the office of president to the United States faithfully » au lieu de « I will faithfully execute the office of president of the United States ». Alors que les erreurs étaient minimes et qu'elles ne changeaient en rien le sens des mots, le président de la Cour Suprême John Roberts a préféré répéter avec Obama le serment, pour ainsi dire, en toute intimité le lendemain. La Maison Blanche a officiellement déclaré à ce sujet : « We believe that the oath of office was administered effectively and that the president was sworn in appropriately yesterday. But the oath appears in the Constitution itself and, out of an abundance of caution, because there was one word out of sequence, Chief Justice John Roberts will administer the oath a second time. »

Si les États-Unis « out of an abundance of caution » voulaient s'assurer du plus grand respect de la lettre du texte afin d'éviter toute discussion, le Luxembourg devrait se poser des questions et agir.

Car d'après la lettre du texte, ni la Chambre des députés, ni les juridictions judiciaires, ni les juridictions administratives, ni la Cour Constitutionnelle, ni les Parquets, ni le Conseil d'État, ni certaines parties de la Fonction publique ne seraient actuellement correctement composées, alors que personne n'a presté serment *entre les mains* de qui que ce soit : la prestation du serment se fait de façon moderne par simple lever de la main droite, presque à la boy-scouts.

Le Constituant a sur ce point bien fait son travail pour le texte constitutionnel en vigueur à partir du 1^{er} juillet prochain. Que le législateur suive maintenant son exemple et adapte tous les textes législatifs en écartant cette formule féodale, avant qu'un avocat ne vienne remettre en question la validité d'une loi ou la composition utile d'un tribunal ou d'une Cour de justice. Au XXI^e siècle, laissons jouer au seigneur et vassal les monarches britanniques, si cela les amuse... ●

Drames, thrillers, comédies

Alors que tout le cinéma luxembourgeois s'est envolé vers Cannes cette semaine, le Film Fund annonce les décisions du Comité de sélection réuni du 8 au 12 mai. 18 projets sur 29 seront soutenus en aides financières sélectives. Le montant total des aides avoisine 9,5 millions d'euros, dont 425 000 euros pour l'écriture et/ou le développement de projets, une somme plus importante que d'habitude tirée par la future série *Marginal* de Frédéric Zeimet pour Samsa Film qui reçoit 120 000 euros. Côté aide à la production, plusieurs projets de coproductions minoritaires se voient attribuer 1,5 million chacune : La série dramatique *#IBelieveHer* de Mary McGuckian (Iris Productions) sur un procès pour viol qui a divisé l'Irlande en 2018 ; la comédie dramatique *Incrovable !* de Benjamin Massoubre (Bidibul Productions), adapté du roman graphique éponyme ; et deux longs-métrages d'animation. *Séraphine* de Marie Desplechin et Sarah Van Den Boom (Doghouse Films), une comédie historique, où une gamine de douze ans recherche ses origines en 1883, et *The Sunrise File* (Mélusine Productions), un thriller géopolitique dans

lequel un agent du Mossad découvre l'histoire cachée d'une véritable équipe de chasseurs de nazis. *Das Geheime Stockwerk*, un film d'aventure familial de Norbert Lechner (Amour Fou Luxembourg) reçoit 1,38 million. On y verra Marie Jung et Marc Limpach dans le rôle des parents du jeune Karli qui découvre qu'il peut voyager dans le temps. Seul le court-métrage *Weidert* est écrit et réalisé par des Luxembourgeois, Joshua Thil et Laurent Prim (Skill Lab). [fc](#)

M U S I Q U E



Hugo chanté

Le Cénacle était un groupe d'hommes de lettres qui, à la fin des années 1820, se réunissaient la maison de Victor Hugo pour se lire mutuellement leurs dernières œuvres. 200 ans plus tard, le Trio Cénacle, composé de la pianiste luxembourgeoise Michèle Kerschenmeyer, de la soprano allemande Evelyn Czesla et du baryton-basse néerlandais Nico Wouterse, enregistre un CD sur

Victor Hugo avec la composition À *Vianden* du Luxembourgeois Marco Pütz. Le 22 mai au CNA, le Trio (photo : Arek Glebocki) présente son nouvel album *Victor Hugo - La poésie chantée d'un visionnaire* qui comprend des lieder de différents compositeurs (Édouard Lalo, César Franck, Camille Saint-Saëns, Georges Schmitt, Charles-Marie Widor et Marco Pütz) sur des poèmes de Hugo ainsi que des extraits de ses lettres et discours sur la paix en Europe récités par l'acteur Pitt Simon. La soirée sera aussi l'occasion de projeter le court-métrage *Victor Hugo – À Vianden* de James Chan-A-Sue qui met la musique en images et où les musiciens et chanteurs interprètent des personnages de l'époque. [fc](#)

D A N S E

Nus dans le chaos

Chorégraphe et danseur, Saeed Hani Möller est né et a grandi en Syrie. Il a travaillé pour la prestigieuse Caracalla Dance Company à Beyrouth, avant de s'installer à Trèves en 2015. Il travaille avec plusieurs compagnies de la région et fonde la Hani Dance Company. Peaufinée en résidence au Mierscher Kulturhaus, *Khaos*, sa nouvelle création y sera présentée ces vendredi et samedi. Dans la mythologie grecque, Khaos est l'origine de tout, l'espace vide et

insondable au début des temps. Khaos est la déesse de la création et le gouffre entre le ciel et la terre. C'est la masse primordiale de l'univers, composée des quatre éléments de la nature : le feu, l'eau, l'air et la terre. Partant de cette idée que sans chaos, il n'y a pas de création, Saeed Hani suscite un univers avec sept danseurs d'horizons différents. Dans *Khaos*, il superpose des images en combinant la danse contemporaine et le théâtre physique avec l'art visuel. Le chorégraphe propose d'assister « à une bataille entre des opposés : émotion et logique, confiance en soi et insécurité, peur et sérénité, force et soumission... », décrit-il. Le nu sera la partie centrale de ce travail, une déclaration de Saeed « contre les coutumes et les traditions qui sous-estiment la beauté, la puissance et la réalité de notre nature humaine en ne voyant le corps que comme un objet sexuel » (photo : Blackgate Media). [fc](#)



P O L I T I K



Ceci n'est pas une campagne électorale

Richtung 22 hat diese Woche in Esch/Alzette den Gemeindewahlkampf lanciert. Das Künstlerkollektiv wirft dem DP-Kulturschöpfen Pim Knaff in einer Mitteilung vor, das Kulturbudget der Stadt Esch als Wahlkampfkasse zu missbrauchen. Während lokale Vereine teilweise seit September auf Antworten warten und die Budgets für Kunstschaffende immer weiter gekürzt würden, benutze der Schöfferrat „Milliounen un effentleche Gelder“, um noch vor den Wahlen „eng Event- an Ouvertures-Lawin“ loszutreten. Zu Wahlkampfzwecken solle bald die „Rettung“ des Bâtiment 4 verkündet werden, allerdings werde verschwiegen, dass nach den Wahlen Büros des Eventmanagements der Stadt Esch dort unterkommen sollen, heißt es in der Mitteilung. In dem der Gemeinde von Arcelor-Mittal zur Verfügung gestellten Bâtiment 4 waren während des Kulturjahres 2022 mehrere kleinere Organisationen

untergebracht worden, darunter auch Richtung22. Es sollte ein selbstveraltetes Kulturzentrum sein, was aber nur teilweise der Fall war. Während die Stadt ihre neuen Kultureinrichtungen Korschthal und Brüdërhaus sowie große Events wie Nuits de la Culture und Francofolies großzügig unterstützt, hatte sie für die Verteilung der Fördergelder an junge Künstler/innen und lokale Vereine einen Wettbewerb ausgeschrieben. Weil zu viele Anträge eingegangen seien, habe die Jury ihre Entscheidung vertagt. Richtung22 befürchtet, künftig keine Räume mehr im Bâtiment 4 zur Verfügung gestellt zu bekommen und wegen geringer Zuschüsse Projekte nicht umsetzen zu können. Widersprüchliche Aussagen der Gemeindeverantwortlichen hätten „e Klima vun Onsëcherheet, Drock a Ligen“ geschaffen, kritisiert das Kollektiv. Pim Knaff wollte sich am Mittwoch auf *Land*-Nachfrage nicht zu der Angelegenheit äußern. Stattdessen verschickte der für Kultur zuständige Abteilungsleiter eine ellenlange Mail mit den Details zu den komplizierten Bewerbungsverfahren, die Künstler/innen durchlaufen müssen, um eine finanzielle Unterstützung bei der Stadt Esch zu beantragen. Daraus geht hervor, dass die Gemeinde tatsächlich wesentlich mehr Anfragen bekommen hat, als sie Geld zu verteilen hat. Um gewisse Missverständnisse zu klären, habe sie eine Versammlung organisiert, an der Richtung22 bedauerlicherweise nicht teilgenommen habe, heißt es in der Mitteilung. [ll](#)

F E S T I V A L

La crème de la crème (solaire)

Quinze ans déjà que les Rotondes se passent de vacances pour que le mois d'août soit synonyme de fête et de musique. Quand les autres festivals ont démonté leurs scènes, replié leurs tentes, que leur public s'est remis de sa gueule de bois et de ses acouphènes, les Congés Annulés commencent. Du 28 juillet au 23 août, on prend sa crème solaire et son transat en direction de Bonnevoie. Comme toujours, les organisateurs promettent une ambiance décontractée et propice aux apéros qui ne se terminent qu'une fois le soleil couché. La ligne directrice de ce festival est de nous faire découvrir le meilleur de la scène alternative locale et internationale. La soirée d'ouverture offre une touche de couleur locale avec Francis of Delirium, un côté déjanté avec Fat Dog (qui a marqué les esprits au dernier festival Out Of The Crowd) et une « wild card » qui vient de loin, la Japonaise Haru Nemuri. Dès le lendemain, la crème du label Beast Records sera à la fête autour de Chaild. On note déjà à l'agenda la venue des groupes américains A Place To Bury Strangers (30 juillet) et Les Savy Fav (22 août) ou des Irlandais de The Murder Capital (9 août). Les artistes du cru sont bien entendu au programme : Englbrt, Artaban, Tuys, Napoleon Gold, The Cookie Jar Complot, Ice in my Eyes, Edsun, Claire Parsons ou Skibi. [fc](#)

Land

19.05.2023



É V É N E M E N T

Musées à tout faire

La Journée internationale des musées, organisée par l'Icom (Conseil international des musées) se célèbre tous les 18 mai depuis 1977. Le thème choisi pour l'année 2023 est « Musée, durabilité et bien-être », un thème dans l'air du temps, même si la question des liens entre musées et environnement ne date pas d'hier : Dans les archives de l'Icom, on trouve un exposé « museums and environment » de B. Hubendick, directeur du musée d'histoire naturelle de Gothenburg, en Suède en 1971 ou le colloque « Musée-environnement » (à Lourmarin en 1972). L'exposé de Georges-Henri Rivière, fondateur du Musée national des arts et traditions populaires à Paris, compare deux types de musées, d'un côté le musée « traditionnel », couvert, de l'autre le musée « nouveau », l'écomusée, ouvert. L'eau a coulé sous les ponts et la peinture sur les tableaux. L'activisme climatique tel qu'il s'est manifesté dans les musées « témoigne du pouvoir symbolique des musées et de leur pertinence dans les discussions autour de l'urgence climatique », indiquait l'Icom dans un communiqué en novembre dernier.

Au Luxembourg, la célébration des musées a lieu pendant le

week-end, dans le but d'inclure un large public – même si cette année, la concomitance avec l'ING Marathon risque de compliquer l'accès à certaines institutions. Pour les Luxembourg Museum Days de cette année, 37 musées invitent les visiteurs les 20 et 21 mai à découvrir en accès libre et gratuit leurs expositions permanentes et temporaires tout en proposant un programme avec des ateliers, des visites guidées thématiques, des concerts, des activités pour enfants et des démonstrations d'artistes (photo : Icom Luxembourg). Ces activités n'ont malheureusement pas grand-chose (voire rien du tout) à voir avec la thématique internationale. Cette manifestation se borne de plus en plus à de simples journées portes ouvertes en mettant uniquement l'accent sur la diversité de l'offre muséale et le côté *fun* des activités. Il y a pourtant de quoi réfléchir et discuter sur les façons dont les musées peuvent intégrer des objectifs de développement durable, en faveur du climat, de l'intégration ou de veiller à la santé mentale. [fc](#)

MUSIQUE CLASSIQUE

Brahms sans la barbe

Chanceux mélomanes qui fréquent la Philharmonie et qui, grâce à sa luxueuse programmation, n'ont pas besoin d'aller ailleurs pour profiter d'affiches cinq étoiles. Ainsi, le 10 mai, le grand auditorium accueillait l'Orchestre du Concertgebouw d'Amsterdam, avec, à sa tête, Sir John Eliot Gardiner, pour faire la fête au Brahms des *Symphonies n° 1 et 3*, deux monuments symphoniques superlatifs, qui comptent assurément parmi les plus grands chefs-d'œuvre du genre.

Quand Sir John Eliot Gardiner dirige l'éloquent Concertgebouw Orchestra

Aimez-vous Brahms ? titrait Françoise Sagan dans son célèbre roman de 1959. Aujourd'hui, la question ne se pose plus, tant les œuvres du barde nordique sont devenues des *must*. Fleurons du répertoire *mainstream*, les quatre symphonies de Brahms suscitent depuis toujours, selon les chefs et les formations qui leur sont confiées, une myriade d'interprétations. C'est que la richesse inépuisable de ces œuvres aux facettes innombrables ne cesse d'interroger, d'inspirer, de stimuler des artistes aux horizons et aux cheminements divers. Échelonnées sur dix ans à peine (entre 1876 et 1885), elles contredisent la boutade de Debussy, soutenant qu'après la *Neuvième* de Beethoven, la preuve de l'inutilité de la symphonie était établie ! Que nenni ! Justement surnommée la *Dixième* du Titan de Bonn, la *Première* de Brahms, donnée après la pause, reprend le flambeau, mais avec la gravité voire la componction d'un héritier conscient des richesses léguées par son devancier.

Aux commandes de l'une des meilleures phalanges du monde, le leader

britannique y privilégie une articulation franche, une agogique subtile et nerveuse, tout en ménageant des effets de coloration (solos de flûte, hautbois, cor) ainsi que des traits que l'on trouve nulle part ailleurs chez le Hanséate. Dopant les qualités d'un orchestre particulièrement attentionné, il refuse tout pseudo-romantisme, en même temps qu'il donne un aperçu on ne peut plus convaincant de son magistral know-how musical.

En lever de rideau, on a salué la confrontation avec la *Troisième Symphonie* du même compositeur avec beaucoup de sérénité. Avec raison, si l'on s'en tient à la chaleur du son, la discipline de chaque pupitre, l'équilibre tonal et harmonique qui résulte d'un geste unificateur, toujours idéalement proportionné, tel qu'il émane de la baguette experte d'un chef chevronné. Cela dit, si cette *Troisième* a beau être non seulement l'alpha et l'oméga de l'orchestre brahmien, mais encore un chef-d'œuvre absolu, il n'en demeure pas moins qu'elle n'est pas très « payante » : ambiguë, brumeuse par endroits, très difficile à mettre en place et conclue par un *Finale* déroutant, aussi peu triomphal que possible. Ce nonobstant, Gardiner la conduit pourtant au succès le plus éclatant en en donnant une lecture aérée, aux rythmes très libres et aux phrasés diversifiés. Si le premier mouvement est un peu moins réussi que les autres, notamment en termes d'équilibre entre les pupitres, la suite est une pure merveille, avec un Andante tout de poésie discrète, sans surcharge, et qui a la fraîcheur d'une soirée d'été. Le Poco allegretto prolonge cette atmosphère d'équanimité pondérée et légère. Quant au *Finale*, Sir Gardiner y réussit la gageure d'en faire une véritable dentelle sonore (l'incipit de l'Andante !). Tout au long de cette symphonie, tous les pupitres du Concertgebouw se comportèrent glorieusement, spécialement les cordes, qui ont sans doute été les vraies héroïnes de cette soirée, dans la mesure où elles n'ont pas eu de mal à faire jeu égal avec le souffle puissant et énergique des cuivres.

Une belle leçon de musique, et qui relève du grand art ! On est loin, très loin de la routine, avec un maestro alliant le feu romantique et l'élégance classique, et dont la direction sérieuse, rigoureuse, retenue mais dotée d'un bout à l'autre d'une profondeur dramatique, en fait un brahmien averti. ● José Voss



John_Eliot_Gardiner

Dans l'air du temps

Kévin Kroczek



Le groupe Tele-Port

La voix de Greta Thunberg raisonne dans le grand auditoire du centre culturel Opderschmelz. Des sourcils se froncent de part et d'autre de la salle. La militante suédoise ne s'est pas déplacée à Dudelange pour autant. Un extrait d'un de ses discours est en fait samplé sur scène par Julie Campiche, harpiste suisse qui présente le dernier projet de son quartet, *You Matter*. Les choses sont posées d'emblée. La musique sera engagée. Au micro, elle plaide la cause des exilés, conchie l'obscurantisme politique puis évoque les questions écologiques et féministes. Certes, les plus sévères diront qu'on a vu plus original. Mais il faut reconnaître à quel point elle sait magnifier ses engagements en musique. Avec Leo Fumagalli au saxophone, Manu Hagmann à la contrebasse et Clemens Kuratle à la batterie, Julie Campiche propose une musique monde, aussi fragile que généreuse, aussi expérimentale que maîtrisée. Lors d'un long solo, ses pincements de la harpe provoquent un frisson du haut de l'échine aux genoux. En ce jeudi 11 mai soir, le festival Like a Jazz Machine s'annonce promoteur et assurément dans l'air du temps.

Comme chaque année ou presque, Sylvain Riflet est au programme. Le saxophoniste français a son rond de serviette à Opderschmelz. Il est un peu ce cousin éloigné qu'on adore retrouver aux grandes occasions. Celui dont on se dit qu'il ne sait plus quoi inventer pour nous surprendre. Avec la clavieriste Bettina Kee et le batteur Vincent Taeger, ils forment le trio TRIPLE qui propose une musique inclassable. Tandis que les premières minutes laissent présager un set du tonnerre, un couac technique fait son apparition. Le saxophoniste n'a pas de retour de son sur scène et perd son sang-froid. Il prévient l'audience entre deux morceaux « le premier qui m'emmerde va passer un sale quart d'heure ». La tension arrive à son comble lors d'une passe d'armes sans queue ni tête au sujet d'Elon Musk. Avec *We want stars, not satellites !* le musicien s'engage poétiquement contre le milliardaire. Une spectatrice l'interpelle, arguant que Musk est un parangon de la liberté d'expression. Riflet, dubitatif, clôt le débat par un cinglant « vous avez aussi la liberté de partir ». Ambiance. La nappe organique générée par la shruti-box de Sylvain Riflet, étonnant instrument indien qu'il trimballe depuis quelques années, forme un mariage heureux avec les effets sonores ultra référencés de Bettina Kee. Taeger, ancien batteur de Poni Hoax et des Jazzbastards, coordonne le tout. On se laisse prendre au jeu.

Cette journée chargée est clôturée par un concert de Aka Moon, groupe de jazz belge qui fête ses trente ans d'existence et sa discographie riche de 25 projets. Fabrizio Cassol au saxophone, Michel Hatzigeorgiou à la guitare basse

et Stéphane Galland à la batterie, assoient leur autorité naturelle. Maîtrisée de bout en bout leur musique fait l'unanimité.

Le lendemain, le collectif du jeune batteur luxembourgeois Mathieu Clement est mis à l'honneur. La presse autochtone lui prédit déjà un avenir radieux. Charge à lui de confirmer, du moins de convaincre en moins d'une heure le public du festival qui est somme toute exigeant. Avec Felix Rossy à la trompette, Asger Nissen au saxophone alto, Victor Fox au saxophone tenor, Leandro Irrargarri au piano, Miloš Čolović à la contrebasse et Mathieu Clement donc à la batterie, la formation présente le fruit d'une résidence sur les lieux. Leur proposition, menée tambour battant, ne sort à aucun moment des sentiers battus mais a la mérite de tenir son cap. Des hésitations dissimulées mais perceptibles n'ont pas raison de la fluidité des morceaux. Le temps passant, la troupe se détend et le set prend tout son sens. C'est lorsque les musiciens détournent enfin leurs regards de leurs partitions et qu'ils commencent à jouer pour leur propre plaisir, que celui-ci devient communicatif. Le quartet du saxophoniste israélien Shauli Einav prend la suite. Laurent Coulondre aux claviers, Paul Wiltgen à la batterie et Eran Har Even à la guitare électrique offrent un jeu rond et réconfortant pour une soirée sans turbulence.

Le troisième jour marque le retour des quatre garçons dans le vent qui composent Tele-Port. Cette formation étonnante mixe le jeu des trois incontournables musiciens locaux Jeff Herr, Jérôme Klein et Pol Belardi au saxophoniste russo-londonien Zhenya Strigalev. Tele-Port avait fait sensation lors de l'édition 2019 mais le soufflé était retombé assez vite. Le trip provoqué par ce premier concert en forme de joyeux bordel nous faisait penser qu'il valait mieux en rester là. Un one shot mémorable. C'était sans compter sur le quatuor qui a décidé d'étirer la formule avec de multiples concerts inégaux pour un disque qui n'a pas su retranscrire la folie de la disposition initiale. Mais voilà que ce festival marque leur retour avec des compositions inédites. Les interventions du saxophoniste, portant une couronne gonflable sur la tête, sont toujours aussi ludiques. Tout comme ses envolées redevennent jouissives. On leur pardonne tout. Plus tard, et avec un peu de retard, la formation du bassiste adulé Stanley Clarke offre un show à l'américaine de près de deux heures. On se prosterne face aux joutes *show off* entre la basse du leader et les baguettes de Jeremiah Collier et on reste de marbre face au numéro de Natasha Agrama, vocaliste passagère du spectacle. La soirée affiche complet. Elle se prolonge avec une afterparty à la nouvelle Kantin op Neischmelz où on trinque au succès de cette onzième édition. ●

On se prosterne face aux joutes show off entre la basse de Stanley Clarke et les baguettes de Jeremiah Collier

PHOTOGRAPHIE

L'identité des innocents

Marianne Brausch



Vue de la série *Asylum of the Birds*

L'exposition de Roger Ballen à la Valerius Gallery, ne peut que s'appeler *Into the Ballenesque*, comme l'univers qu'il a créé pour sublimer des « damnés de la terre » d'Afrique du Sud. On a encore jusqu'à ce samedi pour aller voir ces scènes composées dans un espace clos. Les photos sont toujours carrées, en noir et blanc, prises au flash. L'espace en soi n'a pas d'importance, sinon pour la prise de vue. Il symbolise un enfermement physique et mental. C'est un premier indice pour comprendre les 18 photographies de Roger Ballen des séries, *Shadow Chamber* (2001-2004), *Boarding House* (2004-2007) et *Asylum of the Birds* (2005-2013), qui illustrent avec des éléments bruts, une condition humaine d'un dénuement total.

Avec l'espace clos, un autre indice de l'impossible communication, ce sont des fils métalliques qui pendouillent ou sont maillés

en forme de cage, voire prennent la forme d'une pellicule photographique (*Unwind*, 2013). Ce fil apparaît pour la première fois dans le portrait *Sgt F. de Bruin, Department of Prisons Employee, Orange Free State*, (1992), qui fait partir de la période documentaire de Roger Ballen. Le gardien de prison pose de face et on dirait que le fil lui traverse le cerveau en entrant une oreille et sortant par l'autre. Roger Ballen, né en 1950 à New York, qui vit depuis le début des années 1980 à Johannesburg, photographia cette « trogne » dans le cadre d'une de ses missions de géologue, son métier, dans les villages reculés d'une région minière. *Dorps, Small Towns of South Africa*, parut en 1986.

Avec *Platteland* (1994), du nom de la région Roger Ballen devient célèbre. Le portrait des deux frères jumeaux Dressie and Caisie (*Twins*, 1993), attira l'attention comme documentation anthro-

pologique et, à l'international dans les milieux intellectuels et le monde de la culture, aussi comme portraits photographiques. Mais, le travail de Roger Ballen qui montrait des Blancs dégénérés, fit scandale à l'époque en Afrique du Sud. La société blanche ne voulait pas voir ces ouvriers miniers blancs exploités, oubliés dans des conditions de vie sordides, repliés sur eux-mêmes, consanguins.

Sur les murs moisies et sales de ces « cours des miracles », Roger Ballen lui découvrait autre chose : des dessins enfantins de l'ordre de l'art brut. Il les utilisera après les années 2000 dans ses mises en scène où on ne verra plus les vrais visages mais ces dessins, portés en masque. Il en va ainsi de l'enfant dans *Look Alike* (2012). Dans cet univers sordide, celui qui enfant se demandait pourquoi il ne pouvait pas voler comme les oiseaux, introduira la colombe blanche. On la voit, dans les photographies exposées à la Valerius Gallery, comme symbole de pureté bien sûr, d'innocence et de possible liberté. Ballen, homme de la contre-culture et anti-système, ira pourtant jusqu'à lui consacrer une « résurrection » quasi religieuse dans *Ascension* (2013). Plus prosaïquement, on ne voit qu'elle comme élément vivant dans la main d'un corps d'homme qui sort d'un manteau. (*Headless*, 2005).

Loiseau peut aussi cacher le visage. Ainsi de l'aile blanche d'un oiseau (*Blinded*, 2005). On peut se demander qui est aveuglé : nous, qui regardons la photographie prise au flash ou l'homme qui sans doute va tordre le cou à l'oie. Car si les personnages ballenesques nous touchent par leur innocence, leur monde réel est brutal. Dans *Bite* (2007), un homme introduit son doigt dans la gueule d'un serpent. C'est un jeu à la vie à la mort. Instinct vital aussi, la sexualité : dans *Excited Man* (2001), Roger Ballen montre le visage excité d'un homme la tête dans l'entre-jambe d'une immense ourse en peluche. Plus politiquement correct, dans *Playroom* (2012), des marionnettes à têtes d'animaux conduisent un landau avec un poupon comme ses modèles se représentent eux-mêmes.

Telle une ébauche d'êtres humains, *Into the Ballenesque*, c'est la sublimation de l'innocence dans le cadre de *Rethinking Identity* de l'EMOP 2023. Et montrer comment un photographe donne une identité à l'impossible. ●

CINÉMASTEAK

L'halali d'Ali



Des amours impossibles

Rien de mieux qu'un genre populaire comme le mélodrame pour répandre le plus largement possible des idées progressistes à travers des émotions. Telle est en tout cas la stratégie esthétique-politique pour laquelle a opté Rainer Werner Fassbinder (1945-1982) dès ses débuts derrière la caméra, empruntant tour à tour les conventions du film noir (*L'amour est plus froid que la mort*, 1969), du western (*Whity*, 1971), de la série TV (*Acht Stunden sind kein Tag*, 1972), puis celles du mélodrame sous la tutelle de son compatriote Douglas Sirk (1897-1987), exilé aux États-Unis depuis la Seconde Guerre mondiale. Né symboliquement en 1945, Fassbinder est l'enfant de cette société allemande déchue ; il trouvera en Sirk une figure paternelle dont il poursuivra l'héritage humaniste. Histoire d'amour entre une veuve (Jane Wyman) et son jardinier (Rock Hudson) en prise avec les mœurs de la petite bourgeoisie américaine, *All The Heaven Allows* (1955) de Douglas Sirk est en effet le modèle hollywoodien dont s'empare Fassbinder pour réaliser *Tous les autres s'appellent Ali* (1974). La ligne de démarcation opérée dans ce dernier film n'est plus tant sociale – Ali est ouvrier, Emmi est femme de ménage – qu'elle ne se situe sur le double front de l'âge (Emmi est une vieille femme par rapport à Ali) et de la nationalité, c'est-à-dire de la naissance (Emmi est Allemande, Ali est Marocain, soit un « citoyen de seconde zone »).

Il suffit de regarder les premières images de *Tous les autres s'appellent Ali* pour aussitôt comprendre que nous sommes face à un grand film. Tout part d'une situation provoquée par le hasard (dehors il pleut, il faut donc s'abriter) : Emmi (Brigitte Mira) pénètre dans un bar qui se trouve être fréquenté par de jeunes immigrés marocains. Elle y fait la rencontre d'Ali (El Hedi ben Salem, qui fut par ailleurs l'amant de Fassbinder), un jeune homme élégant et fier qui, mis au défi par l'une de ses connaissances féminines, l'invite à danser. Après une valse et quelques mots échangés, tous deux repartent ensemble, disparaissant sous les yeux incrédules de l'entourage d'Ali. Quel peut être l'avenir de cet improbable couple maudit, piégé de toutes parts, tant par l'entourage d'Ali que par le voisinage d'Emmi ? Aucun mélange, aucune cohabitation ne semble possible entre amants de nationalités différentes : tel est l'amer constat que pose Fassbinder. Car la mesquinerie humaine n'a, semble-t-il, aucune limite dans l'Allemagne d'alors, elle-même divisée en deux parties opposées depuis l'érection du Rideau de fer. Alors qu'elle est depuis longtemps abandonnée de tous, à commencer par ses propres enfants, Emmi devient soudainement le centre de l'attention collective dès lors qu'elle accueille chez elle cet « Arabe »... Ce sont tout d'abord les mégères de l'immeuble qui commencent à alimenter les cancans, relayés ensuite par le propriétaire de l'immeuble qui demande à Emmi de ne pas héberger d'étranger. Puis c'est au tour de l'épicier de refuser de servir Ali, et enfin les propres fils d'Emmi, qui ne supportent pas que leur mère soit heureuse avec un homme à la culture et à la couleur de peau différentes. Toute une galerie d'affreux personnages – à la fois ternes, froids et antipathiques – est réunie dans ce film par Fassbinder.

Comme dans les tableaux de Francis Bacon, il n'y a nulle issue possible : les amants sont fatalement enfermés dans une cage sociale. L'amour est mise à mal sous la force de cet étau moral, qui n'est autre que la force de la peur, des préjugés, de la méchanceté, qui conserve les injustices de ce monde, ainsi que le dit bien le titre original du film (*Angst essen Seele auf*). Même Emmi ne serait pas vraiment Allemande, selon une voisine : parce que son nom sonne Polonais, parce qu'elle serait juive ? On l'ignore. Rester à jamais une étrangère aux yeux des autres, voilà le drame. ● Loïc Millot

Angst essen Seele auf (RFA, 1974, vost EN, 92') est présenté dimanche 21 mai à 17h30 à la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg

THÉÂTRE

Les sables mouvants de l'ambiguïté

Josée Zeimes

Le titre de la récente création au Théâtre national du Luxembourg *Homme sans but* (2007) est en quelque sorte prémonitoire en ce sens qu'il évoque quelqu'un de désorienté, sans objectif, qui semble flotter dans la vie. Nous découvrons rapidement un monde déshumanisé, un univers glacial, que la metteuse en scène Sophie Langevin fait défiler dans une mise en scène sobre qui montre l'homme dans ce qu'il peut avoir d'effrayant.

Pourtant le début du spectacle charme. Le regard plonge au fond d'une sorte de cube pour se focaliser sur un beau paysage nordique, la projection vidéo (Jonathan Christoph) d'un fjord lumineux, en Norvège, un endroit idyllique qu'un architecte fortuné et visionnaire, Peter (incarné par Denis Jousselein), le seul personnage à porter un nom – les autres se situant par rapport à lui – a déniché pour y bâtir une ville de rêve. Il explique son plan à son frère et fidèle collaborateur, qui, curieusement, est désigné simplement de Frère (Régis Laroche).

Dès ce moment un signe alarmant : l'accord du propriétaire des terres (Francesco Mormino), qui refuse de vendre, même après l'offre d'une prodigieuse somme d'argent, est finalement obtenu par la force. Il devient un collaborateur puis l'assistant. La ville est construite, se développe, elle devient florissante.

Dix ans plus tard l'architecte tombe malade. S'ensuit un tournant radical. Le décor change, devient chambre d'hôpital. Des membres de la famille surgissent : une ex-épouse, Femme (Laetitia Pitz) puis Fille (Marie Jung). Peter meurt, laissant Frère seul héritier de l'empire. Apparaît Soeur (Garance Clavel) qui fait allusion à d'autres membres de famille, qui surgissent, ex nihilo. L'auteur Arne Lygre crée un simulacre de famille, les êtres étant réduits à leur apparence.

Ambiguïtés et fantômes s'en mêlent. Ce qui réunit et lie tout ce monde, c'est l'argent, beaucoup d'argent. Au cours de la dernière partie, des enveloppes bien garnies sont distribuées. Tous sont payés pour agir selon le bon vouloir de Peter. Finalement sa belle maison est saccagée : ses précieux objets sont éparpillés, chacun se sert, seul Frère semble y mettre un peu d'ordre.

L'auteur dramatique et romancier norvégien Arne Lygre (dont c'est la première pièce montée au Luxembourg) crée moyennant une écriture sobre, concise et par moments minimaliste, un

univers singulier, surprenant qui sème violence et angoisses. Sa fiction étrange, bien construite, s'apparente au virtuel. L'argent mène à tout, une famille, une histoire, des sentiments. Des illusions se créent grâce à l'argent. Le capitalisme s'insinue partout.

Un monde effrayant et pourtant des liens avec la réalité, avec notre monde se tissent. Nous pouvons, à l'issue de la représentation, nous demander qui nous sommes. Quelle image voulons-nous donner de nous-mêmes ? Quel rôle jouons-nous à une époque où le virtuel prend une telle importance ?

Pour mettre en scène *Homme sans but* Sophie Langevin opte pour un travail précis et suggestif, qui met l'accent sur un jeu « neutre » et une collaboration fructueuse avec la scénographe. Anouk Schiltz (responsable aussi des costumes aux teintes neutres) a conçu une boîte scénique, installée sur l'espace du plateau, largement ouverte côté public, qui pointe au début vers la projection vidéo du fjord pour le cacher ensuite moyennant un large rideau de voile blanc et couper de l'extérieur la chambre d'hôpital de Peter qui devient, après sa mort, sa maison vide.



Marie Jung et Denis Jousselein

VITRAUX, MANUSCRITS, IMPRIMÉS

Imageries troyennes

Lucien Kayser

De l'Église de la Madeleine à la Médiathèque Jacques-Chirac, de l'origine du monde à Chrétien de Troyes

Non, nous ne retournerons pas dimanche dans la ville de l'Aube, malgré les liens que son club de football avait tissés naguère, distendus très vite cependant, avec un club luxembourgeois. Nous n'irons pas encourager l'Estac dans ses efforts désespérés contre la relégation. Il est heureusement d'autres raisons de visiter Troyes, à commencer par ses vieux quartiers et leurs maisons à colombages colorées ; elles remontent bien loin, la plupart au seizième siècle, telles églises gothiques plus loin encore. Et puis l'on vous dira ce que la ville doit aux Romains, située sur une voie ancienne importante, profitant après du côté intellectuel de Clairvaux, du côté commercial de la production de champagne.

La Médiathèque Jacques-Chirac, installée depuis 2002 dans un bâtiment contemporain, dû

aux architectes Dominique Lyon et Pierre du Besset, compte une salle des documents d'une longueur de terrain de football, des rayonnages sur 17 paliers diminuant en hauteur plus on monte, la salle elle-même se rétrécissant d'un côté ce qui accroît l'effet de perspective. Pas étonnant que la conservatrice a commencé à faire admirer aux visiteurs des Amitiés françaises des imprimés plus récents, façon de dire, s'agissant quand même d'exemplaire de l'Encyclopédie du 18e, pour rebrousser chemin dans le temps, et finir avec les petites merveilles enluminées d'un livre d'heures du quinzième. La richesse de la Médiathèque vient notamment de la confiscation révolutionnaire des collections de l'abbaye de Clairvaux, avec le label Unesco « Mémoires du monde » ; il est d'autre part des regrets, tout aussi forts.

Troyes, bien sûr, la ville se trouve associée le plus souvent au nom de Chrétien, à qui on attribue la naissance du roman français. Son identité reste incertaine, ce qui est sûr, c'est qu'il a été à la cour de Marie de Champagne à qui il a dédié entre autres textes son *Chevalier de la Charrette*, en l'occurrence l'histoire de Lancelot : « la matière et le sens lui sont donnés/ par la comtesse, et lui, il y met/ tous ses efforts, sans rien ajouter d'autre/ que son travail et son application. » Premier romancier français, oui, non seulement par l'emploi de la langue, il s'est séparé de l'histoire pour créer des récits « romanesques », faire de la fiction donc.

Les manuscrits les plus anciens des textes de Chrétien de Troyes, d'où les regrets, sont à Paris, à la BNF. Ils datent de 1205 à 1220, n'ont été redécouverts qu'en 1933, dans les archives d'un notaire ardéchois ; ils avaient avant servi, chez un autre notaire, champenois lui, à relier des dossiers. Sur une lettrine historiée nous éblouit un portrait de la comtesse Marie de Champagne.

La salle des documents de la Médiathèque Jacques-Chirac



À Troyes, parmi leurs trésors, il faut avancer de deux siècles, à la fin du quinzième exactement, et aux premiers imprimés, pour retrouver Lancelot, en compagnie des chevaliers du roi Arthur, autour d'une table, ronde comme il se doit, garnie de mets, tentures et draperies autour. Les romans de chevalerie eurent la faveur à l'époque, et à partir de 1485, des ateliers de copistes se muèrent en imprimeries, comme Antoine Vé-

rard, à Paris, à qui on doit l'exemplaire daté de 1494, enrichi de onze bois gravés.

Plus ancienne église de Troyes, Sainte-Madeleine fait admirer en premier son jubé, de parrelles tribunes, il n'en reste que peu en France. Un véritable travail de dentellerie, en pierre toutefois, du gothique flamboyant pur (du début du seizième siècle). Et derrière le chœur, les vitraux

ne ravissent pas moins ; passons sur la présence normale des donateurs, pour nous attarder à la figuration de la création du monde, bande dessinée de l'époque, et en particulier celle des astres où le peintre verrier a subtilement joué de l'intégration des plaques et des pièces de verre. Une origine du monde qui, contrairement à d'autres, doit conduire en voie droite au salut, à la rédemption. ●

BANDE DESSINÉE

À chacun son Katmandou

Pablo Chimienti

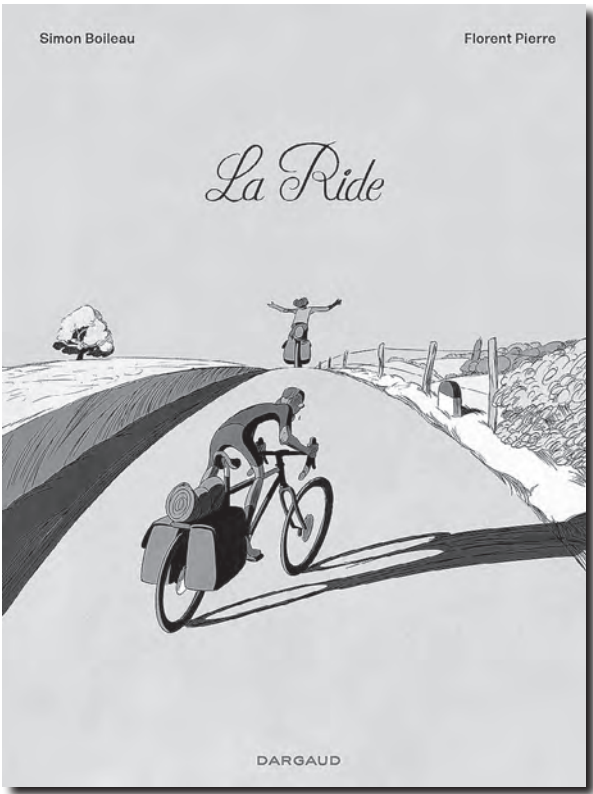
Pierre est un de ces livreurs de pizza, de bo bun, de sushi, mais aussi parfois de courses ou de plantes qu'on croise dans toutes les grandes villes. Une application lui transmet les commandes, le temps imparti et l'adresse des clients... Elle le maintient surtout constamment sous pression : « N'oubliez pas votre plus beau sourire pour nos clients », écrit-elle, tout en sachant que les clients, eux, vont laisser leurs appréciations, surtout négatives, selon la température ou le goût des plats commandés.

Une des spécificités de Pierre est qu'il fait ses livraisons à vélo ; un vélo de course tout simple, même pas électrique. Du coup chaque montée est un sacrifice, chaque descente, une prise de risque et comme chaque seconde compte, chaque feu rouge est une perte de temps. Bref, un néo-prolétaire à la sauce Uber et compagnie. Le jeune homme se donne à fond. La preuve : « Vos efforts paient. Vous êtes classé parmi le top 25 des livreurs Foodista » lui dit l'application, puis « Vous venez de faire votre 7 231^e kilomètre avec nous, soit la distance Paris-Katmandou » ajoute-t-elle, histoire de le remotiver. Une phrase qui va, à l'inverse, remettre en cause son quotidien.

Katmandou est un nom qui sont bon l'ailleurs, l'Orient, l'aventure... Tandis que lui, sur son deux-roues, n'a jamais quitté Paris. Et puis, de ces 7 231 kilomètres à pédaler, il ne semble pas vraiment avoir pris du plaisir à en faire un seul d'entre eux, l'appli constamment dans les oreilles, le sac constamment sur les dos et le stress plein la tête. C'est décidé, il arrête ! Pas le vélo, mais cette vie de livreur payé au lance-pierre. Il a besoin de se mettre au vert, de partir à l'aventure et appelle donc son vieil ami Florent.

Lui, vient de décrocher un « taf de rêve » dans une grande agence de pub. Une de ces boîtes très « smart » à la culture d'entreprise « very insightful », avec un « open space », un bar à fruits et smoothies à volonté et un « espace chill » où on peut « work hard, play hard » à condition de « work hard d'abord, hein », précise le manager. Le voilà « pei-nard » se dit Florent. « Finis les fins de

mois difficiles... les imprévus... la vie d'artiste... ». Finie aussi, du coup, « l'aventure... » Ni une, ni deux, il retarde la signature de son contrat d'une semaine. Et voilà les deux compères, une fois les pneus gonflés, les chaînes graissées et les cuissards enfilés, prêts à se lancer en direction de leur Katmandou.



Ils ont cinq jours pour faire leur « ride » – à prononcer à l'anglaise. Impossible donc d'atteindre le Népal. Leur destination doit être plus modeste. La Bretagne alors ? « Bof, trop de flotte ». Le Nord ? « Trop froid ». L'Alsace ? « Trop gras ». C'est clair, les deux ont eu le temps de se pariser. Ce sera finalement la Bourgogne et plus précisément la maison des parents de Florent à Saint-Gengoux-le-National, en Saône-et-Loire. Autrement dit, très exactement 499 kilomètres en effleurant le Gâtinais, en suivant l'Yonne et en passant par le Morvan.

Un sacré petit parcours certes, mais rien d'extraordinaire. Juste un voyage dans « la diagonale du vide », cette large bande du territoire français allant de la Meuse aux Landes où les densités de population sont relativement faibles. Une manière low coast de larguer les amarres, de quitter la folie parisienne, de sortir « des sentiers battus », de la France « hyper-googlemapsée ». Une aventure à bicyclette. « *Le moyen de transport le plus rapide du monde : à peine les fesses posées sur la selle, on est déjà ailleurs* » peut-on lire dans l'album.

Les deux compères vont devoir passer le périple, trouver la sortie dans le labyrinthe de la proche banlieue, dépasser les zones industrielles inhumaines... pour finalement passer la nuit chez un copain banlieusard qui est rapidement rentrée chez lui en RER. À vélo, comme à pied – Étienne Davodeau l'a également rappelé il n'y a pas bien longtemps avec son Droit du sol –, l'espace-temps est tout autre. Enfin, on prend le temps ! Les deux vont ensuite dépasser les zones pavillonnaires aux maisons toutes identiques pour enfin atteindre la nature et les petits villages où, à priori il fait bon vivre.

Leur périple sera fait de sueur, de faim – avec toutes villages déserts où il n'existe plus ni supérette ni boulangerie et où finalement « un plat sans prétention » d'un resto-routier « se change en festin ». Il sera fait de galères aussi. Il sera fait également de petites

et grandes victoires, contre les autres, contre eux-mêmes, contre les éléments. Il sera surtout fait de rencontres, des moins bonnes – une bande de cyclistes sprinteurs au matériel de pointe et à la bêtise chevillée au corps –, mais surtout des bonnes, comme les routiers et Corinne la patronne des lieux, et surtout Christian, le paysan-mécano-héros qui les hébergera et qui réparera leurs vélos abîmés par les kilomètres.

L'histoire, tirée de la véritable échappée belle réalisée par les deux auteurs, est à la fois simple et fabuleuse, dramatique et drôle, universelle et introspective. Il est question de découverte, de voyage, de dépassement de soi, d'amitié, mais aussi de réflexion sur la vie, sur la nostalgie, sur ce qui est vraiment important. Bien que sentant la transpiration et les douleurs musculaires, le récit, demeure calme et contemplatif. Tout en arrivant à rester léger, il est aussi empli de poésie et de réflexions philosophiques.

Une histoire riche et variée, adaptée à la bande dessinée par Simon Boileau, portée par le dessin stylisé, tout en rondeur, très expressif et ultra coloré de Florent Pierre. Les cases disparaissent quand cela est nécessaire, voire deviennent pentues quand la route des deux copains prend ou perd de l'altitude. On regrette des didascalies pas toujours évidentes à lire, mais pour le reste, cet album offre une belle bouffée de fraîcheur. Pour un premier album, c'est une réussite. On comprend aisément que le récit ait remporté le premier prix de BD numérique au Festival d'Angoulême en 2020. Et on est ravi de l'avoir, enfin, entre les mains dans sa version physique.

Un premier album insolite, frais et agréable pour une grande aventure, à petite échelle. ●

La Ride, de Simon Boileau et Florent Pierre. Dargaud

La recette du succès

Patrick Jacquemot

Il ferme les yeux et se souvient. Chez lui, enfant, en région parisienne. La cuisine. La maman. Les odeurs. « Il y a des notes sucrées-salées, de curry, de curcuma, de beurre clarifié... ». À 29 ans, Simon Loutid n'a rien oublié. Et sans doute le goût des recettes développées aujourd'hui remonte-t-il à ces heures heureuses.

Mais avant que le jeune homme ne devienne, ici au Grand-Duché, Simon le financier, il aura fallu du temps. Des années et un chemin inédit. Avec son master en audit contrôle de gestion et reporting en poche, une carrière de contrôleur financier débutant à l'Université de Luxembourg, sa voie semblait toute tracée : une dose de chiffres, une pincée de tableau Excell. Sauf qu'un beau jour, le col blanc en a voulu plus. « J'avais besoin d'un travail qui offre plus de liberté et qui réponde à cette âme d'entrepreneur que j'avais en moi. » Il était l'heure d'oser, se lancer, bousculer les codes pour passer (et obtenir) un... CAP Pâtisser.

Un cursus pas commun, Simon le reconnaît mais, après tout, à chacun les ingrédients de sa vie. « Quelques années auparavant, au cours d'un volontariat en entreprise à Turin, je m'étais retrouvé avec un four juste pour moi. Ce que

j'avais réussi à sortir comme gâteaux et le bonheur que cela m'avait apporté de confectionner, chauffer et sortir quelque chose de bon : c'est ce que je voulais retrouver ! »

Quelques mois de réflexions, histoire de soigner son concept, son marque et son image et de se trouver des partenaires. Quelques appels aux bonnes volontés pour le soutenir via une campagne de financement en ligne et déjà plus de 200 précommandes l'attendaient à l'heure d'ouvrir Simon le financier en septembre 2022.

« Financier » comme le business dans lequel il aurait dû évoluer. Mais surtout « financier » comme le succulent petit gâteau à base de poudre d'amandes et de blancs d'œufs dont il s'est fait une spécialité. En plus de ces pâtisseries, il propose aussi des cookies et des moelleux : voilà son fond de commerce. Il faut croire que ce trio est particulièrement savoureux puisque déjà ses pâtisseries sont distribuées dans une douzaine de points de vente au Luxembourg.

Les gourmands du Pall Center d'Oberpallen ont eu la primeur et depuis ses gâteaux s'arrachent... comme des petits pains. Il faut dire qu'en plus des saveurs, des textures et des cuissons, Simon a su mettre une touche particulière à ses préparations. Sa gamme ne contient ni conservateurs, ni addi-

tifs. Mieux, on y trouve un parfum de solidarité, d'humanité, de générosité clairement identifiable. C'est en effet au Bakatelier de la Ligue HMC (où travaillent des personnes en situation de handicap) que le pro du fournil a confié le soin de confectionner les gâteaux. Simon a calculé les justes dosages et transmis la fiche technique secrète de fabrication. « Cela collait parfaitement avec mes valeurs personnelles... ».

Reste maintenant à Simon le financier à conquérir plus de petites faims luxembourgeoises encore. Enthousiaste, il entend bien (dé)montrer que sa marque « peut faire rimer qualité, santé et plaisir ». Une poésie qui, au milieu de la farine, ne l'empêche pas de réentendre la réalité sonnante et trebuchante du chiffre d'affaires. « Résultat, en fonction des jours, je suis plus comptable que pâtissier et le lendemain l'inverse », rigole le bientôt trentenaire qui a déjà d'autres gâteaux sous sa toque. « Je suis généreux, je ne vais pas m'arrêter en si bon chemin ! »

Fermez les yeux à votre tour, inspirez et imaginez quels seront vos desserts favoris demain. Il se peut que Simon le financier ait la recette magique pour vous satisfaire. ●



Simon Loutid, passé de la finance aux gâteaux

Sven Becker

Stil

LE PROJET



La Bajada

La cuisine péruvienne est de plus en plus prisée à travers le monde. Le Luxembourg en connaît une version classique avec les deux adresses Mad about Peru (à Luxembourg et à Dudelange) et, jusqu'il y a peu, dans sa version gastronomique au Kay au Casino-Luxembourg. Le

resto du centre d'art n'a pas duré, mais son chef, Gerson Atalaya poursuit sa mise en avant des techniques et produits de son pays. En attendant de rassembler des moyens et de trouver un local, il propose sa cuisine façon *dark kitchen*, à emporter. La Bajada, qu'on pourrait traduire par « j'ai la dalle », propose chaque samedi un menu créatif. Les recettes ont été spécialement adaptées pour les plats à emporter : les sauces et les garnitures sont servies séparément pour garder le croquant et plusieurs recettes sont à manger froid. Cette semaine, on peut découvrir une *causa* (sorte de boulette) péruvienne croustillante de purée de pommes de terre, agrumes et piment péruvien avec une mayonnaise au miso, du maquereau vinaigré et une émulsion de couteaux de mer (photo : @la.bajada.lux). Le plat est d'inspiration italo-

japonaise avec des gnocchis toastés au beurre, un tonkatsu au thon et une sauce aigre-douce. Le dessert est un beignet farci au lemon curd, thé vert et jalapeño. Le menu complet est proposé à 29 euros. On passe commande jusqu'au jeudi par téléphone (621 399 928) et on va chercher ses plats le samedi au Parc de Merl ou à Hamilius. [fc](#)

L'ENDROIT

Prêt à manger

Annoncé depuis 2019, l'enseigne britannique Prêt à manger vient d'ouvrir au Royal Hamilius. Quand la chaîne créait son premier point de vente en 1986 à Londres, cette offre de sandwiches en triangle était tout à fait nouvelle et

exceptionnelle (photo : [fc](#)). Depuis, le format et les recettes se sont standardisés, mais la règle de la préparation sur place est toujours de mise pour garantir la fraîcheur (même si pas mal de produits



arrivent congelés en cuisine). Le goût british se lit dans les propositions – cheddar chutney, super club (poulet, bacon, tomate, salade, mayonnaise), BLT (bacon, laitue, tomate) – complétées par des recettes plus françaises comme une baguette jambon-beurre. Une offre chaude est également disponible avec des croques (appelés *toasties*), mais aussi des plats mijotés internationaux comme une blanquette, un couscous ou un poulet tikka masala. La direction mise surtout sur la restauration à emporter, l'établissement ne comptant que 25 places. Avec l'annonce de l'arrivée prochaine d'un Starbucks de l'autre côté de la place, on peut regretter que c'est encore une franchise internationale qui s'installe dans un centre-ville au paysage commercial déjà de moins en moins différencié par rapport à d'autres villes. [fc](#)

L'ÉVÈNEMENT

Fêtes du Maitrank

Il fut un temps où Arlon et sa région faisaient partie du Duché du Luxembourg. Dans certaines familles, on parle encore le francique mosellan, pour ne pas dire le luxembourgeois. Pas étonnant dès lors que la boisson emblématique du printemps s'appelle le Maitrank. Il est difficile de préciser exactement l'époque d'apparition de cette boisson à base de vin de Moselle où macère de l'aspérule odorante, ou Reine des bois, petite fleur blanche au parfum proche de la fève tonka. Dans les années 1950, des Arlonais décident de mettre la recette au goût du jour, et ajoutent à l'aspérule qui lui donne de l'amertume, des éléments



adouçissants et aromatiques qui font aujourd'hui partie de la recette de base du Maitrank : du sucre, des oranges en tranches et du cognac (ce dernier aussi pour ralentir la seconde fermentation). Le troisième week-end de mai (les 27 et 28 cette année), les Fêtes du Maitrank transforment littéralement la ville d'Arlon avec des animations, des concerts, des spectacles pour enfants et... beaucoup d'alcool. (photo : [fetesdumaitrank.be](#)). [fc](#)

